ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG

Nr. 14/15 * Sommer 97 * 5,- DM





Liebe Leserinnen und Leser,

endlich haltet Ihr die Sommerausgabe der Antifa-NRW-Zeitung in den Händen. Da uns diesmal so viele Artikel erreichten und eine Einlage über die "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) zur Verfügung stand, haben wir eine Doppelnummer aus dieser Ausgabe gemacht. Hieraus erklärt sich auch der einmalige Preis von 5,- DM. In Zukunft wird alles wieder wie gewohnt laufen. Schlechte Nachrichten also für den Verfassungsschutz NRW, der unser wieder einmal in seinem Jahresbericht 'würdigt' und unser weiteres regelmäßiges Erscheinen gefährdet sieht.

Schwerpunktmäßig berichtet diese Ausgabe über das militante Neonazispektrum, hier insbesondere über die "Jungen Nationaldemokraten" (JN). Viele JN-Kader sitzen in NRW und erfreuen sich einer relativen Ungestörtheit seitens einer antifaschistischen Öffentlichkeit. Sorgen wir dafür, daß sie sich nicht mehr so einfach in Ruhe wähnen können. Ein Artikel über - die von Antifas lange vernachlässigten - deutsch-niederländischen Nazi-Connections rundet den Schwerpunkt ab.

Wir hoffen, auch diesmal Euer Interesse getroffen zu haben,

Eure Redaktion.

Impressum

V.i.S.d.P.: P. Schulze

Kontakt:

Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:

Geschichtswerkstatt Dortmund,
Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank

Auflage: 1000

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:

Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18,-DM, also 4,50 DM pro Ausgabe.
Bei Bestellungen ab 5 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Inhalt

Die 'Jungen Nationaldemokraten'



NAZI-DEMONSTRATION AM 1.MÄRZ IN MÜNCHEN

1. März 1997:
Über 4.000 Neonazis marschieren durch die Münchener Innenstadt, um gegen die Ausstellung: "Verbrechen der Wehrmacht" zu demonstrieren. Es ist die größte Demonstration der extremen Rechten seit 27 Jahren. Federführend vorbereitet und organisiert wurde der Aufmarsch von der NPD-Jugendorganisation 'Junge Nationaldemokraten' (JN).

1. Mai 1997:
Mehrere tausend Nazis bewegen sich Richtung Leipzig, um an einer Demonstration unter dem Motto "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" teilzunehmen, müssen aber abdrehen, da die Demonstration verboten wird. Es kommt daher "nur" zu mehreren "kleineren" Aufmärschen in verschiedenen Städten, u.a. in Hannoversch Münden in der Nähe von Kassel.

Die JN, rein zahlenmäßig eine Minderheit innerhalb der militanten Neonaziszene, hat nach den Verboten verschiedener Gruppierungen eine Führungsposition innerhalb des Szene eingenommen. Mit Unterstützung altgedienter NPD'ler organisiert und leitet die JN mit einer personell schwachen, aber handlungsfähigen Kader-Struktur nahezu alle überregionalen Aktivitäten, Aufmärsche und Veranstaltungen und beliefert die gesamte Szene mit diversen Zeitschriften und professionell aufgemachter Propaganda. Dadurch ist es der NPD/JN gelungen, die Meinungsführerschaft innerhalb des sogenannten "Nationalen Widerstandes" zu erlangen und die Festlegung auf politische Themen und Schwerpunkte zu bestimmen. Neuerdings haben JN und NPD die sogenannte "Soziale Frage" zum Schwerpunktthema auserkoren. Insbesondere die JN versucht, unter einem antikapitalistischen Deckmantel ihre rassistische Hetze an einen größeren Personenkreis zu bringen.

Im folgenden soll die Entwicklung der JN von der biederen Parteijugend zur wichtigsten neonazistischen Kaderorganisation beschrieben werden. Außerdem soll versucht werden, deutlich zu machen, warum die Politik der NPD/JN im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung eine besondere Gefahr darstellt. In einem gesonderten Teil werden die wichtigsten JN-Funktionäre in NRW und ihre Aktivitäten genauer beleuchtet und ein Überblick über die wachsende Struktur der NPD/JN in NRW gegeben..

Rückblick

1967 als Jugendorganisation der NPD gegründet, ist die JN eine der ältesten neofaschistischen Gruppierungen in der BRD. Bis Anfang der 90'er Jahre spielte sie jedoch eine relativ geringe politische Rolle. Von der NPD wurde sie zum reinen Anhängsel der Mutterpartei degradiert, deren Aufgaben lediglich in der Rekrutierung neuer Mitglieder für die Partei und Unterstützung bei Wahlkämpfen bestanden. Viele bekannte Neonazis wie z.B. Michael Kühnen oder Manfred Rouhs (Herausgeber von 'Europa Vorn') begannen ihre "Karriere" in der JN, verließen diese aber ebenso schnell wieder. Die Dominanz der spießigen Alt-Nazis der NPD verhinderte eine eigenständige Entwicklung und übte wenig Attraktivität auf die militante Szene aus, die sich in Gruppen wie der FAP organisierte. Die JN wurde so zur Durchlaufstation und zum Sprungbrett für spätere Kader der Neonazi-Szene, in der sie aber durch die biedere Politik der NPD weitgehend isoliert blieb.

Nachdem die NPD in den 60'er Jahren mit der Mobilisierung gegen die Ostverträge der SPD große Wahlerfolge erzielte und mit bis zu 9% in sieben Länderparlamente einzog, war ihr Höhepunkt mit dem knappen Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 überschritten. NPD und JN manövrierten sich in den 60'er und 70'er Jahren immer weiter ins politische Abseits. Auch als nach der "Wiedervereinigung" z.B. die REPs und militante Neonazigruppierungen wie die FAP und die "Deutsche Alternative" (DA) massenhaft Zulauf erhielten, ging der Niedergang von NPD und JN, beschleunigt durch interne Querelen und starke Überalterung der Mitglieder, weiter. Als dann noch fast die gesamte Führungsriege der NPD zur Konkurrenzpartei "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL) überwechselte, schien das endültige Aus bevorzustehen.

Reform in letzter Minute

In dieser Situation setzte die JN-Führung eine Umstrukturierung ihrer Organisation durch. "Wenn es uns nicht gelingt, die JN an Haupt und Gliedern entscheidend zu reformieren, dann ist der Zug für uns abgefahren", wurde 1990 in der JN-Publikation 'Einheit und Kampf' festgestellt. Die JN beschloß, sich der militanten Szene zuzuwenden und das biedere NPD-Image abzulegen.

Umbau zur Kaderorganisation

Zunächst aber mußte die Lähmung durch die schwerfällige Parteistruktur überwunden werden. Die unzähligen Orts- Kreis-, Bezirks- und sonstigen Verbände wurden

JN-Funktionäre in NRW



MICHAEL PRÜMMER, STOLBERG-SCHEVENHÜTTE

Prümmer ist schon seit Jahren in der NPD und JN aktiv. In den letzten Jahren hatte er unter anderem den Posten des JN-Landesvorsitzenden und des stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden inne. Besonders ausgeprägt sind seine Kontakte zu Neofaschisten aus Belgien und den Niederlanden. Prümmers augenblicklicher Schwerpunkt ist die Verbreitung neofaschistischer Propaganda via Internet und Mailboxen. Zusammen mit dem JN-Funktionär Oliver Händel aus Köln ist er für die Erstellung und Betreuung der NPD und JN-Internet-Homepages verantwortlich. Um die Zusammenarbeit der verschiedenen rechtsradikalen Internet-Projekte voranzutreiben, rief er außerdem den "Arbeitskreis Internet" in's Leben. An den Treffen dieses Arbeitskreises nahmen unter anderem die Betreiber mehrerer Thule-Boxen und neofaschistische Internet-Aktivisten aus dem Ausland teil. Seit 1996 betreibt er den "Michael Prümmer Buchversand", der in großem Maße rechtsextreme und nationalsozialistische Bücher, CDs, Videos etc. verbreitet. Auch im Internet war sein Versand von Anfang an vertreten. Nachdem der Internet-Anbieter "America Online" Prümmers Homepage wegen der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts sperren ließ, bietet dieser seine Dienste über das Internet-Angebot des 'Thule- Netzes' an.

Nachtrag (kurz vor Drucklegung):
Laut Todesanzeigen in der 'Aachener Zeitung' und in den 'Aachener Nachrichten' ist Michael Prümmer am 30.6.97 verstorben, er soll Selbstmord begangen haben...

aufgelöst, lediglich die Landesverbände und Stützpunkte bzw. Regionalgruppen als "Basisgruppen vor Ort" blieben bestehen. Karteileichen und inaktive Mitglieder wurden ausgeschlossen und der Umbau zur straff geführten Kaderorganisation vorangetrieben. Die Entwicklung zum Kader läuft seitdem formell nach folgenden Stufen ab: 1.) Mitgliedsanwärter, 2.) Mitglied/Aktivist, 3.) Kaderanwärter und 4.) Kader.[1]

Die Mitgliedsanwärterschaft soll verhindern, daß sich reine Mitläufer in der JN breitmachen, und kann als eine Bewährungsphase angesehen werden. Während dieser Mitgliedschaft auf Probe muß der Anwärter Schulungen besuchen, sich mit den Publikationen der Organisation vertraut machen, an Veranstaltungen teilnehmen und nicht zuletzt "einfache" Aufgaben übernehmen, wie etwa das Verteilen von Flugblättern und das Kleben von Plakaten. Wird man nach der Anwärterphase Mitglied und zeigt "besondere Fähigkeiten", so wird den betreffenden Personen nahegelegt, eine Kaderanwärterschaft zu beantragen, in der sich die Person wiederum bewähren muß. Erst dann wird das JN-Mitglied zum Kader. Diese Kader- bzw. Funktionärsebene fällt alle wichtigen Entscheidungen der Organisation, wie es dem elitären und antidemokratischen Selbstverständnis der JN entspricht. Laut Selbstdarstellung ordnet der Kader "seine persönliche Interessen der Organisation unter und ist zu größten Opfern für die Organisation und die Interessen des Volkes bereit."[2]

Besonders den regelmäßig stattfindenden Schulungen, die zu praktischen Themen, wie etwa die Nutzung des Internet, vor allem aber zu ideologischen Themen stattfinden, mißt die JN im Verhältnis zu anderen Gruppen eine große Bedeutung bei. Dadurch soll gewährleistet werden, daß die Mitglieder ideologisch gefestigt und durch die Vielzahl von Aktivitäten langfristig an die Organisation gebunden werden. Bei dem Aufbau einer Kaderorganisation kamen der JN die Verbote der wichtigsten militanten Organisationen zu Gute. Die JN nahm ausgewählte Mitglieder verbotener Gruppen, insbesondere der FAP und der 'Nationalistischen Front' (NF), auf. Dadruch gelang es, komplette Strukturen in die JN einzubinden. Als Resultat dieser Politik entwickelte sich die JN zum bedeutendsten Sammelbecken für Neonazis aus verbotenen Organisationen. Überall in der BRD wurden ausgewählte NF-Stützpunkte und FAP-Kameradschaften in JN-Gruppen umgewandelt. Dabei ist eine formelle Mitgliedschaft aller örtlichen Aktivisten nicht entscheidend. Die Vorteile dieser Zusammenarbeit brachte Steffen Hupka, Ex-Kader der NF und jetztiges Mitglied im JN-Bundesvorstand, in der JN-Zeitung 'Einheit und Kampf' auf den Punkt: "Macht eine Arbeitsteilung! Laßt einige Leute den Kontakt zur JN durch Mitgliedschaft halten und nutzt so die Vernetzung mit einer großen Organisation, andere Kameraden können dafür andere Aufgaben vor Ort übernehmen."

Die JN als "revolutionäre Speerspitze" der NPD

Als die JN 1990 die Umstrukurierung ihrer Organisation beschloß, sollte auch das Verhältnis zur Mutterpartei von Grund auf geändert werden. Anstatt als bloßes Anhängsel der NPD, sah sich die JN fortan am liebsten als "revolutionäre Speerspitze" der Partei. Eine Position, die bei der NPD-Führung jahrelang auf wenig Gegenliebe stieß und immer wieder interne Querelen nach sich zog.

Erst nachdem 1996 der herrschaftssüchtige NPD-Chef Günther Deckert wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust für einige Jahre hinter Gittern mußte und der JN-Freund Udo Voigt zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, wuchs auch der Einfluß der JN in der NPD. Etliche Kader der JN wurden in den Bundesvorstand der NPD gewählt und das JN-Schwerpunktthema "Sozialabbau" von der NPD übernommen. Die JN kann heute auch den gesamten Apparat (Zeitschriften, Finanzen, Druckereien, Schulungszentren, Internetserver etc.) der NPD nutzen. Teilweise werden auch inaktive NPD-Strukturen von der JN reaktiviert. Die JN und ihr freundich gesinnte NPD'ler bestimmen heute de facto die Stoßrichtung der gesamten Partei.

Trotz eines Mangels an erfahrenem Führungspersonal hat die JN mit Hilfe von verschiedenen Aktivitäten und überregionalen Projekten ihre Organisationsstruktur gefestigt. Auf einige dieser Aktivitäten soll an dieser Stelle beispielhaft eingegangen werden.

So wurde zur Durchsetzung eines militärisch-disziplinierten Auftretens bei Aufmärschen und für den Schutz eigener Veranstaltungen ein Ordnerdienst (OD) unter

Anleitung von Achim Ezer aufgebaut, der heute als "OD-Leiter" im JN-Bundesvorstand fungiert. Immer streng darauf bedacht, keinen Anlaß für ein Verbot der Organisation zu liefern, versucht der Ordnerdienst bei Aufmärschen, Anweisungen durchzusetzen, wie z.B. das Verbot, Uniformen und "verfassungsfeindliche Symbole" zu tragen. Am 1. März in München allerdings war er sichtlich überfordert, die Naziskins zu disziplinieren. Nur mit größter Mühe konnte der braune Mob daran gehindert werden, die Polizeiketten zu durchbrechen. Viel Wert wird (man gibt sich ja schließlich modern) auf die Präsentation im Internet gelegt. Mittlerweile verfügen mehrere JN- und NPD-Verbände über eigene Angebote im Internet. Mit der Einrichtung eines eigenen Servers durch Funktionäre des NPD-Landesvorstands NRW wurden die Weichen für einen weiteren Ausbau des Internet-Angebots gestellt. Neben diversen JN-Stützpunkten und NPD-Kreisverbänden ist auch der JN-Bundesvorstand sowie die JN-Landesverbände Bremen und Baden-Württemberg mit einem eigenen Angebot im Internet vertreten. Angeboten werden unter anderem diverse Flugblätter, Zeitschriften, Aktionsberichte und Aufrufe für Demonstrationen und Veranstaltungen.

Desweiteren wurde eine "JN-Mädelgruppe" ins Leben gerufen, in der sich die JN-Mitglieder weiblichen Geschlechts überregional organisieren sollen, um getreu des JN-Slogans "Nationalismus ist auch Mädelsache" dem traditionellen faschistischen Frauenbild gerecht zu werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Vernetzung mit Neofaschisten aus anderen Ländern. Hierfür findet regelmäßig die zentrale Veranstaltung der JN, der "Europäische Kongress der nationalen Jugend", statt. Am 3. Kongress am 14.9.1996 nahmen unter anderem Neonazis aus den USA ('National Alliance'), Kroatien ('Neue Kroatische Rechte'), Italien ('Patrizio Nicoletti Fiamma Tricolore'), aber auch aus Rumämien, der Ukraine, Griechenland und Belgien teil. Besonders enge Kontakte pflegt man zur flämischen 'Voorpost' und zur NVP/CP 86 aus den Niederlanden.[3]

Die JN ist Führungs- und Dienstleistungsorganisation der gesamten Naziszene. Der Ausbau und die Festigung der eigenen Organisation war immer schon nur einer der Schwerpunkte, um das schon 1990 formulierte Ziel, sich zum Meinungsführer des "gesamtem Nationalen Widerstandes" zu entwickeln, zu erreichen. Das radikalere Auftreten z.B. in Publikationen, die erstmalige Teilnahme am Rudolf-Hess-Marsch 1993 in Fulda und die Aufnahme einflußreicher Funktionäre verbotener Organisationen waren dabei wichtige Schritte, die die Akzeptanz der JN auch in der NS-Szene stärkten. Hierbei spielte auch die staaltliche Verbotspolitik der JN in die Hände. Die Verbote verschiedener Gruppen wie etwa der FAP und der DA hatten ein Vakuum innerhalb der neonazistischen Szene hinterlassen, das von der JN gefüllt wurde. Mit einer großen Palette an professionell erstelltem Propagandamaterial wie Aufkleber, Flugblätter, Plakaten und Zeitungen wird neben der eigenen Klientel auch der Rest der Szene versorgt. Auch in Sachen Mailboxen und Internet, bei gemeinsamen Zeitschriftenprojekten oder bei Aufmärschen und Aktionen sucht die JN mit Erfolg die Zusammenarbeit. Dabei kommt der JN als nahezu konkurenzlose bundesweite legale Organisation eine besondere Bedeutung zu. Dies liegt insbesondere an der Umstrukturierung und der daraus resultierenden überregionalen politischen Handlungsunfähigkeit des Großteils der Neonazi-Szene. Viele Mitglieder verbotener Organisationen, aber auch neu hinzugekommene Neonazis bildeten nach den Verboten regionale und lokale Gruppen, die sogenannten "autonomen Kameradschaften". Die rechtsradikale Musikszene erhielt in den letzten Jahren vor allem im Osten der BRD grossen Zulauf und schuf sich Strukturen. Nazirock-Konzerte mit über 1.000 Teilnehmern sind längst keine Seltenheit mehr. Auch hier profilieren sich JN-Kader mit eigenen Projekten wie Zeitschriften, Tonstudios, Versandhandeln oder als Konzertveranstalter. JN- Funktionäre, wie z.B. Dieter Koch aus Wuppertal oder Jens Pühse aus Freising (Bayern), riefen eigene Versände ins Leben, die ihre Klientel mit Tonträgern und Nazi-Devotionalien beliefern. Andere JN'ler, wie z.B. Sascha Wagner, geben auf die Skinhead-Szene ausgerichtete Fanzines heraus und veranstalten Konzerte in der ganzen BRD. Die Kontakte zur zahlenmäßig grossen Naziskin-Szene wurden immer besser. Was aber nach der Umstrukturierung der gesamten Szene fehlte, war eine übergeordnete und verbindliche Organisationsstruktur. Diese Lücke wurde von der JN geschlossen. Sie übernimmt für die gesamte Szene die Anmeldung, Vorbereitung und Leitung (durch den Ordner-

JN-Funktionäre in NRW



Sascha Wagner, Herzogenrath (bei Aachen)

Wagner ist Mitglied im JN-Bundesvorstand und einer der Hauptorganisatoren der JN. Er ist maßgeblich für die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen, wie etwa den Aufmarsch in München und den versuchten Aufmarsch am 1. Mai verantwortlich. Wagner ist nicht nur in der Region die treibende Kraft in der Neonaziszene. Er tut sich insbesondere als Reisekader hervor und versucht nach Kräften JN- Stützpunkte aufzubauen und dann zu vernetzen. Er betreute unter anderem den Aufbau und die Aktivitäten der JN-Struktur im Ruhrgebiet sowie die JN-Gruppen in Koblenz und Saarlois. Außerdem hat er gute Kontakte zur rechten Musikszene (besonders in Ostdeutschland) und organisiert selber Nazirockkonzerte und "Liederabende". Seit kurzem tritt er als Chefredakteur und presserechtlich Verantwortlicher einer von dem Kölner Neofaschisten und 'Europa Vorn'-Herausgeber Manfred Rouhs seit Anfang 1997 publizierten Nazirock-Zeitschrift mit dem Titel 'Neue Doitsche Welle' in Erscheinung. Mit Rouhs versuchte er bislang erfolglos in Eschweiler (bei Aachen) ein "Nationales Zentrum" aufzubauen (siehe Antifa NRW Zeitung Nr. 13). Wagner ist die regionale Schlüsselfigur für das enge Zusammenwirken von JN und Skinheadszene, das sich am 1. März in München manifestierte.

JN-Funktionäre in NRW



MELANIE DITTMER, DORSTEN

Obwohl erst 18 Jahre alt, kann Dittmer bereits auf einige Jahre einschlägiger Erfahrung in der Nazi-Szene zurückblicken. Bereits 1994 war sie für die "Deutschen Nationalisten" aktiv. Sie zählt zu den wenigen Frauen, die eine zentrale Funktion in der lokalen, aber auch überregionalen Neonazisszene innehaben. Gute Kontakte unterhält sie zu Sascha Wagner, für dessen Fanzine "Neue Doitsche Welle" sie Konzertberichte und Interviews mit Nazibands beisteuert, sowie zum ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden Siegfried Borchard (Dortmund) und zu Funktionären der 'Sauerländer Aktionsfront'. In einem 'Spiegel-TV'-Interview gab sich Dittmer als JN- Mitglied zu erkennen und prahlte mit gegen sie gerichtete Ermittlungsverfahren. Gemeinsam mit weiteren JN'lern und nicht in der JN organisierten Neonazis besuchte sie den Essener Prozeß gegen den Neonazi Lemke, der wegen dreifachen Mordes und mehrerer Vergewaltigungen am 18.03. zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Nur auf Grund ihres "jugendlichen Alters" entging sie einer dreitägigen Ordnungshaft, die gegen drei andere Neonazis verfügt wurde, nachdem diese nach einem antisemitischen Spruch Lemkes Beifall geklatscht hatten. Am 28.3. wurde sie nach Angaben des "Nationalen Infotelefons Rheinland" gemeinsam mit dem Dortmunder Neonazi Michael Kratz nach einer Razzia wegen des Verdachtes auf Vorbereitung einer strafrechlich relevanten Aktion festgenommen, zwischenzeitlich aber wieder freigelassen.

dienst) von Demonstrationen. Die Mobilisierung wird aber größtenteils aus dem Spektrum der "Kameradschaften" bzw. der Skinheadszene getragen. Der Aufmarsch in München war eine Art Generalprobe für die in den letzten Jahren gewachsene Vernetzung der neofaschistischen Szene. Es gab kaum eine Zeitschrift, ein Versand, Fanzine und Internetangebot, das ihrem Angebot nicht den NPD/JN-Aufruf für die Demonstration am 1.3. in München beifügte. Diese nahezu komplette Mobilisierung der Szene (vor allem im Osten der BRD) machte die Demonstration zu einem solchen Erfolg für die militante Rechte.
Daß dieser Erfolg am 1. Mai wegen massiver antifaschistischer Gegenmobilisierung, die letztendlich den Ausschlag für das Demonstrationsverbot in Leipzig gab, nicht wiederholt werden konnte, läßt sich auf fehlende Flexibilität der Szene zurückführen, sagt aber nichts über das Mobilisierungspotential aus. Auch diesmal waren mehrere tausend Neonazis in Bussen und PKWs unterwegs.

Nationalrevolutionäre Kaderorganisation oder Sammelbecken für Neonazis?

Die Zusammenarbeit mit der JN ist im Spektrum der "Kameradschaften" und Naziskin-Szene nicht unumstritten. Zu offensichtlich waren die Widersprüche zwischen ideologischem Selbstverständnis und der Praxis der 'Jungen Nationaldemokraten'. Einerseits wurde mit allen Mitteln versucht, eine Aktionsfront "aller Nationalisten" unter Führung der JN zustande zu bekommen, andererseits grenzte sich die JN in ihren Publikationen vom Nationalsozialismus und dessen Anhängern ab. Die JN-Thesenpapiere, angeblich ideologisches Hauptwerk der JN, sieht den Faschismus als "Träger eines gegen Identität und Selbstbestimmung gerichteteten Imperialismus"[4]. Besonders das JN-Rekrutierungsorgan 'Einheit und Kampf' war unter den Einfluß von JN-Funktionären aus Hamburg und Berlin geraten, die einen sogenannten "Progressiven Nationalismus" einforderten und die NS-Fraktion als Ewig-Gestrige angriff.
Orthodoxe NS-Gruppen wie die 'Sauerländer Aktionsfront', sowie Berliner und ostdeutsche "Kameradschaften" griffen die Protagonisten des "Progressiven Nationalismus" scharf an und warnten vor einer Vereinnahmung durch die JN. "Es ist paradox: Gerade diejenigen spielen sich als Verfechter der Einheit des gesamten nationalen Lagers auf, die permanent gegen den wahrscheinlich größten Teil des radikalen, nationalistischen Widerstandes zu Felde ziehen."[5] Auch innerhalb der JN gerieten die sogenannten "Progressiven Nationalisten" immer mehr in die Schußlinie, weil man die erfolgreiche Bündnispolitik nicht gefährden wollte und weil die Lippenbekenntnisse gegen den Nationalsozialismus nur von wenigen innerhalb der JN ernstgenommen wurden. Als die Demonstration in München bevorstand, reagierte der JN-Bundesvorstand prompt und enthob die "progressiven" JN-Funktionäre Jan Zobel (Hamburg) und Andreas Storr (Berlin) ihrer Ämter im JN-Bundesvorstand. Beide wurden auch aus der 'Einheit und Kampf'-Redaktion entfernt, ebenso wie der "progressive Nationalist" Andrè Goertz. Die presserechtliche Verantwortung wurde in die Hände des altgedienten NS-Kaders Markus Privenau aus Bremen gelegt, der mittlerweile das Amt des JN- Kreisvorsitzenden innehat. In der Ausgabe Nr. 17 der Zeitschrift distanzierte sich die JN von den Ideen des "Progressiven Nationalismus" und beschwor die "nationale Einheit".[6] In Aufmachung und Inhalt (primitiver Antisemitismus, Lobpreisung der SA u.ä.) präsentiert sich "Einheit und Kampf" als nationalsozialistisches Szeneblatt. Das ist nur ein Beispiel für den neuen Kurs. In Inhalt, Auftreten und personeller Zusammensetzung ist die JN kaum noch von "traditionellen" Nationalsozialisten zu unterscheiden. Dabei geraten die strengen Auswahlkriterien bei Neumitgliedern, ebenso wie die sogenannte Disziplin und der legale Anstrich, immer mehr in den Hintergrund. Statt dessen tritt die JN an der Basis immer mehr als ein Sammelbecken für militante Neonazis in Erscheinung (siehe hierzu auch: JN im Ruhrgebiet).

Schlußbetrachtung

Trotz dieser Abstriche geht von dem Kaderprinzip der JN eine besondere Gefahr aus. Ist das Prinzip erfolgreich, könnte es der JN gelingen, eine mittlere Kaderstruktur aufzubauen. Dieses sogenannte "mittlere Management" ist unentbehrlich, um den Zusammenhalt der Ortsgruppen, ebenso wie den Aufbau und die Einbindung neuer Strukturen und Interessenten, voranzutrei-

ben. Im Augenblick ist die Personaldecke der JN noch äußerst dünn. Alle wichtigen überregionalen Aktivitäten werden von einem überschaubaren Kreis von Funktionären geleitet, die trotz des wachsenden Einflusses erfahrener Neonazis zum Großteil aus "altgedienten" JN`lern besteht. Im Gegensatz zu den erfahrenen Neonazis haben viele JN-Funktionäre bisher relativ wenig Erfahrung mit Repression oder antifaschistischer "Aufmerksamkeit" gesammelt. Darum ist es geradezu ein Gebot der Stunde, die Führer der JN und ihre Aktivitäten ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren.
Abzuwarten bleibt, in wieweit die JN am Schwerpunktthema "Soziales" festhalten wird, oder ob sie sich unter dem Einfluß der "orthodoxen" Nationalsozialisten wieder vermehrt traditionellen Themen wie der "Ehrenrettung der Wehrmacht" oder dem "Gedenken" an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess widmet.
Unbestritten ist, daß Parolen wie "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" und die Beschwörung der "nationalen Volksgemeinschaft" sich kaum noch von Äußerungen mancher Unionspolitiker, aber auch von Teilen der Gewerkschaften (insbesonders die IG Bau) unterscheiden. Was ein derartiges Zusammenspiel herrschender Politik und des organisierten Neofaschismus für Folgen haben kann, sollte noch aus Zeiten der sogenannten "Asyldebatte" in Erinnerung sein. In einem gesellschaftlichen Klima, in dem die Herrschenden mit ihrer Spaltung in arbeitende Bevölkerung und "Sozialschmarotzer", sowie in deutsche und nichtdeutsche Arbeitnehmer, die sich immer mehr verschärfenden Gegensätze zwischen Arm und Reich verschleiern und statt dessen die Nation als Opfergemeinschaft propagieren, könnten die in Sozialdemagogie verpackten rassistischen Parolen der NPD/JN auf fruchtbaren Boden fallen.

Ein unvollständiger[7] Überblick über die Aktivitäten der JN/NPD in NRW

Westlicher Mittelrhein

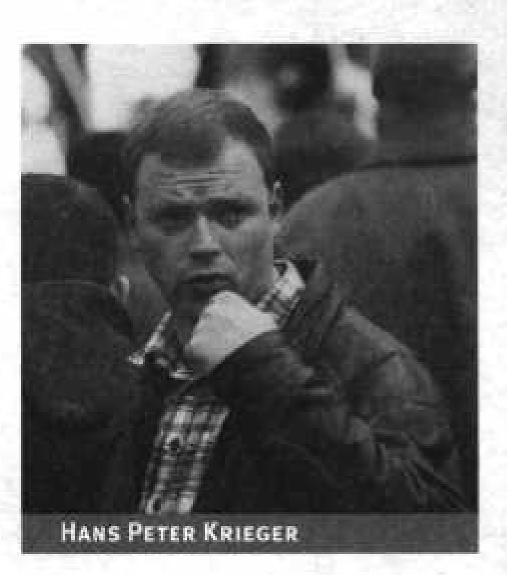
Wichtige Personen: Sascha Wagner, Michael Prümmer, John Janszen u.a.
In dieser Region ist die JN bereits seit Jahren aktiv. Die JN-Funktionäre Sascha Wagner und Michael Prümmer sorgen für die Vernetzung der verschiedenen Gruppen und Skinhead-Cliquen in der ländlich geprägten Region. Eingebunden sind unter anderem Personen aus Aachen, Düren, Alsdorf und Kerpen. Aber auch niederländische Neonazis aus dem Umfeld von John Janszen sind Teil der regionalen Struktur.

Köln/Bergisch Gladbach

Wichtige Personen: Achim Ezer, Frank Amberg, Oliver Händel.
Im Großraum Köln existiert seit ca. 1995 ein Stützpunkt der JN, der von Oliver Händel geleitet wird. Der Kölner Stützpunkt verteilt regelmäßig Propaganda und versucht durch Plakataktionen für Demonstationen wie am 1. März München zu werben. Sowohl der NPD-Kreisverband, als auch der JN-Stützpunkt Köln sind mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Der Kölner JN und dem NPD-Kreisverband unter Vorsitz von Peter Lingnau ist es gelungen, viele Funktionäre der niedergehenden Deutschen Liga (z.B. Bernd Michael Schöppe) in ihren Reihen zu sammeln. Ebenfalls zur hiesigen NPD-Struktur gehört der auch überregional bekannte "Liedermacher" "Rene Heizer", alias Ingo Halberstadt, der bereits seit den 70`er Jahren bei der NPD/JN aktiv ist. Eng zusammengearbeitet wird natürlich mit NPD- und JN-Funktionären aus dem Bergischen Land, allen voran Achim Ezer und Frank Amberg.

Bonn / Rhein- Sieg

Wichtige Personen: Markus Spruck, Hans Peter Krieger, Wolfgang Nahrath, Hans Robert Klug.
In dieser Region existieren keine JN-Stützpunkte. Hier organisieren sich Neonazis vor allem in der NPD. Der Bonner Kreisverband steht unter der Obhut von Wof-


Hans Peter Krieger

JN-Funktionäre in NRW

Dietmar Breyl, Essen

Breyl ist ebenfalls kein Unbekannter in der Neonazi-Szene. Als Essener Leiter der inzwischen verbotenen 'Nationalistischen Front' führte Breyl seit 1990 regelmäßig Schulungen durch, an denen auch Mitglieder der terroristischen "Gruppe Volkswille" teilnahmen. Bereits im Sommer 1992 reiste er zum alljährlichen Faschistentreffen ins belgische Diksmuide. Nach seinem Eintritt in die NPD reorganiserte er die lokale Szene, die zum Großteil aus militanten Neonazis besteht.


Achim Ezer (links), Bergisch-Gladbach

Ezer ist eine der zentralen Personen innerhalb der JN/NPD Führungsriege. Er leitet den JN-Ordnerdienst, ist JN-Landesvorsitzender für NRW, stellvertretender JN-Bundesvorsitzender und Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, hält Schulungen ab und ist auch auf lokaler und regionaler Ebene die treibende Kraft in-

JN-Funktionäre in NRW

nerhalb der JN und der NPD. Unter seiner Anleitung wurde z.B. der recht aktive JN-Stützpunkt Köln gegründet. Als Leiter des Ordnerdienstes ist er konkret für die Durchführung und "Sicherung" von Veranstaltungen und Demonstrationen zuständig. Ob in München oder am 1.5. beim Aufmarsch in Hann. Münden: Ezer ist immer gemeinsam mit seinen "Führungskameraden" Frank Amberg und Oliver Händel in der ersten Reihe dabei und gibt Anweisungen.



Frank Amberg (links), Burscheid

Frank Amberg, ebenso wie Ezer und Wagner seit Jahren in der NPD, ist der Bundesgeschäftsführer der JN und somit für die Verschickung von Propagandamaterial wie etwa Plakaten, Flugblättern, Aufklebern und die Betreuung von Interessenten und Mitgliedern verantwortlich. Amberg ist ein enger Vertrauter von Achim Ezer und beteiligt sich ebenfalls am JN-Ordnerdienst. Im Sommer 1994 besuchte er gemeinsam mit Ezer das internationale Faschistentreffen in Diksmuide (Belgien). Amberg agiert ebenfalls bei fast allen bundesweiten Aufmärschen als Ordner.



Markus Spruck

gang Nahrath (ehemaliger Bundesführer der 'Wiking-Jugend' und Beisitzer im NPD Bundesvorstand) aus Stolberg. Als Statthalter vor Ort fungiert NPD-Depp Hans Robert Klug. In den letzten Monaten hat die Bonner NPD vor allem mit Liederabenden und Veranstaltungen auf sich aufmerksam gemacht, zu denen auch überregional Neonazis anreisten. Bonn ist außerdem die Heimat des NPD'lers Hans Peter Krieger, der die 'Germania Mailbox' des 'Thulenetzes' betreibt.
Im Rhein-Sieg-Kreis zieht Markus Spruck (ehemaliger 'Sturmvogel'-Funktionär) die Fäden im NPD- Kreisverband, der vor allem durch regelmäßiges Verteilen von Nazi-Propaganda auffällt. NPD'ler aus dem Bereich Bonn/ Rhein-Sieg beteiligten sich an mehreren bundesweiten Aufmärschen wie z.B. in München und am Marsch für den Hitler- Stellvertreter Rudolf Hess im August 1996 in Worms.

Ruhrgebiet

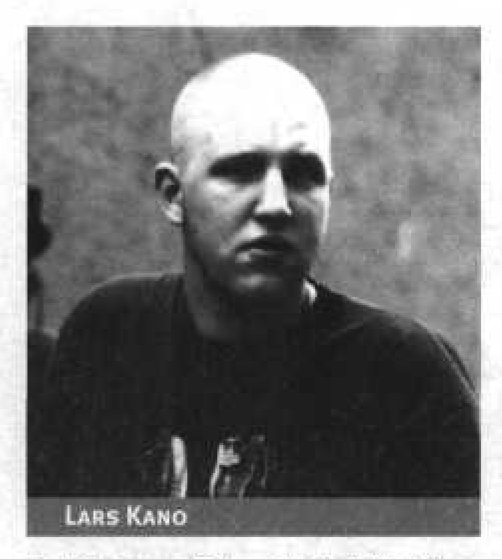
Wichtige Personen: Melanie Dittmar, Sven Schwertfeger, Dietmar Breyl, Lars Kano, Wolfgang Duda.
Anfang der 90'er Jahre hatte die JN im Ruhrgebiet keine besondere Bedeutung. Mittlerweile hat sich hier die militante Neonaziszene jedoch unter der Fahne der NPD/JN reorganisiert. Aus diesem Kreis stammen die meisten der ca. 40 Neuzugänge des JN-Landesverband in NRW, die der VS für 1996 bekannt gab. Der Großteil der Neumitglieder kommt aus den Reihen der verbotenen FAP.
JN-Gruppen- bzw. Aktivitäten gibt es mittlerweile in Dortmund, Dorsten, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Castrop Rauxel und Essen. Am 1.2.1997 trafen sich 45 bei der Polizei einschlägig bekannte Personen zur Gründung eines JN-Ruhrverbandes in einer Gaststätte in Castrop-Rauxel. Wie groß das Mobilierungspotential der NPD/JN im Ruhrgebiet mittlerweile ist, zeigte der 1. Mai 1997. Sowohl aus Essen als auch aus Dortmund fuhr ein von der JN/NPD organisierter Reisebus in Richtung Leipzig ab. Daß hierbei hauptsächlich Naziskins mit von der Partie waren, zeigt, wie stark die JN- Strukur im Ruhrgebiet von unberechbaren Neonazis dominiert ist.
Der Gelsenkirchener JN-Stützpunkt wird geleitet von JN- Reisekader Lars Kano und von Markus Rußmann. In Dorsten trat bislang Melanie Dittmer als lokale Führungskraft in Erscheinung. Die Aktivitäten der Dortmunder JN standen bis vor kurzem unter der Leitung von Andreas Posselt, der aber seit März 1997 auf der Abschußliste der Neonazis steht, nachdem er laut Information des "Nationalen Infotelefons Rheinland" "Kameraden" bei der Polizei denunziert hatte. Hier dürfte jetzt wohl Sven Schwertfeger die Führung übernehmen, der seit Jahren Dauergast bei Naziveranstaltungen im gesamten Bundesge-



Wolfgang Duda (links)



Sven Schwertfeger (links)



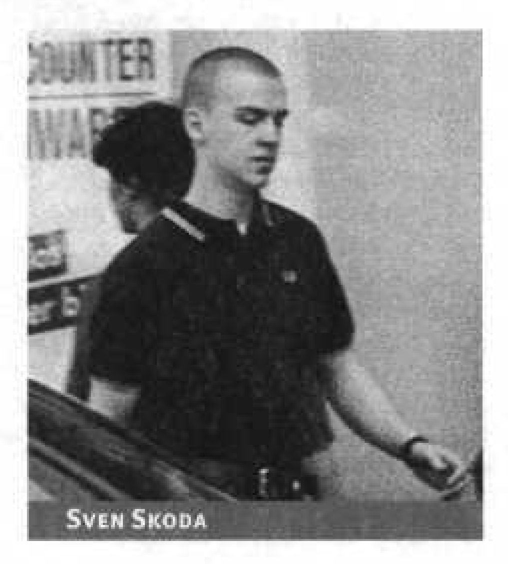
LARS KANO

biet ist. Unterstützt wird die JN bei ihrer Aufbauarbeit im Ruhrgebiet von einer seit mehreren Jahrzehnten aktiven regionalen NPD-Struktur, die ihre organisatorische Erfahrung in die Arbeit einbringt. In Essen organisieren sich Naziskins unter Anleitung des Kreisvorsitzenden Dietmar Breyl in der NPD. Wolfgang Duda aus Oberhausen ist als NPD-Bezirksvorsitzender Ruhr für die regionale Zusammenarbeit der NPD/JN-Struktur zuständig. In der Landesgeschäftstelle in Bochum-Wattenscheid unterhält die NPD unter anderem eine Druckerei und ein Materiallager. Diese Infrastruktur wird auch von der JN genutzt, die hier ihre Bundesgeschäftstelle betreibt.

Düsseldorf

Wichtige Personen: Udo Birr, Sven Skoda

Anfang der 90iger war die FAP die zwar wenig, aber dennoch aktivste Organisation aus der militanten Nazi-Szene in Düsseldorf. Die FAP Düsseldorf löste sich 1994, also rechtzeitig vor dem Verbot der Partei, auf. Einzelne Mitglieder traten der JN bei.



SVEN SKODA

Heute existiert eine "Kameradschaft Düsseldorf", die sich zwar als "autonome Kameradschaft" versteht, in der aber -wie in vielen anderen "Kameradschaften"- JN-Aktivisten aktiv sind. Als einer dieser Aktivisten ist der ehemalige FAP'ler Udo Birr zu nennen, der seit 1994 das "Nationale Infotelefon Rheinland" (NIT Rheinland) betreibt, das bei seiner Gründung in die regionale FAP-Struktur eingebunden war. Die "NIT-Direkt- und Faxleitung" betreibt Sven Skoda. Das NIT Rheinland gilt bei den "autonomen Kameradschaften", der JN und allgemein bei der NS-orientierten Szene als das "Infotelefon Nr.1" in der BRD. Es wird von dem regionalen JN-Kader-Kreis betreut. Bei allen zentralen Neonazi-Aufmärschen in der letzten Zeit wurde das "NIT Rheinland" neben dem JN-Infotelefon in Köln zur Weitergabe von Informationen zur anstehenden Aktion autorisiert. Die "Kameradschaft Düsseldorf" besteht aus ca. zehn Personen. Aktivitäten vor Ort beschränken sich z.Zt. noch auf massive Verbreiten von JN-Aufklebern und weiterem Propagandamaterial. Im Gegensatz zu anderen Städten kann die "Kameradschaft" nicht auf eine gut funktionierende NPD-Struktur zurückgreifen, nutzt aber deren Logistik und bemüht sich um eine Aufbauarbeit. Außerhalb Düsseldorfs beteiligt man sich an Aufmärschen und veröffentlicht Artikel in der "Sauerländer Aktionsfront"-nahen Zeitschrift "Freie Stimme".

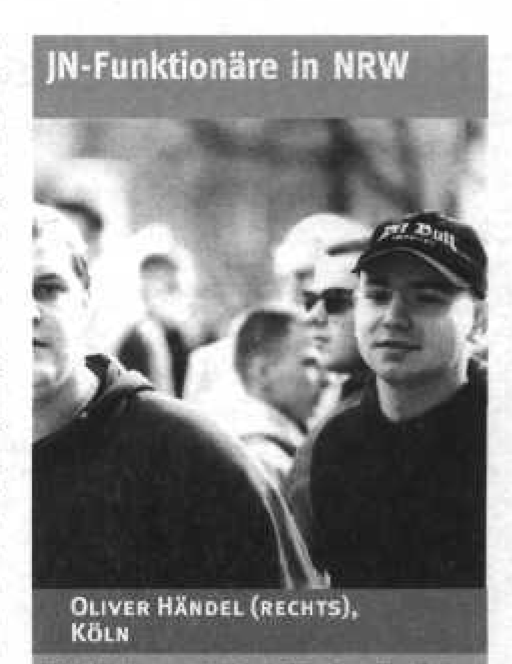
Nachtrag kurz vor Drucklegung:

Am 30.6.97 verkündete Udo Birr über das NIT Rheinland, daß er aufgrund szeneinterner Differenzen und einer gegen das NIT Rheinland gerichteten antifaschistischen Kampagne den Betrieb des NIT mit sofortiger Wirkung einstellen werde. Er sei bereits im Mai aus allen Organisationen ausgetreten.

---

1 Verfassungsschutzbericht NRW 1996
2 ebenda
3 Einheit und Kampf, Nr 17, Januar 1997, S. 10-11
4 JN-Thesenpapiere
5 Völkische Blätter Nr. 3/1996
6 vgl . Einheit und Kampf, Januar 1997, S. 2-5
7 Z.B. fehlt der Raum Rheine / Münster / Steinfurt, der in einer der nächsten Ausgaben näher unter die Lupe genommen werden soll.

JN-Funktionäre in NRW



OLIVER HÄNDEL (RECHTS), KÖLN

Händel begann seine "Karriere" als Aktivist bei der Deutschen Liga (DL). Nach dem Scheitern der DL bei den Kommunalwahlen im Oktober 1994 trat Händel der JN bei. Er baute die Kölner JN mit auf und stieg in der Hierachie dank der JN-Funktionäre Ezer und Amberg rasch auf. Mittlerweile ist der Kölner Stützpunktleiter Beisitzer im Bundesvorstand. Händel koordiniert die Internet-Aktivitäten von NPD und JN und betreibt von seiner Wohnung aus das JN-Infotelefon, über das der Aufmarsch am 1. März in München maßgeblich organisert wurde. Ansonsten werden auf dem Infotelefon die offiziellen Verlautbarungen des JN- Bundesvorstandes verbreitet.



Deutsch-holländische Freundschaft

Den folgenden Artikel stellte uns die antifaschistische Gruppe KAFKA aus Amsterdam zur Verfügung. Er skizziert die Entwicklung der militanten Faschisten in den Niederlanden und deren Kontakte und zunehmende Zusammenarbeit mit deutschen Neonazis.

Die deutsche Naziszene wurde von einigen rechtsextremistischen Gruppen in den Niederlanden schon immer als großes Vorbild betrachtet. In Deutschland waren Sachen möglich, die in den Niederlanden nicht durchführbar waren: Von Demonstrationen mit einem rechtsextremistischen oder nazistischen Charakter bis hin zur Anfertigung rassistischen Druckwerks. Alles schien in Deutschland einfacher zu sein. Infolgedessen ließ z.B. die rechtsextreme CP'86 ihre Drucksachen in Deutschland produzieren, und niederländische Rechtsextremisten besuchten regelmäßig Kongresse und Demonstrationen in Deutschland.

Nach den staatlichen Verboten einiger bundesdeutscher Naziparteien vor ein paar Jahren, engte sich der Spielraum für diese in der Bundesrepublik ein und die in diesen Parteien organisierten Nazis suchten einen Ausweg, um sich (re-)organisieren zu können. Dafür nahmen sie die Hilfe ihrer niederländischen "Kameraden" in Anspruch. Dabei konnten sie sich auf die Unterstützung einer Nazigruppe aus den Niederlanden verlassen, die unter unterschiedlichen Namen operiert, allerdings als niederländischer Zweig der 'Aktionsfront Nationaler Sozialisten' (ANS) betrachtet werden darf. Neben der ANS verfügen natürlich auch weitere niederländische Personen und Gruppierungen über gute Kontakte nach Deutschland. So treffen sich z.B. seit Jahren Aktivisten der CP'86 und der 'Jungen Nationaldemokraten' und beteiligen sich gemeinsam an einem alljährlichen Pfingstlager in Belgien. Wir wollen uns in diesem Artikel aber auf die Kontakte der niederländischen ANS mit deutschen Nazis beschränken, da sich in diesem Bereich in der jüngsten Zeit viele Entwicklungen abzeichnen.



DEUTSCH-HOLLÄNDISCHE CONNECTION (V.L.N.R.): CONSTANT KUSTERS, ANDREE ZIMMERMANN, EITE HOMANN, THOMAS WULFF ("STEINER")

Die holländische ANS und die achtziger Jahre

Nach dem Verbot der 'Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten' (ANS/NA) 1983 in Deutschland wurden in den angrenzenden Ländern gleichnamige Organisationen gegründet. In den Niederlanden hoben Martijn Freling und Cees Ladestein 1984 die 'Aktiefront Nationaal-Socialisten' (ANS) aus der Taufe. Martijn Freling wurde zum Führer der Truppe ernannt. Freling und Ladestein kannten sich zu diesem Zeitpunkt schon eine geraume Zeit, so waren beide etwa in der Jugendorganisation der 'Nederlandse Volksunie' (NVU) stark aktiv gewesen, aus der sie nach Streitigkeiten mit der NVU-Führung austraten.

Zunächst war die niederländische ANS nicht sehr aktiv. Sie organisierte eine Straßenaktion und gab das Blatt 'Weerwolf' heraus. Vorwiegend beschäftigte sich die ANS mit den von den Nazis anvisierten Feierlichkeiten zu Hitlers hundertstem Geburtstag. So gründete Freling zu diesem Zweck 1985 das 'Komitee ter Voorbereiding van de Festiviteiten ter Ere van de honderdste Verjaardag van Adolf Hitler' (Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zur Ehre des hundertsten Geburtstags Adolf Hitlers) und hatte engen Kontakt zum gleichnamigen Komitee (KAH) in Deutschland. Dieses war im Mai 1984 von Michael Kühnen, Thomas Brehl, Jürgen Mosler und dem belgischen Altnazi Leon Degrelle in Spanien gegründet worden.

1986 kam es zur ersten Mal zu einer gemeinsamen niederländisch-deutschen Aktion: Niederländische ANS-Leute und deutsche FAP-Anhänger veranstalteten auf dem Soldatenfriedhof in Ijsselsteyn eine Totengedenkfeier. Dabei kamen die meisten Deutschen aus Nordrhein-Westfalen. So hielt der KAH-Leiter Jürgen Mosler aus Oberhausen eine Rede, und die Abschlußfeier fand in NRW statt.

Zum Jahreswechsel '86/'87 kam es innerhalb der nationalsozialistischen Szene in Deutschland und auch innerhalb der ANS in den Niederlanden anläßlich der "Schwulendiskussion" zu Spannungen. Die niederländische ANS entschied sich für die Kühnen-Seite und akzeptierte also Schwule innerhalb der Nazistrukturen. Martin Freling wandte sich gegen die Akzeptanz von Schwulen und verließ die ANS.

Cees Ladestein und Eite Homan übernahmen die Führung der ANS.

Freling zog in die BRD, wo er sich in der

FAP, der KAH und der 'Nationalen Offensive' (NO) engagierte. Am 20.4.1989 drang er in Essen zusammen mit Volker Jaschke, Gisbert Reichel, Christian Sennlaub und Christian Malcoci in das dortige dpa-Büro ein, besetzte dessen Balkon und hißte ein Transparent mit der Aufschrift: „Adolf Hitler - 100 Jahre; sein Kampf - unser Auftrag". Das KAH -Mitglied und spätere Bundesvorsitzende der NO, Michael Swierczek, beobachtete die Aktion von außerhalb des Gebäudes. Bei dem Grevenbroicher Christian Malcoci handelte es sich um den "Sektionsleiter West" der KAH. Christian Sennlaub war "Gausekretär" der Organisation, zu deren Aufgaben u.a. zählte, die verbotene ANS weiterzuführen. Sennlaub und Malcoci gehörten außerdem zu den Gründungsmitgliedern des internen "Referats für Sicherheit" (R.f.S.), dem Vorläufer der heutigen "Anti-Antifa". Anfang der 90iger hatten beide führende Positionen innerhalb der NO inne. Martijn Frelings spätere Position innerhalb der NO brachte er selber auf den Punkt, als er sich anläßlich des Prozesses gegen die Wittener NO - "Kameradschaft" um Christian Sennlaub, deren Mitglieder 1994 der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" angeklagt waren, der Dortmunder Staatsschutzkammer gegenüber als "NO-Auslandssprecher" präsentierte.

Kurz nach Freling verließ auch Ladestein die ANS. Seitdem wurde die ANS von Eite Homann angeführt und war weiterhin aktiv. Homan verstand es vor allem im Norden der Niederlande eine relativ große Anhängerschar zu sammeln.

Eite Homan wurde 1985 in der Naziszene Niederlands aktiv. Er stammte ursprünglich aus der marxistisch-leninistischen Ecke und war in den siebziger Jahren Mitglied der maoistischen Splittergruppe KEN-ML. 1985 trat er der ANS bei und wurde schnell ein bekannter Straßenaktivist, der andauernd wegen nazistischer Propagandaaktionen und Gewalttätigkeiten festgenommen wurde.

Die bestehenden Kontakte zu Deutschland wurden unter seiner Führung intensiviert und das ANS-Blatt 'Neue Front' wurde von den Niederlanden aus vertrieben. Benutzt wurde dabei die Postfächer Homans in Assen und Delftzeil. 1988 beteiligte sich die niederländische ANS dann am "Hess-Gedenkmarsch" in Wunsiedel und 1990 besuchte Kühnen ein von der ANS ausgerichtetes Treffen in Amsterdam.

Unter Homans Führung wurde die ANS immer aktivistischer und versuchte sich gegenüber linken Aktivisten mit Flugblattaktionen und Gewalttätigkeiten zu profilieren. Solche Aktionen fanden hauptsächlich in Groningen (Wohnort Homans) und Umgebung statt. Aber auch in anderen Orten, in denen ANS-Aktivisten wohnten (Purmerend, Breda, Alkmaar, Tilburg, Amsterdam), wurden Aktionen organisiert.

Ein ebenso bekannter Aktivist für die ANS war Et Wolsink. Et Wolsink war im Zweiten Weltkrieg Mitglied der Waffen-SS. Er kämpfte an der Ostfront und war nach der Befreiung vom Faschismus eine Zeit lang in Haft. Danach lebte er bis etwa 1970 ohne weiter groß aufzufallen. 1970 wurde er in der Naziszene wieder aktiv. Innerhalb der NVU wurde er schnell Führungskadermitglied und 1988 kam er in Kontakt mit der ANS. Im Namen der ANS beteiligte sich Wolsink regelmäßig an Nazitreffen in Deutschland. Welche Rolle er im internationalen Nazinetz jedoch genau spielte, ist nicht ganz klar. Wolsink übertrieb seinen Beitrag (und seine Kriegsvergangenheit) stark. Er sah sich selbst als ein Held der Waffen-SS an der Ostfront und als Spinne im derzeitigen Nazinetz. Diese Angaben sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, auch wenn er viele Kontakte in der Szene hatte und sich um die Kommunikation zwischen ANS-Leuten in Deutschland, den Niederlanden und Belgien kümmerte. 1990 wurde er zusammen mit anderen ANS-Leuten wegen Beteiligung an einer "kriminellen Vereinigung" verurteilt. Nach dieser Verurteilung ließ er sich kaum noch blicken, war jedoch auf jeden Fall bis 1994 weiterhin aktiv für die ANS. Ende 1995 starb Wolsink.

Die Neunziger

Die frühen '90iger Jahre bedeuten für die niederländische nationalsozialistische Bewegung einen Wendepunkt. Durch eine Reihe Entwicklungen, die nachstehend behandelt werden, wurde die Partei CP'86 in kurzer Zeit von einer großen Gruppe ANS-Kader und anderen jungen Neonazis infiltriert.

1990 wurde die 'Jongerenfront Nederland' (JFN), deren Führer Steward Mordaunt war, von der Justiz als kriminelle Vereinigung verurteilt. Nach dieser Verurteilung löste Mordaunt die JFN auf und wechselte zur CP'86. Er rief die anderen JFN-Mitglieder auf, seinem Schritt zu folgen. Durch diesen Wechsel kam mit einem Mal eine große Gruppe junger Neonazis in die Partei.

Ebenfalls 1990 wurde auch die gesamte ANS-Führungsriege verhaftet, vor Gericht zitiert und als kriminelle Vereinigung verurteilt. Dies hatte eine verringerte Aktivität der ANS zur Folge. Homan und seine Anhänger hielten die ANS aber weiter am Leben. Das Hauptbetätigungsfeld lag weiterhin im Norden, wo vor allem Gerrit Gerritsma für eine Welle gewalttätiger Aktionen in Leeuwarden verantwortlich war.

1993 siedelte sich Martijn Freling wieder in den Niederlanden an und wurde in der CP'86 aktiv. Durch den Wechsel der JFN erfreute sich Freling der Unterstützung einer Reihe ehemaliger Kollegen. Darüber hinaus gelang es ihm, aufgrund seiner Vergangenheit, die CP'86 und die niederländische ANS näher zusammenzubringen. Er war in der Lage, innerhalb eines kurzen Zeitraums in Rotterdam einen ziemlich großen Nazi-Kreis aufzubauen. Dieser Kreis besteht hauptsächlich aus Skinheads, die neben ihrer Mitgliedschaft in der CP'86 auch in der ANS aktiv sind. Freling wurde 1994 für die CP'86 in den Gemeinderat gewählt und in den Rotterdamer Bezirksräten erhielten mehrere seiner Anhänger Sitze.

Obwohl Freling und der Parteivorstand der CP'86 abstreiten, daß er weiterhin in der niederländischen ANS aktiv ist, ist er es dennoch. Sofort nach seiner Wahl in den Gemeinderat wurde dies in dem NSDAP-AO-Blatt 'NS Kampfruf' gefeiert. Die Nummer 108 eröffnete mit der Schlagzeile "Wahlsieg in Rotterdam!" und in einem Artikel wird Freling als "AO-Kämpfer" bezeichnet. Die NSDAP-AO in den Niederlanden wird aber von der ANS vertreten. So war Freling auch weiterhin an ANS-Demonstrationen beteiligt und kümmerte sich um Kontakte nach Deutschland.

Freling arbeitete nun mit alten Gegnern wie NVU-Führer Joop Glimmerveen, ANS- Führer Eite Homan und dem ehemaligen Anführer der JFN Steward Mordaunt zusammen. Und das, obwohl Mordaunt homosexuell ist. So erhielt die Infiltrierung der CP'86 mit Nationalsozialisten schnell Form: Bei der CP'86- Hauptversammlung im Mai 1992 wurden Aufkleber und Flugblätter der ANS verteilt und im Oktober 1992 versuchten Mitglieder der ANS und der CP'86 ein multikulturelles Festival in Arnheim zu stören. Es wurden dort ehemalige JFN-Leute wie Steward Mordaunt und Tim Mudde zusammen mit CP'86-Mitgliedern wie Constant Kusters und ANS-Mitglieder wie Eite Homan festgenommen. Im

gleichen Monat unternahmen ANS und CP'86 ebenfalls den Versuch, eine Antirassismusdemonstration in Den Haag zu stören. Dort wurden Homan, Freling und Mordaunt festgenommen.

Deutsch- Niederländische Kontakte

Nach der Verurteilung und der darauf folgenden Reorganisierung in den Niederlanden ist ab 1993 von einer neuen niederländisch-deutschen Aktivität zu sprechen. Im August nahmen niederländische ANS-Leute beim "Hess-Gedenkmarsch" in Fulda teil, und im Dezember versuchte die ANS, gemeinsam mit CP'86 und der deutschen HNG, eine Demonstration anläßlich des zehnjährigen Verbots der deutschen ANS abzuhalten. Als diese Aktion sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland verboten wurde, demonstrierten schließlich 44 deutsche und niederländische Nazis in Kerkrade (Limburg, NL), während Freling in Rotterdam für ein Ablenkungsmanöver sorgte. Mit von der Partie in der Grenzstadt Kerkrade war der damals frisch gewählte Landesvorsitzende der 'Deutschen Nationalisten' (DN) aus NRW, Roland Langnickel. Auch er war 1994 im § 129 a - Verfahren gegen die Wittener NO- "Kameradschaft" angeklagt gewesen.
Einige Monate später fanden im Frühjahr 1994 in den Niederlanden mehrere Wahlen statt, und es waren starke rechtsextremistische Aktivitäten festzustellen, auch in Bezug auf die BRD/NL-Kontakte. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Aktivitäten von Constant Kusters.
Constant Kusters wurde 1990 innerhalb der extremen Rechten aktiv. Er baute für die CP'86 im Osten des Landes (Arnheim, Niemwegen, Veendaal) mit großem Erfolg Anhängerkreise auf. 1994 versuchte er im Namen jener Partei, in den Arnheimer Gemeinderat zu kommen. Als er damit scheiterte, wechselte er zur (gemäßigteren) CD, um auch dort wieder innerhalb kürzester Zeit auszutreten. Wegen seines "verräterischen Wechsels" zur CD wünschte die Arnheimer CP'86 ihn nicht mehr in ihren Reihen, und er entschied sich für einen radikaleren nationalsozialistischen Kurs bei der ANS und gründete die ANS-Frontorganisation 'Jongerenfront Nederland '94' (JFN'94).
Im Juli 1994 veranstalteten die ANS und FAP anläßlich des angekündigten Vorhabens der deutschen Regierung, die FAP und Nationale Liste zu verbieten, eine Demonstration in Venlo (Limburg, NL). Die Demonstration wurde von der Polizei fast sofort aufgelöst und die anwesenden Deutschen abgeschoben. Aus den Niederlanden waren Freling, Mordaunt, Homan und Kusters zugegen, und aus Deutschland waren Friedhelm Busse, Siegfried Borchard, Norbert Weidner und Dieter Riefling angereist. Durch das drohende Verbot in Deutschland ließ sich eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen niederländischen und deutschen Nazis erkennen. Bei dieser Zusammenarbeit fiel auf, daß niederländische ANS-Kader immer mehr Aufgaben bezüglich Organisation von Aktionen und Aufbau von Strukturen übernahmen.
So spielte die niederländische ANS im August während des Hess-Gedenkmarsches eine wichtige Rolle. Die Telefonnummer Eite Homans wurde als Mobilisierungspunkt verwendet und es beteiligten sich eine Reihe ANS-Leute an der Demonstration in Luxemburg. Die Luxemburgische Polizei ging gegen diesen Marsch hart vor. Im Oktober demonstrierten die ANS und die 'Sauerländer Aktionsfront' (SAF) in Maastricht (Limburg, NL) zusammen gegen das Polizeivorgehen. Eine auffällige Entwicklung bei jener Demonstration war, daß Constant Kusters dort zum ersten Mal als Veranstalter in den Vordergrund trat. Zugleich war eine deutliche Zunahme deutschsprachiger ANS-Propaganda in Arnheim, Kusters Wohnort, zu vermerken. Im November 1994 wurde wieder der Versuch einer deutsch-niederländischen Demonstration unternommen. In Zevenaar demonstrierten 50 ANS-Aktivisten für die Freilassung von Bela Althans. Dreizehn Aktivisten wurden festgenommen. Eine deutsche Delegation wurde schon an der Grenze abgewiesen.

Nach dieser kurzen Periode vermehrter deutsch-niederländischer Aktionen konzentrierte sich die ANS vermehrt auf die Niederlande und unterstützte diverse Demonstrationen der CP'86. Man beteiligte sich an den verbotenen Demonstrationen in Rijswijk (Januar 1995), Rotterdam (Februar 1995) und Amersfoort (März 1995). Während der Demonstration in Rotterdam hatte Martijn Freling eine Reihe von FAP-Mitgliedern zu Besuch. Allerdings trauten sich weder Freling, noch seine Gäste auf die Straße, da sie befürchteten, festgenommen zu werden.
Neben diesen niederländisch orientierten Demonstrationen fanden aber auch diverse gemeinsame Demonstrationen mit deutschen Kameraden statt. Im April veranstaltete man eine Solidaritätsdemonstration für Gary Lauck. Kusters meldete diese Demonstration an und erhielt (zu seiner eigenen Überraschung) auch eine Genehmigung. Es waren allerdings nur 27 Demonstranten angereist, von denen ein erheblicher Teil aus Deutschland stammte. Zudem wurden an der deutschen Grenze noch acht Autos gestoppt. Aus Deutschland waren u.a. Michael Petri, Bernd Stehmann und Melanie Dittmer vertreten. Thorsten Heise und Christian Malcoci wurden an der Grenze abgewiesen. Kurz nach der Demonstration gründeten u.a. Constant Kusters und Eite Homan in den Niederlanden die 'Fundamentalistische Arbeiterspartij' (FAP). Sie wollten damit ihren deutschen Kameraden, die seit dem Verbot der deutschen FAP politisch obdachlos geworden waren, Unterschlupf bieten. Bei der Gründungsversammlung waren auch Mordaunt und Freling präsent.

Inzwischen gab es innerhalb der CP'86 Streitigkeiten. Der Hauptvorstand wurde von der Justiz als "kriminelle Vereinigung" verfolgt und man fürchtete ein Verbot oder hohe Strafen. Um sich selbst ein legaleres Image zu verschaffen, wollte die Parteispitze, daß die ANS-Leute innerhalb der Partei eine weniger nationalsozialistische Haltung annahmen. Es wurde u.a. verboten, nationalsozialistische Uniformen und Abzeichen zu tragen. Die ANS-Leute waren darüber sehr erbost und boykottierten im Mai 1995 den Mitgliederkongreß der CP'86. Dieser Konflikt zwischen dem nationalsozialistischen und dem "bürgerlichen" Flügel der CP'86 spielte auch weiterhin eine Rolle und führte letztendlich im November 1996 zu einem Bruch. Doch dazu später mehr.

Der Grad der Intensität der Zusammenarbeit zwischen niederländischen und deutschen Nazis wurde ersichtlich, als am 16. Mai 1995 auf Ersuchen des BKA eine Hausdurchsuchung der niederländischen Polizei bei Martijn Freling stattfand. Anlaß war ein Ermittlungsverfahren seitens der Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der „Unterstützung der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung". Freling soll Teil eines Internationalen Netzwerks sein, das die Terrorschrift „Eine Be-

wegung in Waffen" publiziert hatte. Diese theoretische und praktische Anweisung wurde auszugsweise im „NS-Kampfruf" der NSDAP/AO veröffentlicht und fordert zum bewaffneten Untergrundkampf auf. Am selben Tag fanden auch im Bundesgebiet aus dem gleichen Anlaß mehrere Hausdurchsuchungen statt, u.a. bei den beiden Ex-NO'lern, dem Grevenbroicher Christian Malcoci und dem Hamburger Christian Scholz. Bei Scholz und seinem NO- "Kameraden" Henry Fiebig hatte es schon einmal in der gleichen Angelegenheit eine Hausdurchsuchung gegeben, wobei die Polizei Feuerwaffen und Sprengstoff gefunden hatte.

Gegen diese Polizeiermittlungen wollten zwei Wochen später die ANS und SAF in Rotterdam demonstrieren. Der Bürgermeister verbot den Aufmarsch. Dennoch demonstrierten Freling, Kusters, Homan und andere ANS-Leute gemeinsam mit den deutschen Aktivisten Andree Zimmermann, Michael Petri, Thomas Kubiak, Michael Krick und Melanie Dittmer. Sie wurden auf den Stufen des Rathauses festgenommen, als sie eine Fahne mit einem Keltenkreuz ausrollten.

In jenem Zeitraum tauchte auch ein weiteres deutsches Gesicht in den Niederlanden auf: Stefan Wiesel. Wiesel kennt Martijn Freling aus der Zeit, da sich beide in München für die Nationale Offensive engagierten. Wiesel hält sich seit 1995 in den Niederlanden auf, da er in Deutschland verdächtigt wird, Briefbomben in Deutschland und Österreich versendet zu haben. Seit seinem Erscheinen in den Niederlanden sind er und Freling unzertrennlich. Wiesel erhält sein Geld von Ernst Zündel aus Kanada, den er in Europa als Nachfolger von Bela Althans vertritt.

Im August beteiligten sich niederländische ANS-Leute abermals an der Rudolf-Hess-Gedenkfeier und demonstrierten in Schneverdingen. Wieder wurde die holländische Infrastruktur zur Organisierung des Marsches genutzt. Frelings Postfach und das Telefon Homanns dienten als Kontaktstellen.

Obwohl sich Freling mittlerweile nach außen als braves CP'86-Mitglied profiliert und die öffentlichen Naziaktivitäten Kusters und Homan überläßt, hat er im Hintergrund noch viel mitzureden. Dies erwies sich auch bei der Ijzerbedevaart in Diksmuide (B). Als die Rijkswacht (belgische Polizei) den belgischen Nazi Bert Eriksson festnahm, übernahmen Freling und Siegfried Borchard die Initiative zum Sturm der Rijkswacht-Kaserne. An dem Angriff beteiligten sich niederländische ANS-Mitglieder und deutsche SAF-Leute.



CONSTANT KUSTERS (1.V.L) UND EITE HOMANN(2.V.L.)

Soweit geht Freling in den Niederlanden nicht. Als die ANS zusammen mit deutschen Kameraden aus Solidarität mit dem inhaftierten Garry Lauck in Sittard demonstrierten, war er abwesend, und die Demonstration wurde von Eite Homan und dem Limburger ANS-Aktivisten John Janssen organisiert.

Sobald die CP'86 Aktionen veranstaltet, sorgt Freling jedoch immer dafür, daß eine ANS-Delegation teilnimmt. Als AntifaschistInnen im September 1995 ankündigten, vor dem Haus des friesischen Nazis Douwe van der Bos demonstrieren zu wollen, kamen neben Freling und anderen CP'86-Mitglieder auch eine Reihe ANS-Leute, um dessen Haus zu beschützen. Kusters sorgte für die Anwesenheit von Thomas Kubiak (SAF) und Andree Zimmermann (SAF). Der auf Anti-Antifa spezialisierte HNG-Schriftleiter und SAF-Aktivist Andree Zimmermann fotografierte die anwesenden AntifaschistInnen. Zwei Monate später störten Aktivisten der CP'86 und der ANS ebenfalls gemeinsam einen Kongreß der linken Partei Groen Links. Die Aktivisten wurden festgenommen, nachdem Kusters einen Kameramann geschlagen hatte.

Neuere Entwicklungen

Im Frühling 1996 zeichnete sich eine neue Entwicklung innerhalb der extremen Rechten in den Niederlanden ab: Die CD und die CP'86 (einschließlich ANS-Flügel) unternahmen einen Fusionsversuch. Damit wollten sie sich eine breitere politische Grundlage verschaffen, und außerdem interessierte sich die CD für die große Zahl an Straßenaktivisten der ANS innerhalb der CP'86. Beide Parteien erhielten zu jener Zeit zum ersten Mal eine offizielle Genehmigung zu demonstrieren. Bei den beiden von ihnen veranstalteten Demonstrationen (24. Februar in Zwolle und 30. März in Leerdam) kümmerte sich Freling um den Ordnungsdienst, der nahezu komplett von der ANS-Fraktion innerhalb der CP'86 gestellt wurde. Bei der Demonstration in Leerdam liefen Freling und Wiesel gemeinsam mit der CP'86- Demonstration mit. Zugleich hielt die ANS in Echt eine Demonstration ab, an der sich auch eine große Gruppe Deutscher beteiligte. Ein Teil von ihnen wurde festgenommen, der Rest reiste nach der Demonstration weiter nach Leerdam, wo sie sich nach Vermittlung seitens Freling mit einreihen durften. Constant Kusters, Eite Homan, Bernd Stehmann, Andree Zimmermann, Thomas Kubiak und Michael Krick (SAF) marschierten mit, während in der Umgebung der Demonstration die "Anti-Antifa" der ANS aktiv wurde. Auch hier fotografierte

Andree Zimmermann wieder. Am Abend nach der Demonstration wurden Constant Kusters und der deutsche Mirco Droszella (SAF) in Arnheim festgenommen. Droszella hatte den Hitlergruß gezeigt und Kusters leistete Widerstand gegen dessen Festnahme.
Kurz nach der Demonstration weigerte sich die CP'86 zu fusionieren und so gingen beide Parteien wieder ihre eigenen Wege.
In jener Zeit wurde die Nederlandse Volksunie (NVU), eine Nazi-Partei aus den 70er Jahren, wieder abgestaubt, um der ANS als parteipolitischer Flügel zu dienen. Nachdem der ehemalige NVU-Vorsitzende Joop Glimmerveen sich an einer Reihe ANS-Aktionen beteiligt hatte, baten ihn Eite Homan und Constant Kusters wieder innerhalb der NVU tätig zu werden. Joop Glimmerveen und Constant Kusters setzten sich an die Spitze jener Partei. Glimmerveen wurde Vorsitzender und Kusters Sekretär, auch gibt er das Parteiblatt 'Wij Nederland' (Wir Niederlande) heraus.

Die Kontakte zwischen Kusters und der SAF wurden immer intensiver. Im August kündigte Kusters in Arnheim eine "Hess-Gedenkfeier" an. Dieses Ablenkungsmanöver gelang nicht: Als Kusters mit einer Gruppe Niederländer versuchte, über die französisch-deutsche Grenze zu kommen, wurden sie alle festgenommen und zurückgeschickt. Mittlerweile konnte die SAF allerdings wohl einen gelungenen "Hess-Gedenkmarsch" in Worms abhalten. Auch bei der Ijzerbedevaart ist wiederum von einer gemeinsamen deutsch-niederländischen Aktivität die Rede. Obwohl ein Teil der rechtsradikalen Kader von der anwesenden Rijkswacht gleich wieder über die Grenze zurückgeschickt wurde, schafften es ANS-Leute zusammen mit deutschen Nazis, im Cafe 'De Tapperij' einen Abend zu feiern. Unter dem Genuß enormer Biermengen wurden Reden Martijn Frelings und Friedhelm Busses mit lautem Gejubel und "Sieg-Heil"-Rufen begrüßt. Busse forderte die Einführung von Arbeitslagern für Erwerbslose, die dort nach dem Motto "Arbeit macht frei" schuften sollen.

Danach versuchte der deutsche Staat wiederum, gegen die deutsch-niederländischen Nazikontakte Maßnahmen zu ergreifen. Im September 1996 besuchten Mitglieder deutscher und niederländischer Geheimdienste zugleich die ANS und ehemalige Mitglieder der FAP in den Niederlanden und in Deutschland. Es zeigte sich schnell, daß diese Warnung nichts bewirkte.



BERND STEHMANN (RCHTS)

CP`86 und NVU = ANS - Vorfeldorganisationen

Im Oktober kündigte die CP'86 Martijn Freling wegen seiner andauernden Nazisympathien und seiner wachsenden Macht innerhalb der Partei die Mitgliedschaft auf. Dieser Rauswurf führte nach kurzer Zeit zu einem Bruch innerhalb der Partei, in dessen Zuge der ANS-Flügel den Namen CP'86 behielt und der Rest als 'Volksnationalisten Nederland' weitermachte. Dieser Bruch hatte zur Folge, daß die CP'86 in der Praxis zu einer der vielen Erscheinungsformen der ANS wurde. Des weiteren ist der Unterschied zwischen CP'86 und der NVU ab diesem Augenblick nur noch im Namen zu finden, auch wenn innerhalb der NVU extremere Töne angeschlagen werden dürfen als in der CP'86. Bei Parteikongressen sind jedoch die selben Personen zugegen.
Am 2. November fand der Parteikongreß der CP'86, bei dem die Nichtnationalsozialisten aus der Partei geworfen wurden, statt. Bei dem Kongreß war Joop Glimmerveen, als Vorsitzender der NVU, als Gastredner zugegen. Außerdem zählte die Mehrheit der Anwesenden zur ANS, beziehungsweise gleichgesinnter deutscher Organisationen.
Eine Woche später hatte die NVU einen Parteikongreß in Schiedam. Dort sorgte Martijn Freling für den Saalschutz, und traten Joop Glimmerveen, Eite Homan und Thomas Wulff (Steiner) aus der BRD als Redner auf. Die Versammlung wurde veranstaltet, um der Machtübergabe an Hitler und der "Recihskristallnacht" zu gedenken. Ferner waren wiederum viele niederländische und deutsche Nazis vertreten, darunter Stefan Wiesel, Constant Kusters und Andree Zimmermann.

Resumee

Vorläufig sieht es so aus, daß eine erlesene Gruppe niederländischer Nazis mit einer zunehmenden Gruppe deutscher Nazis Kontakte pflegt. Die Deutschen haben dadurch die Möglichkeit, sich auf niederländischem Hoheitsgebiet zu organisieren und wichtige Funktionen an holländische Kameraden zu delegieren. Die niederländischen Kameraden erhalten Unterstützung und Aufbauhilfe für ihr eigenes Erstarken. Wohin diese Entwicklung geht, muß dringend weiterverfolgt werden.

Thule bleibt dem Ghetto treu

Das Mailbox-Netz der Neonazis hat die Erwartungen nicht erfüllt

Mit hohen Ansprüchen war der rechtsextremistische Mailboxverbund „Thule-Netz" vor vier Jahren an den Start gegangen: Frei nach Habermas verkündete die Führungsriege um den Erlanger Thomas Hetzer, man wolle eine „Gegenöffentlichkeit" schaffen. Darin sollte die Rechte ungehindert kommunizieren können. „Wir sind drinnen, der Staat ist draußen", lautete das Motto. Auf verschiedenen digitalen Diskussionsforen der Boxen (Brettern) sollte sich die ganze Bandbreite der Szene präsentieren - Zeitschriften, Parteien und andere Organisationen -, das Netz zum Schaufenster des Rechtsextremismus werden. Die unterschiedlichen, nicht selten zerstrittenen Flügel, so hoffte man, würden so Gelegenheit erhalten, miteinander in Kontakt zu bleiben. Nicht zuletzt sollte das Netz die Kader in den alten Ländern und das große Fußvolk in den neuen besser vernetzen.

Dabei war das „Thule-Netz" mehr eine zur zweifelhaften Tugend gewendete Notmaßnahme. Ursprünglich hatten die treibenden Kräfte die großen Mailbox-Netze wie das CL(ComLink)- oder das Fido-Netz mit Nazi-Sprüchen beglücken wollen. Die eher links orientierten Netze aber reagierten prompt und konsequent: Sie schlossen die Propagandisten aus oder erteilten ihnen Schreibverbot. So war beispielsweise Thomas Hetzer aus einer Box des CL-Netzes herausgeflogen und wurde später Sysop der „Widerstand"-Box, dem Herzstück des „Thule-Netzes". Außerdem hatte die Betriebsfirma des gängigen Mailbox-Programms „Zerberus" eine Klausel in den Lizenzvertrag aufgenommen, daß Neonazi-Propaganda in einer mit „Zerberus" betriebenen Box zum Erlöschen des Vertrages führe.

Der erste Anlauf, ein rechtsextremistisches Netz zu gründen, scheiterte. Die „Thule"-Vorläufer „Rechtsnet" und „Deutsches Nationales Netz" gingen nie in Betrieb. Im „Thule-Netz" kam am 20. März 1993 der erste Nachrichtenaustausch zustande. Seit Mitte vergangenen Jahres ist „Thule" auch mit einer recht umfangreichen Homepage im Internet vertreten. Auf ihr befindet sich eine Karte, auf der zwölf Boxen des Netzes im Bundesgebiet und drei im Ausland verzeichnet sind („Motstand"/Oslo, „Weerwolf"/Rotterdam und „Dissident"/Wien). Auf der Internet-Seite befinden sich Texte aus dem Mailbox-Netz und Verbindungen (Links) zu anderen rechtsextremistischen Seiten. Dazu gehören etwa die Neonazi-Seite „Stormfront" aus West Palm Beach in den USA, die „Zündelsite" des deutsch-kanadischen Neonazis Ernst Zündel aus Toronto/Kanada und die Homepage der „Jungen Freiheit". Die „Junge Freiheit" ist im „Thule-Netz" eigentlich eher geduldet. Doch Vernetzung ist, wenn man trotzdem für digitale Verbindungen sorgt.

In der Rubrik „Parole Spaß" im Internet befindet sich nach wie vor eine Nachricht, wegen der ein Systembetreiber (Sysop) des Netzes im Februar vergangenen Jahres rechtskräftig verurteilt wurde. Die vorgebliche Satire („In Bonn hat sich der Zentralrat der Neandertaler gegründet...") hatte dem Sysop der „Elias"-Mailbox im badischen Oftersheim, Jürgen Jost, eine Bewährungsstrafe von drei Monaten und eine Geldstrafe von 2.700 Mark wegen Volksverhetzung eingebracht. Jost hatte zwar behauptet, die Nachricht selbst nicht verfaßt zu haben, er hätte sie nach Auffassung des Gerichts aber aus seiner Box löschen müssen. Schließlich sei er von „Thule"-Usern auf die potentiell strafbare Nachricht aufmerksam gemacht worden. Der Verurteilung war eine konzertierte Aktion der Landeskriminalämter Baden-Württemberg und Hessen im Oktober ‚94 vorausgegangen, bei der sie neben dem Rechner der „Elias"-Box die der Boxen „Geier" in Kassel und „Rechtsweg" in Frankfurt/Main beschlagnahmten.

Im Internet kann jede und jeder auf die „Thule"-Seiten zugreifen. In den Mailboxen gilt das nur eingeschränkt. Sie gliedern sich im wesentlichen in drei Ebenen: Eine Gastebene, die ohne weiteres einzusehen ist, eine User-Ebene, die nur registrierten Benutzerinnen und Benutzern offensteht, und die „Sysops only"-Ebene, in der allein die Systembetreiber miteinander kommunizieren. Die Aufnahme-Modalitäten sind je nach Box unterschiedlich: Manche nehmen nur persönlich bekannte Neonazi-Kader auf, andere fast jeden, der möchte. So nahm die „Rattenfänger"-Box in Hameln



ÜBERSICHTSKARTE DES THULE-NETZ

selbst den szenebekannten, links orientierten Berliner Journalisten Burkhard Schröder als User auf, der seine Erfahrungen mit dem Netz in dem Buch „Neonazis und Computernetze" (Rowohlt, 1995) festhielt. Der Betreiber der „Rattenfänger"-Box geriet später netzintern in den Verdacht, vertrauliche Informationen an Schröder weitergeleitet zu haben. Wegen dieser - falschen - Unterstellungen frustriert, koppelte der Neonazi seine Box vom „Thule-Netz" ab. Im vergangenen Jahr nahm er sich das Leben.

Thematisch geht es in den knapp 100 Brettern des Netzes mal ausschließlich um Computertechnik, mal um alles Mögliche, das aus dem ultrarechten Blickwinkel heraus kommentiert wird. In neun Brettern stellen sich Organisationen und Medien vor. So sind eigene Bretter etwa der „Jungen Freiheit", den „Staatsbriefen" und den Neonazi-Blättern „Junges Franken" und „Umbruch" gewidmet. Allerdings hat das Netz die hohen Erwartungen wohl nicht erfüllt. Eindeutig hat es kaum dazu beigetragen, wie Hetzer angekündigt hatte, „Personen außerhalb des ‚rechten Ghettos'" zu erreichen. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind die Köpfe des Netzes gestandene Rechtsextremisten, oft nachweislich vom neonazistischen Flügel, besonders häufig aus dem Umfeld der „Jungen Nationaldemokraten". So gehören etwa ex-NPD-Chef Günter Deckert mit seiner „Reißwolf"-Box

(derzeit haftbedingt abwesend) und der Anti-Antifa-Aktivist Kai Dalek („Kraftwerk") zum Kreis der Systembetreiber. Ähnliches gilt für die etwa 100 registrierten User.

Auch inhaltlich stößt man im „Thule-Netz" auf Altbekanntes, auch wenn sich das Netz nach Außen positiv auf die „Neue Rechte" bezieht und es seine Selbstdarstellung vermutlich beim Kasseler „Thule-Seminar" abgeschrieben hat. Am nächsten stehen die Diskussionsteilnehmer stets denjenigen in der europäischen Rechten, die wahlstrategisch erfolgreich sind. Das gilt im Moment vor allem für Jean Marie Le Pen in Frankreich („hat den Bogen raus") und Jörg Haider in Österreich. Einige loben Michael Kühnen („Opferbereitschaft für das Vaterland"), vielen gefallen Nazi-Skin-Bands wie „Bomber" und „Endstufe" oder Vaterlandsbarde Frank Rennicke. Aber auch die rechten Ränder der etablierten Parteien sind beliebt, wie das „Studienzentrum Weikersheim", der „Hofgeismarer Kreis" und die neurechte Connection um Rainer Zitelmann.

Im wesentlichen weisen alle Diskussionen im „Thule-Netz" ideologische Versatzstücke des Rechtsextremismus auf, wie sie auch in anderen rechten Medien - vor allem in Zeitungen und Zeitschriften - zu finden sind. Die Demokratie als Herrschaftsform lehnt die „Thule"-Netzgemeinde mal offen, mal in Andeutungen ab. Mitunter wird in nicht zu überbietender Plattheit rassistisch, insbesondere antisemitisch argumentiert. Revisionismus (Auschwitz- und Kriegsschuld-Lüge) findet mensch überwiegend in der für den deutschen Rechtsextremismus typischen Andeutungssprache, die die Szene zweifellos zu deuten weiß. Da ist von „Fehlern" in der Geschichtsschreibung die Rede, die naturwissenschaftlich nachgewiesen seien, oder der Schrecken von Auschwitz wird mit dem Bombardement Dresdens auf eine Stufe gestellt. Auf den historischen Nationalsozialismus beziehen sich die wenigsten offen positiv. In Randbemerkungen lassen einige Diskussionsteilnehmer ihre Nähe zu Ideologen des Dritten Reiches erkennen.

Das „Thule-Journal", die Zeitschrift zum Netz, weist auf Themen und Formulierungen hin, die zu vermeiden seien, um nicht mit deutschem Strafrecht in Konflikt zu geraten. So sollten beispielsweise keine Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet und die Existenz von Gaskammern nicht geleugnet werden. Ansonsten ist die Sprache im Netz an Deutlichkeit kaum zu überbieten. Typisch ist ein ruppiger, an der Umgangssprache orientierter Diskussionsstil. Man beschimpft sich untereinander, besonders häufig aber politische Gegner (oft als „Zecken"). Fast alle User schreiben unter vielsagenden Pseudonymen wie „Odin", „Warlord" oder „Kommando F." Die meisten verabschieden sich „mit deutschem" oder „kameradschaftlichem Gruß". Ganz zum Schluß steht meist ein kurzer Nachsatz (Origin), wie „Ich will Mohrenköpfe" oder „Für die Sache der Nation".

Das „Thule-Netz" hat aus dem Neonazi-Ghetto nicht herausgefunden, leichtfertig unterschätzen sollte man seine Bedeutung allerdings nicht. Hilfreich für die Szene sind seine Serviceleistungen, wie die Möglichkeit, fertig gestaltete Flugblätter abzurufen und für eigene Aktionen zu verwenden. Einige Bretter dienen als Kontakt- und Termin-Börse. Ähnlich wie über die „Nationalen Info-Telefone" (NIT) werden hier kurzfristig wichtige Informationen weitergegeben. Daß die NIT-Betreiber teilweise mit denen der Boxen übereinstimmen, überrascht daher kaum. Kampagnen, wie die gegen die Verurteilung Gary Rex Laucks (NSDAP/AO), werden mit Hilfe des Netzes vorangetrieben. Aus Datenbanken, die einigen Boxen angegliedert sind, können Materialien angefordert werden. Dazu gehören Listen mit Adressen politischer Gegner, die allerdings zuvor bereits anderweitig veröffentlicht worden sind.

Peter Luchs



Themen auf den WWW-Seiten des Thule-Netzes

Homepage der Widerstand-BBS

Homepage der Osgiliath-BBS

Paul Latussek

Der Vizepräsident des "Bundes der Vertriebenen", referierte vor der "Gesellschaft für freie Publizistik"

Was bedeutet es, wenn in der BRD der Vizevorsitzender einer Organisation mit (nach Eigenangaben) 2.000.000 Mitgliedern bei der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) referiert, die einst vom Reichspressechef der NSDAP Helmut Sündermann gegründet wurde und heute vom Verfassungsschutz der BRD als die größte "rechtsextreme" Kulturorganisation geführt wird? Was bedeutet es weiter, wenn es sich bei der Organisation mit den 2.000.000 Mitgliedern um den "Bund der Vertriebenen" (BdV) handelt, der Teil eines vom Bundesinnenministerium der BRD angeleiteten Geflechts von Vorfeldorganisationen der inoffiziellen deutschen Außenpolitik ist, und der im wesentlichen von den Millionenbeträgen lebt, die jährlich aus den Kassen der Gemeinden, Länder und des Bundes auf seine Konten fließen?

Dies bedeutet, daß eine Organisation, wie der BdV, die eng mit den derzeitigen Regierungsparteien der BRD verbunden ist, sich nicht scheut, mit neofaschistischen Organisationen zusammenzuarbeiten, daß im BdV zumindest ein großer Flügel existiert, der solche politischen Partner nicht ablehnt. Der Führer dieses Flügels ist Paul Latussek. Jüngst machte er Schlagzeilen, als er eine als fünfminütige Grußrede geplante Ansprache auf dem "Tag der Heimat" dazu nutzte, ein Grundsatzreferat zu halten, das anschließend den Bundespräsidenten Roman Herzog zu der Feststellung veranlaßte, daß heute Ostpreußen, Schlesien, Pommern oder das Sudetenland Teile Rußlands, Polens und Tschechiens seien. Es kam zu einem Eklat, als daraufhin Roman Herzog aus dem Publikum öffentlich als "Vaterlandsverräter" beschimpft wurde.

Wer ist Paul Latussek?

Paul Latussek begann seine Karriere 1990 als er in der letzten DDR-Volkskammer ein Mandat für die "Deutschen Sozialen Union" (DSU) errang. Die DSU, ein Versuch der CSU in der Region der ehemaligen DDR Fuß zu fassen, ist inzwischen bedeutungslos geworden, ihre Jugendorganisation in das Spektrum des militanten Neofaschismus konvertiert. Allein Paul Latussek konnte seine politische Karriere weiter ausbauen. Er nutzte hierzu sein Ticket als Vertriebenenfunktionär in Thüringen und ist mittlerweile zu einem der Vizevorsitzenden des BdV aufgestiegen, 1996 sogar in den Vertriebenenbeirat des Bundesinnenministeriums gewählt worden. Dieser Karriere taten Kontakte zu Neofaschisten bislang keinen Abbruch. Seine Veröffentlichungen im spektrumsübergreifenden Organ des deutschen Neofaschismus "Nation und Europa" verursachten keinen Karriereknick, ebensowenig wie die Tatsache, daß er sich von der "Jungen Freiheit" unter der Überschrift: "Ich bin für klare Worte" zum Interview bitten ließ. Ein Freund klarer Worte scheint Latussek wahrlich zu sein. So meinte er im "Witiko Brief" in einer von ihm geschriebenen Rezension des von Rolf-Josef Eibicht herausgegebenen Buchs "Hellmut Diwald - Sein Vermächtnis für Deutschland": "Das Buch wendet sich (...) an alle an Recht und Freiheit orientierten Deutschen."[1]

Eine kleine Kostprobe gefällig aus dem programmatisch die nachfolgenden Beiträge einleitenden Aufsatz des Herausgebers dieses Buches, das Latussek den Deutschen zur Lektüre an Herz legt? Bitte schön:

1. Die innenpolitische Kriegserklärung:

"Die Krebsgeschwüre der nationalen Verelendung befinden sich mitten unter uns. Wir sollten es erkennen und danach handeln! Es sind jene, die auf der Basis des Elendes unseres Volkes ihre zweifelhaften Positionen errangen, jene, die Macht erlangten als Richter, Propheten und unerträgliche ideologisierte Heils- und Sinnvermittler in den Medien. (...) Man prägt und deutet, verzerrt und manipuliert die Vergangenheit in willkürlicher Art und Weise, verspielt somit die Zukunft (...). Für Völkermord gibt es keine Verjährung. Auf für den Genocid oder Völkermord der Geschichtszerstörung unseres Volkes kann es keine Verjährung geben. Dies sollten wir nicht vergessen, um einmal auch dementsprechend handeln zu können. Wer die Existenz des eigenen Volkes durch Geschichtszerstörung bedroht, muß sich klar sein, daß er als Schreibtischtäter auch einmal dafür zur Verantwortung gezogen werden kann und wird."[2]



Paul Latussek, Rechtsausleger im BDV

2. Die außenpolitische Kriegserklärung:

"Wir müssen heute alles tun, um begreifen zu lernen, wie es zu einem erneuten Totalverzicht auf die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland kommen konnte, um anschließend unabdingbar die Revision dieser nationalen Niedertracht ohne Beispiel (...) anzustreben. Und daß wir eine Revision anstreben werden, sollte uns ein jeder glauben, komme, was da wolle. (...) Die anderen werden erst noch von uns begreifen lernen müssen, daß vor dem Frieden die Realisation der Freiheit steht und stehen muß. (...) Aus der Stärke heraus werden wir unüberhörbar sprechen. (...) Haltet Deutschland nicht für tot, ehe ihr seine Leiche gesehen habt. Aber selbst dann dürftet ihr euch irren." [2]

Was will Paul Latussek?

Welchen außenpolitischen Kurs fährt ein führender Funktionär einer 2.000.000 Mitglieder zählenden Organisation, der sol-

ches den Deutschen zur Lektüre empfiehlt? Nun, er setzt auf eine alte Strategie der "Chemischen Auflösung" insb. der östlichen Nachbarstaaten.[3] Als Ausgangsposition empfahl er im Organ des BdV, der "Deutschen Umschau", die durch die 2+4-Verträge festgelegten deutschen Grenzen im Osten "als Übergangslösungen zu akzeptieren". Von hier ausgehend solle die Bundesregierung darauf drängen, daß die "Deutschen"[4] in Polen ein institutionalisiertes Mitbestimmungsrecht und die im Rahmen des Potsdamer Abkommens von 1945 ausgesiedelten Deutschen ein Rückkehrrecht erhalten. Die so installierten "Deutschen Minderheiten" sollen dann verstärkt durch ökonomischen und politischen Druck seitens der deutschen Regierung, etwa bei den Verhandlungen über die EU-Aufnahme Polens und Tschechiens, ins Rennen um ein "Recht auf Heimat" gebracht werden.

Die Formel des "Rechts auf Heimat" steht in einem Kontext, der schlimmstes befürchten läßt. "Recht auf Heimat" meint auch die Möglichkeit, Kulturautonomie einer Region, in der die installierte Minderheit hauptsächlich siedelt, zu erlangen, meint letztenendes auch das Recht auf Herauslösung aus dem alten und Anschluß an einen anderen Staat, also an Deutschland. Wer die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges, die Form der Okkupation der CSR kennt, weiß woher der Wind weht, weiß, das solchen Leuten wie Latussek das Handwerk gelegt werden muß.

Aktionen gegen Latussek

Anläßlich der Rede Latusseks vor den Neofaschisten der GfP in Herford, gelang dies einer Gruppe von 100 jungen AntifaschistInnen, die die Polizei überrumpelten und einen Abbruch der Veranstaltung erzwangen. Doch ist Latussek noch immer in hohen Ämtern und Würden, so hoch, daß 100 junge AntifaschistInnen an sie nicht heranreichen. Selbst als geraume Zeit nach den Aktionen der AntifaschistInnen in Ostwestfalen das Fernsehmagazin "Report" über den Auftritt Latusseks in Herford berichtete und Annelie Buntenbach für die Grünen im Bundestag eine Kleine Anfrage zu Latusseks Nazi-Kontakten stellte, brachte dies den Vizechef des BdV nicht zu Fall. Zwar krachte es gehörig im Gebälk des BdV-Bundesvorstandes und der Präsident Wittmann verwahrte sich auf einer eigens anberaumten Sitzung schärfstens gegen die Aktivitäten seines Vizes Latussek, doch konnte der sich als Anführer des ultrarechten Flügels im BdV-Vorstand in seiner Position behaupten.

Latussek und eine neue Revanchistenpartei

Aus dem BdV-Landesverband Thüringen, dem Latussek vorsteht, sind nun Aktivitäten zur Gründung einer neuen Revanchistenpartei zu bemerken. Diese Partei, die den Namen "Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (PHE) tragen soll, wird am 21.6.97 in Zwickau ihren Gründungsparteitag abhalten. Als Redner ist u.a. Paul Latussek eingeladen. Daß Latussek damit erneut mit Neofaschisten paktiert, belegt der Umstand, daß diese neue Partei sich den "Bund für Gesamtdeutschland" zum Bündnispartner erwählt hat. Interessant ist der sozialpolitische Bezug im Programm der PHE. Da relativ viele derjenigen, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland in die DDR umgesiedelt wurden, auf enteignetem Junkerland ein neues Zuhause fanden, die Altbesitzer jetzt ihrer alten Pfründe wieder habhaft werden wollen, schlägt die PHE u.a. folgendes vor: Statt sich gegen die Ansprüche der Altbesitzer zur Wehr zu setzen, will man selbst vermeintliche Ansprüche in den Staaten Ost- und Mitteleuropas durchsetzen.

Man darf gespannt sein, ob diese neuen neofaschistischen Kontakte Latusseks ihn nun endlich für den BdV untragbar machen. Sollte es zu personellen Konsequenzen in Sachen Latussek kommen, dürfte dies zu heftigsten Auseinandersetzungen im BdV führen. Spannend ist hier insbesondere die Haltung der Ostpreußen und ihres Chefs von Gottberg, der eine weitere mächtige Figur des ultra-rechten Flügels im BdV-Vorstand ist.

Anmerkungen:

1) Latussek, Paul: Buchbesprechung, in: "Witiko Brief", Folge 5, 1994 (Der "Witiko Brief" ist das Mitteilungsblatt des elitären "Witikobundes", eines Zirkels, der von hochrangigen NS-Funktionären aus der okkupierten CSR nach dem 2. Weltkrieg gegründet wurde.)

2) Eibicht, Rolf-Josef: Hellmut Diwald, Tübingen 1994, S.21, ebd., S.32f.

3) Als in der Zeit vor 1938/39 in der NS-Führung darüber beraten wurde, wie die CSR vom nationalsozialistischen Deutschland okkupiert werden sollte, standen zwei Varianten des Vorgehens zur Debatte. Zum einen eine klassisch-militärische Okkupation und zum zweiten eine "chemische Auflösung" der CSR, wie sie Ernst von Weizsäcker vom Auswärtigen Amt betitelte und favorisierte. Agent dieser chemischen Auflösung sollte die sudetendeutsche Bevölkerung sein. Diese "chemische Auflösung" wurde realisiert. Der NS-Staat setzte die Sudetendeutschen als 5. Kolonne innerhalb der CSR ein.

4) selbstverständlich sind diese als "Deutsche" bezeichneten Menschen polnische, russische oder tschechische Staatsbürger, doch kennt das deutsche Recht noch immer das archaische "Ius Sanguinis", das Blutsrecht. Deutscher ist demnach, wer irgendwann einmal deutsche Vorfahren hatte, ob er z.Z. eine andere Staatsbürgerschaft besitzt ist sekundär. Dieses Blutsrecht ist der Hebel, mit dem von Deutschland 5. Kolonnen in anderen Ländern installiert werden.



„Keine Musik für den Volksempfänger"

Eine kleine Intervention in drei Aufzügen



DOUGLAS PEARCE, DEATH IN JUNE

I. Aufzug - Das „forthcoming fire"-Konzert

Am 28.2. sollte im Bochumer „Zwischenfall" ein Konzert der rechten Dark Wave-Band „forthcoming fire" stattfinden.
Daraufhin intervenierten einige Antifas bei den Betreibern des „Zwischenfalls". Diesen waren bis dahin die Hintergründe der Band unbekannt gewesen. Ihr DJ Zöller hatte, obwohl er von der Rechtslastigkeit des "forthcoming fire"-Sängers Klumb wußte, den Auftritt arangiert. Von den Antifas informiert, versuchten die Betreiber das Konzert abzusagen. Dazu kam es aber nicht, da ihnen der Tourneemanager mit einer Konventionalsstrafe drohte. Daraufhin beschlossen die Antifas, das Konzert zu verhindern.
Eine Woche vor dem Konzert verteilten sie im „Zwischenfall" Flugblätter, um die Dark Wave - Szene über den Charakter der Band zu informieren und die Verhinderung anzukündigen. Nachdem am Konzertabend die beiden Begleitbands „Attrition" und „Morbus Kitahara" gespielt hatten, besetzten einige der rund 30 Antifas kurzerhand die Bühne. Sie entrollten das Transparent „Keine Musik für den Volksempfänger", hängten das Bandlogo von „forthcoming fire" ab, entfernten das nötige technische Equipment von der Bühne und drehten dem Ganzen zusätzlich den Strom ab. Leider glaubten die Antifas, daß das Verteilen der Flugblätter am Eingang des „Zwischenfalls" als Information ausreichend gewesen sei. So versäumten sie, von der Bühne herab eine inhaltliche Begründung der Verhinderung zu geben und gaben dadurch Klumb die Gelegenheit, sich auf der Bühne in Pose zu schmeißen. Er ließ sich von ca. 20 Fans huldigen. Als DJ Zöller über sein separates Soundsystem die Antifas als Faschisten titulierte und die Fans aufstachelte, begannen diese zu pöbeln. Die Antifas ließen sich aber nicht provozieren. So blieb es beim verbalen Schlagabtausch. Ca. 60 weitere Dark Waver verfolgten skeptisch das ganze Szenario, daß mit dem Abgang von Klumb endete. Im Anschluß zu der Aktion kam es zu zahlreichen Diskussionen zwischen Dark Wavern und Antifas. Der Teil der Dark Waver, die die Aktion nicht gut fand, sprach von einer Bevormundung: Ihnen würde der Genuß eines Konzerts vorenthalten, dies sei somit Zensur und darum faschistoid. Ihre Szene würde als Ganzes schlecht gemacht und die Antifas sollten sich um die Boneheads kümmern. In der Diskussion ignorierten sie dabei wiederholt die Inhalte von Klumbs Aussagen und dessen enge Kontakte zu Nazis.
In Hannover mußte das Konzert von „forthcoming fire" erst garnicht verhindert werden. Hier sagten die Betreiber des Konzertortes „Bad" das Konzert vom 2.März schon im vornherein ab.

II. Aufzug - Die Diskussionsveranstaltung

Mit der Verhinderung des Konzerts von „forthcoming fire" visierten die Antifas auch eine Veranstaltung zu den Bestrebungen der Rechten in der Dark Wave - Szene an. Günstigerweise hätte diese Veranstaltung vor der Verhinderung stattfinden sollen. Aber aus Zeitgründen war dies nicht möglich.
So fand die Veranstaltung „Dark Wave als Zielobjekt rechtsextremer Strategien" am 7. Mai statt. Und zwar im „Zwischenfall". Das „Zwischenfall" war ausgewählt worden, damit die Diskussion keine Diskussion von Antifas für Antifas über Dark Wave wird, sondern eine Diskussion mit Dark Wavern über Dark Wave.
Die zahlreiche Anwesendheit von über 50 Leuten, von denen 40 Dark WaverInnen waren, gab der Idee Recht. Nach einem Vortrag des Sozialwissenschaftlers Alfred Schobert fand eine interessante Diskussion statt. Diese zeichnete sich dadurch aus, daß sich nicht nur die üblichen Vielsprecher, sondern auch eine ganze Reihe anderer Leute zu Wort meldeten. Neben rein informativen Fragen standen vor allem die Punkte Zensur versus Einflußnahme auf Prozesse und Freiheit der Kunst versus Verantwortung im Vordergrund. Bezeichnend war, daß sich vor allem die Herren mit den SS-Totenkopfemblemen und „Death in June"-T-Shirts verbal enthielten. Zwei eher unverdächtig erscheinende Typen hingegen sprachen von Zensur und beharrten auf die heere Freiheit der Kunst, egal welchen Inhalt diese vertritt. Sie fragten, ob die Antifas die Dark Wave - Szene denn für hohl hielten. Dies erledigte sich mit dem Hinweis, daß wenn dem so wäre, es die Einladung zur Diskussion nicht gegeben hätte. Andere Dark WaverInnen sprachen sich explizit gegen eine Vereinnahmung durch Faschisten aus. Zum Abschluß der Veranstaltung kam die Sprache noch auf das vom „Zwischenfall" abgesagte Konzert der australischen Band „Death in June". Während der Referent die inhaltlichen Punkte zu „Death in June"s brauner Vita noch einmal referierte, präzisierte einer der Betreiber des „Zwischenfalls" ihre schwammig gehaltene Begründung zur Absage des Konzerts vom 9. Mai.

III. Aufzug - Das „Death in June"-Konzert

Über die Ereignisse um das „forthcoming fire" Konzert herum war eine ganze Reihe von Leuten auch außerhalb der Antifa sen-

„Death in June“

Die Band „Death in June“, die seit langem hauptsächlich aus dem Engländer Douglas Pearce besteht, hat in der Dark Wave Szene so etwas wie einen Kult Status. Und das, obwohl Pearce' rassistische und faschistische Äußerungen der Szene nicht unbekannt sind. Pearce arbeitet seit Jahren mit faschistischen Symbolen, Uniformen und Bühnenästhetik. Als Bandsymbol dient ihm der SS-Totenkopf. Ausweichend äußerte er in der „Zillo“(5/92) dazu:*"Der Totenkopf symbolisiert für mich den totalen Glauben und die Hingabe an mein Projekt"* und zu seinen Uniformauftritten:*"Die Uniformen-sie sind einfach schön..."* Verräterischer wird es, wenn er sich in selbigem Interview positiv zu Georg Strasser und Ernst Röhm von der SA äußert. Er gibt dort des weiteren zum Besten, daß er das "Horst Wessel Lied" auf der Platte „Brown Book“ gecovert hat und in der Mail Order Liste das Pseydonym E.Röhm verwendet.

Im Dezember '92, kurz nach dem Pogrom von Rostock, weigerte er sich, eine recht harmlose Erklärung verschiedener Dark Wave Bands, die die rassistischen Übergriffe verurteilte, auf dem Hamburger „Dark X-Mas Festival“ zu unterschreiben. Er sprach von einem ärgeniserregenden Stück politischen Dogmatismus, reiste ab und gab zwei Konzerte im Bochumer "Zwischenfall". Kurz darauf gab er dem Dark Wave-fanzine „Glasnost"(jan/feb '93) ein Interview und äußerte Verständnis für den rassistischen Mob: *"Hast Du jemals Tür an Tür mit Zigeunern gelebt? Ich kann den Groll, der in Ostdeutschland zum Vorschein kommt, verstehen. Was haben die Leute dort nach drei Jahren der Vereinigung und des Wartens auf den gleichen hohen Lebensstandard wie in Westdeutschland? Nichts. Alles, was sie nun haben, ist der Flüchtlingstrom von überall her..."* So verwundert es auch nicht weiter, daß die Konzerte im „Zwischenfall“, wie eine Ankündigung von '92 belegt, auf die Vermittlung des VAWS-Verlag Werner Symaneks zurückgeht.

So durfte „Death in June“ auf dem Riefenstahl-Sampler von Symanek natürlich nicht fehlen. Hier traten sie mit "Strength through Joy" als „KAPO“ an. In einem „Junge Freiheit“-Interview vom 7.3.'97 weiß Pearce:*" Ich war immer ein großer Bewunderer von Leni Riefenstahls Arbeit während der Zeit des Dritten Reiches, was einen unauslöschlichen Eindruck auf mich hinterlassen hat."*

Last but not least zitieren wir noch aus einem Interview, das Pearce dem faschistischen Dark-Wave fanzine „Sigill"(März '96) gab. Es geht u.a. über seinen Kroatienaufenthalt nach dem Kriegsausbruch auf dem Balkan. Er besuchte dort das Hauptquartier der HOS Milizen, die der HSP, der faschistischen Partei Kroatiens, unterstehen. Die Nazis der HOS sind für ethnische Säuberungen verantwortlich und gaben europäischen Nazis die Möglichkeit, in speziellen Einheiten sich im Brandschatzen, Vergewaltigen und Morden zu trainieren. Pearce in dem Interview:*"Tudjman und die HDZ haben versucht, die Wichtigkeit der HOS oder der Internationalen Schwarzen Legion oder anderer Gruppen, die Kroatien beim Freiheitskampf unterstützten, herunterzuspielen."*

Da ließen sich die "Kameraden" auch nicht lumpen. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des „Nationalen Blocks“, Günter Kursawe, rief via Thule Netz auf, dafür zu sorgen, daß das „Death in June“ Konzert im „Zwischenfall“ stattfinden kann. Und in der neuesten Ausgabe des deutschen „Resistance“ - Plagiats, der „Rock Nord“ von Torsten Lemmer und Andreas Zehnsdorf, bringt M. Thiel vom „Europakreuz“ den Boneheads „Death in June“ gleich auf einer Doppelseite näher.



DEATH IN JUNE-POSER

sibilisiert worden. Als die Information die Runde machte, daß trotz alledem „Death in June“, „Strength trough joy“ und „Boyd Rice“ am 9. Mai im „Zwischenfall“ spielen sollten, war für viele klar, daß dies auf keinen Fall passieren durfte.

Obendrein bekamen die ehedem schon schwankenden Veranstalter Reaktionen von anderer Seite mit. Örtliche Parteien, Fernsehsender, Lokal- und Veranstaltungszeitungen informierten sich verwundert, wie das „Zwischenfall“ zu solch einem Konzert käme. Eine Woche vor dem Termin wurde das Konzert abgesagt.

Daß es trotzdem in NRW ein „Death in June“ Konzert gab, ist auf die Tätigkeit des „Zwischenfall“- DJs Zöller zurückzuführen. Er vermittelte den Ausweichort, das „Kult“ in Arnsberg. Dort machte er dem Betreiber eine Disco mit vorhergehenden Livebands schmackhaft. In Bochum verteilten dann seine Freunde die Wegbeschreibung an all die Dark WaverInnen, die nichts von der Bochumer Absage mitbekommen hatten.

So traten „Strength trough Joy“, „Boyd Rice“ und „Death in June“ in Arnsberg auf. Die Bochumer Diskutanten, die die „Freiheit der Kunst“ vertraten, beglückten das Konzert einerseits in schwarzer Kampfmontur, andererseits im Tarnanzug und einem T-Shirt der Naziband „Allerseelen“. Dieses zeigte die Wewelsburg, die ehemalige Ordensburg des SS - Ahnenerbes bei Paderborn.

Die Stimmung bei Douglas Pearce war äußerst mies. In Österreich und Dänemark hatte es Ärger um die Tournee gegeben. Hamburg und Bochum wurden ihnen abgesagt. In Rostock, wo auf der „Stubnitz“ das Ersatzkonzert zu Hamburg stattfand, verteilten Antifas Flugblätter. In Plauen, wo sie im „Treffer“ auftraten, hatten Antifas ebenfalls für Unstimmigkeiten gesorgt. Dort hatte Pearce sich via Live-Telefonschaltung aus Dänemark vor dem Jugendhilfeausschuß zu rechtfertigen. Leider zog auch hier die „Freiheit der Kunst“- Karte vor gesellschaftspolitischer Verantwortung. Am 16. Mai, zündeten in Frankfurt Antifas den „Death in June“- Tourbus während ihres Konzert im „Batschkapp“ an.

Douglas Pearce und seine Mitstreiter werden sich ungern an diese Tournee erinnern.

„Forthcoming fire"



AKTUELLE CD

„Forthcoming fire" ist eine vierköpfige Band aus Bingen am Rhein. Seit ca. 2 Jahren fällt deren Sänger Josef Klumb in Dark Wave- Fanzines und Magazinen wegen seinen braunen Äußerungen auf. So verortete er im „Gothic,23" (1995) die Existenz von *"Illuminaten"*, die die Menschen zu einer *„Sklavenrasse"* mutieren lassen wollen, in der *„Hochfinanz"*. Deren zukünftiges Regime drücke sich in *„UNO, NATO, Weltbank und Zionismus"* aus. Daß diese Version der angeblichen „jüdischen Weltverschwörung" nicht aus seinem Mist gewachsen ist, bestätigte er durch den Hinweis im „The Gothic Grimoire, 1/96", als er sich auf die Bücher „Geheimgesellschaften, I und II" Jan van Helsings berief. Diese antisemitischen Machwerke, die Jan Uwe Holey unter dem Pseydonym Jan van Helsing geschrieben hat, sind unter anderem wegenVerstoß gegen das Antirassismusgesetz in der Schweiz beschlagnahmt worden. Klumb findet diese Bücher *„sehr verantwortungsbewußt"*.

Den *„gewissen Kreisen"* dichtete Klumb im „Gothic,23", ganz im Tenor rechter Propagandalügen, die *„Liquidierung Rudolf Hess"* an. Zum fünfzigsten Tag der Befreiung vom Faschismus fand er: *„...war es trotz allem eine Eroberung, eine Unterwerfung und eine Unterdrückung des Geistes, die bis heute anhält..."* und *„daß die „Volksseele", die bis heute so brutal vergewaltigt wurde, daß ich für dieses Heiligtum...und das Zentrum des Begriffs Deutschland eben verteidigen werde..."*.

Was Klumb an braunen Geschwalle in den Dark Wave Magazinen unkommentiert von sich lassen konnte, interessierte natürlich die Querfrontstrategen der sogenannten „Neuen Rechten". Diese ließen Klumb dann auch in der „Jungen Freiheit"vom 23.3.1996 von *„der Reinheit und dem Lichtgehalt der Nation"* schwafeln.

Absolut rechtsaußen positionierten sich Klumb und seine Band durch ihr starkes Engagemant bei der Erstellung des Samplers zu Ehren der NS- Kulturikone Leni Riefenstahl. Dieser Sampler wurde herausgegeben von den ebenfalls in Bingen ansässigen VAWS-Verlag des Werner Symanek. Symanek gehört schon seit Jahren zur internen Struktur der „Unabhängigen Freundeskreise"(UFK). Die UFKs sind wohl eine der ältesten, wichtigsten und einflußreichsten Kadergemeinschaften der NS-Szene. Sie verfügen über zahlreiche Unterorganisationen und beste Verbindungen zur rechten Terrorszene. Von Bingen betreibt Symaneks Verlag u.a. den Vertrieb der UFK-Publikation „Unabhängige Nachrichten"(UN), sowie weitere Publikationen der rechtsextremen Szene. Der Riefenstahl-Sampler ist sein zweiter Versuch, in die lukrative Musikbranche einzusteigen. Auf dem mit 25 Songs versehenen Sampler sind Bands wie „Swirling Swastikas"(wirbelnde Hakenkreuze), „Strength through Joy"(Kraft durch Freude), „Allerseelen", „Death in June" etc. vertreten. Klumb ist gleich mit drei Formationen und insgesamt 6 Stücken vertreten. Zusätzlich hat er das Booklet mit Zeichnungen versehen, die sich durch italienisch-faschistische Bildästhetik mit Pfeil- und Runensymbolik auszeichnen. Ebenso verwendete er das Sonnensymbol, das in der ehemaligen SS-Ordensburg, der Wewelsburg bei Paderborn, von der SS in den Boden eingelassen wurde.

Josef Klumb, der, eitel wie er ist, sich auch gerne anglophil mit J.K. (sprich Jäi Käi) anreden läßt, weist natürlich alle Vorwürfe von sich. Seitdem sein Vertrag bei „Hyperium" wegen des „JF"-Interviews nicht verlängert wurde, verkauft er „forthcoming fire" als verfolgte Unschuld. Er, der sich durch seine Aussagen und eindeutigen Kontakte in die Tradition des Nationalsozialismus, der Bücherverbrennung, des Terrors, Verfolgung und rassistischen Massenmords stellt, sieht sich einer „Bücherverbrennung wie im Mittelalter",„politisch Korrekter" ausgesetzt. So nannte "forthcoming fire" ihre neue CD auch „Verurteilt, gerichtet und lebendig verbrannt". Die Tournee im Februar gar „Burned alive". Dieses Verfolgtenimage läßt sich bei unbedarften Leuten gut verkaufen. Und ihre Texte kommen auch recht unbedarft daher. Aber wie bei jeder Mogelpackung muß mensch auf das Kleingedruckte achten. Auf dem Cover ihrer neuen CD, die bei NOVA TEKK in Gelsenkirchen erschienen ist, heißt es: *"Dank und Gruß ... , Jan Uwe Holey und Werner Symanek für großzügiges Sponsoring. ..."*

Zum Tod des türkischen Faschistenführers Türkes

Als am Abend des 4. Aprils gegen 22.30 Uhr die türkischen Fernsehkanäle die Nachricht verbreiteten, daß der Führer der faschistischen Bewegung der Türkei (MHP = Partei der nationalistischen Bewegung), Ex-Oberst Alparslan Türkes, im kritischen Zustand zum Medizin-Zentrum Bayindir in Ankara eingeliefert wurde, eilten tausende fanatische Anhänger zum Krankenhaus, und legten sich vor diesem zum Gebet nieder. Die Nachricht vom Tod des 80jährigen Basbug (Führer) an den Folgen eines Herzversagens wurde erst nach Einleiten landesweiter Sicherheitsmaßnahmen mit viereinhalbstündiger Verspätung bekanntgegeben. Daraufhin warfen sich die Anhänger der MHP zu Boden, brachen in Tränen aus und riefen im Chor: "Führer sterben nicht!" Der Tod des Oberwolfs löste nicht nur unter den nationalistisch orientierten Türken, sondern auch unter den türkischen Sozialdemokraten, der gelben Gewerkschaft und den Islamisten große Trauer aus.

Der Tod des Faschistenführers Türkes hat gezeigt, welch ein 'bedeutendes' Zeichen er in das politische Leben der Türkei gesetzt hat. Sowohl in den türkischen als auch in den deutschen Medien wurde kaum über die faschistischen Anschläge und Morde der MHP berichtet. Vielmehr wurde über die Trauer der 'Bevölkerung' und der türkischen Staatsführung berichtet.

Reaktionen türkischer PolitikerInnen

Staatspräsident Demirel sprach von einem "großen Verlust für das politische Leben". Der islamistische Regierungschef Erbakan meinte, Türkes habe die jüngere Geschichte der Türkei entscheidend geprägt, und er habe mit seinen treuen Diensten immer großen Lob verdient. Der Chef der 'Demokratischen Linken Partei' (DSP), Bülent Ecevit, betonte: "Es gab zwar zwischen uns einige Differenzen, aber wir hatten auch große Gemeinsamkeiten, so z.B. die Liebe zum Volk, den Kemalismus und Laizismus". Die Chefin der rechtskonservativen Partei des Rechten Weges (DYP) und Außenministerin Tansu Ciller drückte ihre Nähe zum Faschistenführer folgendermaßen aus: "Türkes war eine historische Persönlichkeit. In unserer demokratischen Geschichte hatte er einen besonderen Platz. Wir werden alles daran setzen, um ihm unsere letzte Ehre zu erweisen. Ich verfügte stets über gute Kontakte zu ihm." Die als "Mutter der Grauen Wölfe" bekannte neu amtierende Innenministerin Meral Aksener und Protegé von Tansu Ciller drückte sich ähnlich aus: "Türkes hat ein großes Zeichen für das politische Leben der Türkei gesetzt. Er war eine prächtige Person." Ex-Polizeichef Kemal Yazicioglu sah in Türkes sogar seinen Idol: "Ich habe alles von dir gelernt, mein Basbug."

Wie es aus den Äußerungen türkischer Politiker hervorgeht, war Türkes neben den Nationalisten Süleyman Demirel (Staatspräsident) und Bülent Ecevit (Vorsitzender der DSP) der Politiker gewesen, der seit Anfang der 60er Jahre die Richtung der türkischen Politik lenkte. Alle drei Personen waren bzw. sind zentrales Symbol für die Konterguerilla-Republik Türkei.

Türkes spielte bereits in den 40er Jahren eine entscheidende Rolle in der faschistischen Bewegung der Türkei. Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei berichtete 1944 über die Tätigkeiten von Türkes als Verbindungsmann zwischen dem deutschen Außenministerium und dem Geheimdienst in der Türkei. Nachdem Ende 1944 die Türkei ihre Beziehungen zu Deutschland abbrach, wurde Türkes neben einigen anderen Panturanisten mit der Begründung, er habe versucht, die Türkei an der Seite des deutschen Faschismus aktiv in den Zweiten Weltkrieg zu ziehen, zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Doch schon im April 1945 wurde das Urteil aufgehoben und Türkes wurde zusammen mit seinen Anhängern freigesprochen. Bereits damals erklärte er in dem gegen ihn laufenden Verfahren folgendes: "Ich betrachte es als Ehre, wegen Turanismus und Rassismus verurteilt zu werden. Die Verwaltung des Staates durch Menschen türkischer



TÜRKES, FÜHRER DER MHP

Rasse ist lebensnotwendig (...)."

1958 wurde Türkes zur türkischen Militärmission nach Washington geschickt, wo er enge Kontakte zum CIA knüpfte. Im gleichen Jahr besuchte er die Schule für Atom- und Nukleartechnik in der Bundesrepublik. Er war Mitglied der 'Gesellschaft zum Kampf gegen den Kommunismus', deren Terrorkommandos gegen die Studenten- und Arbeiterbewegung eingesetzt wurden.

1960 gehörte er zu den 32 Offizieren, die den ersten Militärputsch in der Türkei organisierten. Er wurde persönlicher Sekretär des Putschistengenerals Gürsel. Doch als er für die neuen Machthaber zu gefährlich wurde, wurde er zusammen mit 14 anderen in die türkische Botschaft nach Neu-Delhi entsandt.

1965 wurde Türkes Vorsitzender der 'Republikanischen Nationalen Bauernpartei' (CKMP), aus der 1969 die 'Milliyetci Hareket Partisi' (Partei der nationalistischen Bewegung, MHP) hervorging. Bereits ein Jahr vor der Gründung der MHP gründete er die Jugendorganisation Graue Wölfe, die bis heute verantwortlich für Tausende Morde an Oppositionellen und Massaker in Kurdistan ist.

1975 bis 1978 bildete der amtierende Staatspräsident Süleyman Demirel zusammen mit Türkes und dem heutigen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan die Nationalistische-Front-Regierung. Türkes konnte in diesen Jahren durch seine Funktion als stellvertretender Ministerpräsident

wichtige Ressorts im Staatsapparat (Polizei, Bildung und Verwaltung) besetzen.
Besonders seit 1990, seit der Verstärkung des kurdischen Befreiungskampfes, wurde Türkes und seine MHP ein Garant des türkischen politischen Systems und seiner Massaker in Kurdistan. Noch nie zuvor waren so viele wichtige Schlüsselstellungen in Polizei, Militär und Geheimdienst in den Händen der Faschisten wie momentan.
Da die in Kurdistan kämpfende Spezialarmee (Konterguerillaarmee) sich fast ausschließlich aus den Reihen der MHP'ler rekrutiert, fühlt sich das türkische Regime abhängig von den Faschisten.

Auseinandersetzungen bei der Wahl des neuen Oberwolfs

Nach dem Tod des Oberwolfs hat die MHP den Entschluß gefaßt, daß niemand außer Alparslan Türkes mit dem Grad eines Basbugs ausgezeichnet werden darf.
Kurz nach dem Tod von Türkes entfachten Machtkämpfe um den Posten des neuen Oberwolfs. Für den Posten des neuen Führers wurden viele bekannte MHP'ler vorgeschlagen, so z.B. der Ex-Innenminister Mehmet Agar, der Sohn Türkes' (Tugrul Türkes), der bekannte Mafia-Boss Ibrahim Ciftci und viele andere.
Als am 17. und 18. Mai '97 unter großen Sicherheitsmaßnahmen der außerordentliche Parteitag der MHP in Ankara zusammenkam, hatten sich nur noch die Kandidaten Tugrul Türkes, Devlet Bahceli, Ramiz Ongun, Muharrem Semsek, Enis Öksüz und Ibrahim Ciftci für den Führer-Posten nominiert. Als in der ersten Runde der Abstimmung keiner der angetretenen Kandidaten die erforderliche Mehrheit bekam, sollte eine zweite Abstimmungsrunde durchgeführt werden. Gegen den Favoriten Tugrul Türkes stellten unerwartet alle bisherigen Kandidaten Devlet Bahceli als einzigen Gegenkandidaten auf. Daraufhin kam es unter den Delegierten zu großen Unruhen. Als schließlich der Vorsitzende der MHP-Jugendorganisation 'Ülkücü Genclik' (Idealistische Jugend), Azmi Karamahmutoglu, am Rednerpult zum "Protest gegen dieses Komplott" aufrief, gingen die Delegierten mit Schlagstöcken aufeinander los und einige schossen sogar wild umher.
Der eigentlichen Grund dieser Auseinandersetzung war der Führungsanspruch innerhalb der MHP. Bereits Ende 1980 hatte sich ein Teil der MHP gespalten und gründete die 'Große Einheitspartei' (BBP). Ein weiterer Flügel fand seine neue Heimat in den neuen Regierungsparteien DYP ('Partei des Rechten Weges') und ANAP ('Mutterlandspartei'). Der große Oberwolf Türkes hatte es zu seinen Lebzeiten geschafft, einen großen Teil der faschistischen Bewegung unter einem Hut zu vereinen.

Ciller hat ihre Hand im Spiel

Für die Auseinandersetzungen am Parteitag soll auch die Familie Ciller verantwortlich sein. Es ist sowohl für die DYP als auch für die Familie Ciller von großer Bedeutung, wer die Führung der MHP hat. Spätestens seit dem "Unfall von Susurluk" besteht gegen die Außenministerin und Vorsitzende der DYP, Tansu Ciller, und ihrem Ehemann, dem Bankier Özer Ciller, dringender Verdacht, mit der illegal bewaffneten - kriminellen Szene sehr enge Verbindungen zu haben. Bisher hat die Koalitionsvereinbarung mit dem islamistischen Premier Erbakan sie vor Ermittlungen geschützt. Nach den letzten Umfragen wird ihre Partei, die DYP, nicht die 10 Prozent-Hürde überschreiten können. Deshalb plant sie, bei den nächsten Wahlen ein Bündnis mit der MHP einzugehen, um so wieder an die Macht zu kommen.

Die Türkes-Gegner in der MHP behaupten, Türkes hätte sich für insgesamt 10 Millionen Dollar mit Özer Ciller verständigt, damit er die Koalitionsregierung nicht kritisiert. Türkes seinerseits behauptet das Gegenteil. Tansu Ciller hätte seinen Gegnern vor dem Parteitag mehrere Millionen Dollar gegeben, um seine Position zu schwächen ('Hürriyet' 27. Mai 1997).
Das Ziel von Tugrul Türkes ist es jedoch, die MHP mit der DYP und dem extrem nationalistischen Flügel der ANAP zu vereinen, und so die MHP allein an die Macht zu bringen. Wenn es Türkes tatsächlich schaffen sollte, bei dem nächsten außerordentlichen Parteitag in wenigen Wochen neuer Führer der MHP zu werden, kann sich diese Variante durchaus realisieren, denn ein großer Teil der DYP-Abgeordneten stammt von den Grauen Wölfen ab, und auch dieser ist für ein Bündnis, wenn nicht sogar für einen Zusammenschluß beider Parteien.



Rechte Zeitungshetze aus Bielefeld

Im nachstehenden Artikel wird am Beispiel des 'Westfalenblattes', das in Bielefeld erscheint, ein Blick in die konservative Lokal- und Regionalpresse geworfen. Positionen, die in solchen Blättern geäußert werden, sollten AntifaschistInnen alarmieren. Aus Zeitungen, wie dem Westfalenblatt, das damit wirbt, "die Informative"-Zeitung in Ostwestfalen zu sein, beziehen weite Teile der Bevölkerung (in Ostwestfalen hauptsächlich in den ländlichen Regionen östlich von Bielefeld, in Paderborner und dem Paderborner Land) einen Baustein ihrer Sicht der Welt. Daß dieser Baustein vor rassistischen und antidemokratischen Positionen strotzt, dürften die folgenden Zeilen belegen.

Der Bayernkurier des Nordens?

Man nannte es einmal den "Bayernkurier des Nordens", doch geht diese Einschätzung fehl. So weit rechts im politischen Lager, so sehr einen christlichen Fundamentalismus verhaftet, wie die Tageszeitung 'Westfalenblatt', ist selbst die CSU-Wochenzeitung aus Bayern nicht. In der Auseinandersetzung um eine Rüge des 'Deutschen Presserates', die sich das 'Westfalenblatt' im Mai wegen ausländerfeindlicher Hetze eingehandelt hatte, kam die Gesinnung der 'Westfalenblatt'-Macher und ihrer Leserschaft überdeutlich zum Ausdruck.

Dem Kodex des Deutschen Presserates zuwider

Die Rüge des Presserates hatte sich das Westfalenblatt wegen eines Artikels eingehandelt, in dem eine angebliche Zunahme von Kinderschändungen, Vergewaltigungen und Messerstechereien als "Folge der Überschwemmung unseres Landes mit Ausländern" darstellte wurde. "Damals" in der Vorkriegszeit, habe es diese Delikte "noch nicht im Umfang wie heute" gegeben, "der Gebrauch des Messers scheint heute auch bei uns üblich geworden zu sein", schrieb Carl-Wilhelm Busse, der Herausgeber des 'Westfalenblattes', wohl glauben machen wollend, daß der Gebrauch des Messers undeutsch sei. An anderer Stelle setzte sich das 'Westfalenblatt' dann in NS-Manier sehr wohl für den Gebrauch des Messers, diesmal des Operationsmessers, ein: So war jüngst der Vorschlag im Westfalenblatt zu lesen, Sexualstraftätern statt einer Therapie der Kastration zuzuführen.
Die jüngste Rüge des Presserates ficht die 'Westfalenblatt'-Macher selbstverständlich nicht an. Schon bei der letzten Rüge, die man sich 1993 wegen "pauschaler Verunglimpfung von Volksgruppen" einhandelte, kehrte man dem Presserat den Rücken und meinte, "daß der Pressekodex nicht mehr ausreiche, und die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland der Bevölkerung bewußt zu machen."

Verstärkte ausländerfeindliche Hetze statt Distanzierung von rassistischen Positionen

In die Vollen neofaschistischer Argumentationsmuster griff Busse vierzehn Tage nach der jüngsten Rüge, wohl um Deutschen Mut zuzusprechen, wenn sie gegenüber Menschen ohne deutschen Ausweis die Regeln der Zivilisation abwerfen, die die Alliierten ihnen nach 1945 mühsam beizubringen versuchten. "Ausufernde, grenzenlose Toleranz, die aus den USA gleich nach dem Zweiten Weltkrieg zu uns herüberschwappte," machte Busse dafür verantwortlich, daß die BRD Flüchtlinge versorge, Abschiebebeschränkungen gegenüber Flüchtlingen erlassen habe oder im Strafrecht dem Resozialisierungsgedanken verfolge. Busse scheint, was Flüchtlingspolitik anbelangt, in einem anderen Land, als der BRD zu leben. Nun, in einem mag Busse aber tatsächlich richtig analysiert haben: Toleranz ist die Sache der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland tatsächlich nie gewesen, und es bedurfte eines Lernprozesses, nach 45 "Reeducation" genannt, um weite Teile der Deutsche zumindest oberflächlich auf die Höhe menschlicher Zivilisation zu bringen. Daß dieses Mühen der Alliierten bei Busse und anderen 'Westfalenblatt'-Machern nicht fruchtete, dokumentierte er in seiner Erwiderung auf die Rüge des Presserates. Mit Argumentationen bezüglich der Bevölkerungsdichte der BRD im Vergleich zu der klassischer Einwanderungsländer wie USA und Kanada und Zahlen, die angeblich belegten, daß der Anteil von Ausländern bei Straftaten signifikant höher sei, als jener, der ihrem Bevölkerungsanteil entspräche, machte Busse Stimmung.

Rassistisches Echo in der Leserschaft

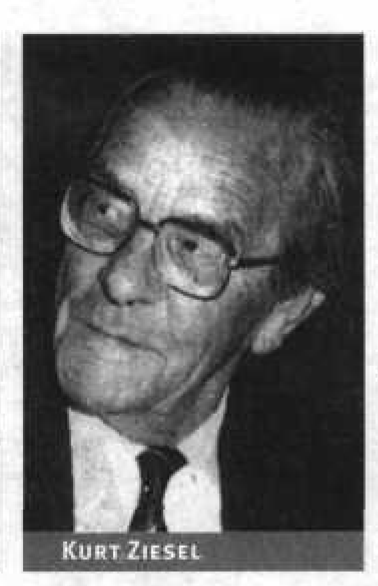
Wie man in den Blätterwald hineinruft, so schallt es aus der LeserInnenschaft heraus. Resultat waren zwei Seiten LeserInnenbriefe in einer der folgenden Ausgaben des Westfalenblattes, die offenbaren, daß die LeserInnenschaft des Westfalenblattes Busse verstanden hatte. Unter den LeserbriefschreiberInnen: Witikokamerad Harald Kindl aus Paderborn, der NPD'ler mit NF-Kontakten Kurt Wörheide aus Versmold und Heinz Matthias aus Niedenstein vom "Arbeitskreis christlicher Publizisten". Sie und etwa 20 weitere LeserbriefschreiberInnen sprachen Busse Mut zu, weiterhin gegen Ausländer in der BRD zu hetzen.

Mit christlichem Fundamentalismus gegen Schwule, Lesben, Frauen und die Antifa

Wie sehr Toleranz den 'Westfalenblatt'-Machern abgeht, wie wenig sie also von Versuchen, auch sie zu zivilisieren, beleckt wurden, stellen sie fast täglich unter Beweis, wenn sie gegen alle, die anders sind, hetzen. Sei es gegen Schwule und Lesben, sei es gegen Frauen, die Schwangerschaften unterbrechen, oder gegen das örtliche autonome Zentrum in Bielefeld, gegen das sie seit seiner Gründung 1973 die Öffentlichkeit aufhetzen. Als im letzten Jahr AntifaschistInnen aufdeckten, daß in den Räumen der Bielefelder Vertriebenenorganisation diverses faschistisches Material, u.a. die Broschüre "Die Auschwitz-Lüge" in der Ausleihe stand, schrieb das 'Westfalenblatt' von immer dreister werdenden Methoden der Antifa und gab dem Sprecher


ROLF DRESSLER


OTTO VON HABSBURG


KURT ZIESEL

des örtlichen Bundes der Vertriebenen Wallenberg breiten Raum, seine Lügen gegen die AntifaschistInnen zu verbreiten. In all dem wittern sie den Verfall der Sitten und die Boten des Untergangs des christlichen Abendlandes, dessen Erhalt und Ausbau sie sich als Protagonisten eines fundamentalistischen Christentums auf die (Druck-) Fahnen geschrieben haben.

"Nachdenken vor dem dritten Jahrtausend" betitelte Busse jüngst einen Beitrag, der die Richtlinien für die Redakteure des 'Westfalenblatt'es klarstellte. "Für den Erhalt des Christentums als staatstragende Religion (Präambel mit Gottesbezug)" hieß es dort neben der Forderung an die Redakteure zur Stärkung "der Heimat- und Vaterlandsliebe auch der nachwachsenden Generation" beizutragen. Wer diese Linie im 'Westfalenblatt' nicht teilt, wird gefeuert, wie kürzlich zwei Redakteure, die gewagt hatten, den Film "Larry Flint - Die nackte Wahrheit" positiv zu besprechen.

Gegen Demokratie - das Prinzip der Führerschaft

Neben klerikalen und nationalistischen Glaubenssätzen gibt man selbstverständlich vor auch dem Grundgesetz verpflichtet zu sein. All zu weit scheint es in den Redaktionsstuben des 'Westfalenblattes' mit der Treue zum Grundgesetz jedoch nicht her zu sein. So setzte sich der Chefredakteur des 'Westfalenblattes', Rolf Dressler, zu Pfingsten dieses Jahres nachdrücklich für die Schaffung eines "Schlüsselgremiums" ein, daß einen "Ruck des Neubeginns durch Politik, Verwaltung, Unternehmen und Bevölkerung" initiieren solle, denn "die dramatisch zugespitzte Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktlage in Deutschland zwinge zu sofortigem und entschlossenen Handeln." "Die geistige und strategische Führerschaft für dieses hochnotwendige Gemeinschaftsvorhaben solle ein erstrangiger Kreis von Spitzenleuten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung übernehmen" schrieb Dressler in Anlehnung an eine Initiative des "Freundes- und Gesinnungskreises Kai-Uwe von Hassel". Für diesen Kreis, der sich den Namen des am 8.5.97 in Aachen verstorbenen Hassel gab, referierte der aus Bielefeld stammende Dr. Manfred Freise, daß folgende Reformen, von diesem Führerschaft beanspruchenden Kreis angeschoben werden sollten: Z.B. der Abbau sozialer Beihilfe, die nur noch "wirklichen Bedürftigen zugute kommen" dürften. Wer die NS-Sozialpolitik kennt, weiß, daß sich hinter solchen Formulierung wie diese eine Differenzierung zwischen "würdigen" und angeblich "unwürdigen Bedürftigen" verbirgt, die nun offensichtlich wieder Einzug in die deutsche Sozialgesetzgebung halten soll. Weiter hieß es u.a., "Zuwanderer in der Größenordnung von jährlich 300000 bis 400000 könne Deutschland keinesfalls verkraften, weder finanziell noch soziologisch-psychologisch".

Weder die Einrichtung eines solchen die Führerschaft beanspruchenden Kreises, noch die Inhalte, für die er stehen soll, dürften allerdings mit dem Grundgesetz und den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie vereinbar sein. Vielmehr redet man im 'Westfalenblatt' einem nationalen Notstand das Wort, den dann ein Notstands- oder Schlüsselgremium die Führerschaft übernehmend überwinden sollte.

Daß auch anderen Leitartiklern des 'Westfalenblattes' solche Notstandsgedanken, die demokratische Grundsätze über den Haufen werfen, vertraut sind, belegen Personen wie Otto von Habsburg und Kurt Ziesel, die regelmäßig Grundsätzliches im Bielefelder Blatt zum Besten geben. Kurt Ziesel machte sich bereits während des NS einen journalistischen Namen, als er für den 'Völkischen Beobachter' und für das HJ-Organ 'Wille zur Macht' schrieb. Daß Ziesel dann bei der Gründung der größten Kulturorganisation des bundesdeutschen Neofaschismus, der 'Gesellschaft für freie Publizistik' Pate stand, war logische Fortsetzung seines Engagements im Sinne des NS. Daß er ebenso Initiator der Deutschlandstiftung ist, die erst jüngst Kohl mit ihrem Adenauer-Preis beehrte, zeigt, daß Ziesel ein wichtiger Vertreter der sog. Braunzone zwischen Neofaschismus und Konservatismus in der BRD ist. Der internationale Präsident der 'Paneuropa-Union', Otto von Habsburg, der die Leserschaft des 'Westfalenblattes' regelmäßig auf einen Kurs hin zu einer neuen völkisch geprägten Supermacht Europa einschwört, ist ebenfalls ein Verfechter einer Notstandsdiktatur. Im Falle eines Staatsnotstandes wäre das Wesentliche: "Alle Macht, ohne Verzug, wird auf neun Monate an eine einzige Person übertragen". Diese Person gelte es auf einer Geheimsitzung des Bundestages zu wählen, schlug Habsburg in den 70ern vor.

Mit Geschichtsklitterung fürs Vaterland

Wer Vaterlandsliebe fördern will darf vor Lügen bezüglich der deutschen Geschichte nicht zurückschrecken und so fehlen auch geschichtsrevisionistische Positionen im 'Westfalenblatt' nicht. In einer Artikelreihe Mitte letzten Jahres wurde unter Überschriften wie: "Die Rote Armee stand insgeheim Gewehr bei Fuß", "Kreml präparierte Mythos vom deutschen Überfall" oder "Eroberungspläne (Stalins, Anm.d.A.) als Reaktion auf Angriff getarnt" der Überfall der Sowjetunion durch die deutsche Wehrmacht vom Geschichtsrevisionisten Ernst Topitsch in Abrede gestellt. Verbunden war diese Artikelserie mit einer Eigen-

werbung für den Verlag des Herausgebers des 'Westfalenblattes', dem Verlag Busse-Seewald in Herford, denn dort war Ernst Topitschs Buch "Stalins Krieg" erschienen.

Veranstaltungshinweise für Faschisten

Selbstverständlich bleibt es im Westfalenblatt nicht allein bei Eigenwerbung, wenn es um die Stützung des konservativen bis neofaschistischen Lagers in der BRD geht. Im redaktionellen Teil findet man ebenso Ankündigungen für Tagungen des 'Studienzentrums Weikersheim', in dem sich z.B. Autoren der 'Jungen Freiheit' als Protagonisten der neofaschistischen Szene, und gestandene Konservative, wie z.B. der Leiter des Studienzentrums und ehem. NS-Marinerichter Hans Filbinger zu gemeinsamen Tagungen treffen. Auch für Tagungen des 'Collegiums Humanum' des Vlothoer Altfaschisten W.G. Haverbeck wurde im 'Westfalenblatt' geworben. Letztmalig für eine Tagung zum Thema Geopolitik, also jener Pseudo-Wissenschaft, mit der im NS deutsche Weltmachtansprüche legitimiert werden sollten.
Die Aktivitäten des 'Westfalenblattes' resümierend bleibt festzustellen, daß sie mit einer Rüge durch den Presserat noch gut bedient wurden. Eine Anklage wegen Volksverhetzung und eine Einstufung als verfassungsfeindliche Publikation würden die Positionen, die hier geäußert werden, ebenso gut hergeben.

Der Lemke Prozeß

Für eine kurze Zeit füllten die Taten und der Prozeß des Gladbecker Nazis Thomas Lemke die Schlagzeilen der Presse. Sensationslüsternd wurde über seine drei Morde berichtet. Wie üblich waren die Berichte oberflächlich und über die hinter den grausamen Morden stehenden politischen Auffassungen und Strukturen wurde kaum berichtet.

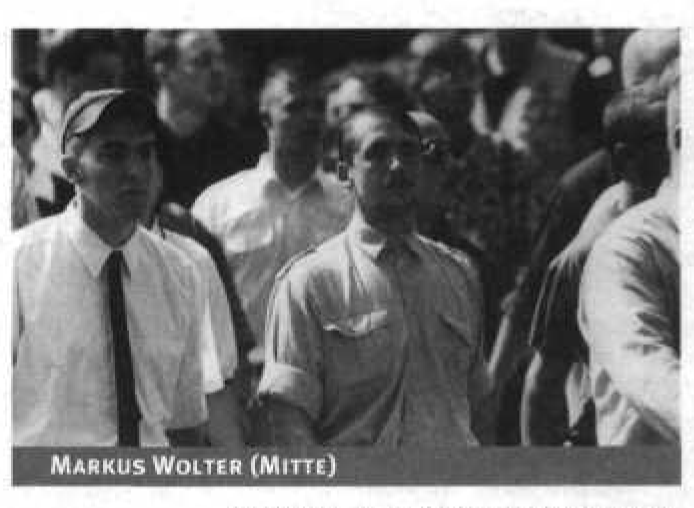

LEMKE MIT PANZERFAUST

Das Essener Landgericht verfuhr nicht anders in seiner Prozeßführung. Die II. Strafkammer unter dem vorsitzenden Richter Esders tat alles, um die Taten zu psychologisieren und zu individualisieren und ihnen die politische und gesellschaftliche Dimension zu nehmen. Dabei folgte sie den Motiven, die der Anklagevertreter, Staatsanwalt Gutjahr, vorgab. Dieser war schon in den Vorermittlungen zu Lemke involviert gewesen. In diesen schlossen die Strafverfolgungsbehörden schon frühzeitig einen politischen Hintergrund der Taten aus. Lemke, der zu den Vergewaltigungen angab: "Die Gelegenheit war günstig" ordneten sie sexuelle Motive zu. Diese Auffassung verfolgte Gutjahr weiter im Prozeß. Fragen zu Lemkes politischem Hintergrund (WJ, DA, FAP, NSDAP/AO, 'Deutsche Liste', DVU, u.a.), seinen Waffenschiebereien, seinen internationalen Verbindungen und seinen heidnisch - religiösen Vorstellungen unterblieben. Ebenso waren Nachfragen an die diversen faschistischen ZeugInnen selten. Die Befragung von Lemkes Mentor, dem 74jährigen Gelsenkirchener Nicolai Luisetti, war beispielhaft: Der ehemalige französische Freiwillige der Waffen-SS, der in den Siebzigern in Italien lebte, in den Achtzigern in der 'Wiking Jugend', der NPD und für die Kühnen-Gruppe aktiv war und Lemkes Mentor wurde, wurde frei nach der Art des heiteren Beruferatens befragt, Hintergründe schienen für Richter Esders uninteressant zu sein. Was das mangelnde Aufklärungsinteresse des Staatsanwaltes Gutjahr angeht, ist dies nicht weiter verwunderlich. Er war der leitende Staatsanwalt, der die faschistischen Spuren in dem Hattinger Brandanschlag nicht verfolgte, sondern stattdessen die türkische Mutter als Täterin anklagte.
Mit diesem Konstrukt kam er damals nicht durch, mit der Entpolitisierung des Lemkeprozesses dafür um so besser.
Die GutachterInnen, die Lemke und seine Mittäter psychologisch zu beurteilen hatten, taten das ihrige, daß der Prozess in diesem Sinne verlief. Da korrodierte Lemkes NS-Überzeugung zur Suche nach den Wurzeln eines Vaterlosen. Prägend sollen da die Kindheitsjahre gewesen sein. Was der heute 28jährige Lemke in den 14 Jahren NS-Szene dann an Prägung, an Gedankengut, menschenverachtendem Weltbild, Frauenfeindlichkeit, Aggressionspotential und Gewaltbereitschaft erfuhr, welche „Wurzeln" er hier fand, wie und warum dort gerade jemand darauf kommt, „daß Linke kein Lebensrecht haben", interessierte die GutachterInnen nicht. Ganz zu Schweigen davon, das seine brutalen Vergewaltigungen der Ausdruck der Sexualisierung der dort favorisierten Gewaltverhältnisse sind.
Der mitangeklagte Oberhausener Nazi Marcel Müthing soll sich aus Oppositionshaltung zu den Eltern der NS-Szene zugewandt haben. 10 Jahre pubertierende Oppositionshaltung? Billiger kann man einen Freifahrtschein bei einem Mordprozeß nicht bekommen. Was Müthing in seinen 10 Jahren NS-Szene trieb, interessierte die Psychologen ebensowenig, wie der Umstand, wie es unter Menschen aussieht, bei denen man sich -wie Lemke- brüsten kann „eine Linke durchgezogen und abgestochen" zu haben . Stattdessen nahmen die Herren und Damen Gutachter auf Treu und Glauben Müthing seine angebliche Gewaltfreiheit ab.
Eigentlich sollte man davon ausgehen, daß den Nazis die Entpolitisierung dieses Prozesses entgegengekommen wäre, daß sie

sich bei einem Prozeß bedeckt gehalten hätten, in dem ihre Kameraden angeklagt waren, eine Antifaschistin unter dem Vorwand, selber Antifaschisten zu sein, aufsuchten und Lemke sie unter Müthings Beihilfe vergewaltigte und schließlich erwürgte, erschlug und mit über neunzig Messerstichen liegenließ. In dem der Hauptangeklagte seine von ihm betrogene, gedemütigte und mißhandelte Lebensgefährtin dadurch erpressbar machen wollte, daß er sie in einen Mord verwickelte. Einen Mord, bei dem er das Opfer per Zufallsprinzip aus dem Adressbuch heraussuchte. Eine vertrauensvolle Bekannte, die sie in ihre Wohnung mitnahmen, wo Lemke sie fesselte und vergewaltigte. Und die er mit der in Todesangst versetzten Bianca Weidemann in einem Waldstück erdrosselte. Anschließend schlug er mit einem Klappspaten auf ihren Hals ein und verscharrte sie. Einem Prozeß, zu dem es deswegen gekommen war, weil der Hauptangeklagte seinen dritten Mord, einen Fememord, in aller Öffentlichkeit beging. Einem ehemaligen Kameraden, den er früher schon bei einer Streitigkeit eine Gewehrmündung in den Rachen hielt und von dem er deswegen angezeigt wurde, zerfetzte er mit einer Pumpgun. Mit zwei Schüssen von jeweils 9 Kugeln erschoß er ihn.

Aber die Nazis übten sich offen in Solidarität. Wohl auch um eventuelle Aussagen der Gesinnungsgenossen vorzubeugen. In „Der Weiße Wolf"(Nr.3) wurde zur Solidarität für Lemke aufgerufen. Und den Prozeß beobachteten neben HNG-Funktionär Erhard Kemper, die JN - Kader Melanie Dittmer und Andreas Posselt, sowie „Ruhrfrontler" und Glatzen um den ehemaligen FAP - Führer Ralf Panek aus Duisburg. Sie amüsierten sich sichtlich bei den Verlesungen der Protokollaussagen zu den Vergewaltigungen und witzelten zu den Aussagen der Gerichtsmediziner, als diese die Verletzungen der toten Frauen beschrieben. Als Lemke dann bei der Urteilsverkündung in das Mikro rief: "Somit haben die Juden ihren Willen bekommen", applaudierten die anwesenden Nazis. Ernst Tag und Markus Wolter von der „Aktion sauberes Deutschland" sowie Ralf Panek durften daraufhin drei Tage in Ordnungshaft verbringen. Andreas Posselt, Melanie Dittmer und der Dortmunder Sebastian Dost durften, mit einer väterlicher Ermahnung versehen, wieder Platz nehmen.

Die Aktion der braunen Claqueure warf nicht nur ein Schlaglicht auf den charakterlichen Zustand der Rechten, sondern auch auf den ausgeblendeten Hintergrund des Verfahrens. Ebenso widerlegte es die vom Gericht ausgegebene These des „Einzeltäters", der von niemanden ernst genommen und über keinerlei politische Einbindung in der Szene verfüge.


Markus Wolter (Mitte)

Lemke verwies in diesem entpolitisierten Prozeß selber noch auf die obskure Rolle, die der Verfassungsschutz einnahm. In seinem Schlußwort sprach er seine Observierung durch den Verfassungsschutz an, die anscheinend über Monate ging. Er mutmaßte, daß der VS ihn nicht festnehmen ließ, da die Behörde ein Psychogramm von ihm erstellt und darauf gewartet hätte, daß er etwas macht, was in der Öffentlichkeit den Rechten schaden könnte. Eine gewagte These. Diese entspricht auch eher dem Werwolf-Konzept der Nazis selber. Dies bezieht Terrorakte der Kameraden in Folge „psychologischer Entgleisungen" mit ein, kommt dies doch dem von ihnen angestrebten Bedrohungsszenario entgegen. Daß der VS Lemkes Aufenthaltsort kannte, ist sehr wahrscheinlich. Schon im März 1996 verwies das FBI auf Altona als Aufenthaltsort von Lemke. Der VS versuchte sich später herauszureden, die Adresse hätte nicht gestimmt. Lemkes Lebensgefährtin, bei der er wohnte, war zu dieser Zeit innerhalb Altonas in die Wohnung der Schwester umgezogen. Daß dies zu schwer für den VS zu ermitteln war, ist wenig glaubwürdig. Es ist also fraglich, welche Rolle wieder einmal der VS im Bezug auf die NS-Szene spielte.

Was an diesem Prozeß weiterhin auffallend war, war die Kälte der verwendeten Sprache aller Beteiligten. Es wurde von den „Straftaten zum Nachteil von..." etc. gesprochen. Die wenigsten der verbeamteten Leute sprachen von Opfern, von „Vergehen an.." Das Subsumieren von Opfern zu reinen Aktenzeichen in einem technokratischen Ablauf war gruselig. Ebenso patriachal wie die Sprache, war die Auffassung von Gutjahr, daß die Morde an den Frauen nicht grausam gewesen sein, da ihnen über die Tötung hinaus kein weiteres Leid und Schmerz zugefügt worden sei. Die Vergewaltigungen fallen da als Grausamkeiten dem Mann Gutjahr nicht auf. Besonders auffallend war die Männerlogik Esders und Gutjahrs bei der unterschiedlichen Bewertung der Tatbeteiligung der beiden Mitangeklagten. Diese fiel für Bianca Weidemann, die im Prozess immer wieder in Tränen ausbrach, weit schlechter aus, als für den unterkühlten Marcel Müthing. Weidemann stand zu Lemke, ihrer großen Liebe, in einem psychologischen Abhängigkeitsverhältnis. Sie schaffte es nicht, sich von diesem trotz Schläge und Demütigungen zu trennen und unternahm nach dem Mord, zu dem sie von ihm gezwungen worden war, mehrere Selbstmordversuche. Kurz vor der Tat wurde sie von Lemke eingesperrt und bei der Tat selber mußte sie um ihr Leben fürchten. Trotzdem warfen ihr die Herren Juristen wesendlich härter als Müthing vor, sich der Tat nicht widersetzt zu haben. Müthing, der ein ganz anderes Verhältnis zu Lemke hatte, der besser hätte agieren können und nicht bedroht worden war, wurde sein „ängstliches Mitläufertum" positiv ausgelegt. Was der Frau zum Nachteil gereichte, sprach für den Mann. Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lang nicht dasselbe.

Am 18.3.'97 ergingen die Urteile.

Gegen Lemke wurde eine lebenslange Haftstrafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung ausgesprochen. Er wurde des dreifachen Mordes, der Vergewaltigung und der versuchten Vergewaltigung für schuldig befunden. Sein Mitangeklagter Marcel Müthing wurde wegen Beihilfe zur Vergewaltigung, sowie zu dem Mord an Patricia Wright zu 5 Jahren verurteilt. Bianca Weidemann wurde wegen Mordes an Dagmar Kohlmann zu 6 Jahren Haft verurteilt.

Bielefeld

Teures Auswärtsspiel

Teuer wurde das Spiel der Arminia Bielefeld am 2.6.1996 in Bochum für den 28-jährigen Thomas Huwendiek. Meinte er doch auf dem Bochumer Hauptbahnhof sich aus der Zugtür lehnen, „Sieg Heil" gröhlen und den rechten Arm zum „deutschen Gruß" heben zu müssen. Dies galt nicht nur den am Hauptbahnhof wartenden Passanten, sondern auch Einsatzkräften der Polizei. Das bekam ihm nicht gut. Einschlägig vorbestraft wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruch u.a., forderte der zuständige Staatsanwalt am Bochumer Amtsgericht 90 Tagessätze à 60,- DM für den Bielefelder Elektroinstallateur. Dabei wurden seine 1,73 Promille als strafmildernd angesehen. Das war's dann auch: 5400,- DM Strafe.

Bochum

„Ein Haufen Dreck"

Befand der Angeklagte 53-jährige Sozialhilfeempfänger Block, seien die 1000, - DM Sozialhilfe, die er monatlich beziehen würde, und beklagte die brutale Art, die ihm die Polizei bei der Überprüfung seiner Personalien am 4.11.1996 in der Wattenscheider Innenstadt zuteil werden ließ. Soweit so richtig. Richtig aber auch, daß Herr Block am besagten Tag mit seinen Zechkumpanen das „Horst Wessel-Lied" sang und dazu den rechten Arm erhob. Dafür wurde Herr Block mit 1600,- DM vom Richter abgestraft.

Skinüberfall

Am 19. April griffen fünf Skins zwei türkische Männer und eine türkische Frau auf dem Willy Brandt Platz an. Einer der Angegriffenen wurde nach Polizeiangaben ohnmächtig. Der zweite türkische Mann stellte sich schützend vor seine Frau. Ihm wurden Schläge versetzt und eine Gaspistole an den Kopf gehalten. Die Skins konnten festgenommen werden. (WAZ 21.4.)

Milde gegenüber Rassismus

Am 25.4. fand die Berufungsverhandlung gegen die Betreiber des Nazilabels „Excalibur Records" vor der 14. Strafkammer des Bochumer Landgerichts statt. Die beiden Betreiber, Christian Patzelt und Peter Kreß, waren am 28.9.1995 wegen Vertrieb rechtsradikaler Propaganda, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, Aufstachelung zum Rassenhass, mit Tateinheit der Gewaltverherrlichung, zu 18 und 14 Monaten Haft verurteilt worden.

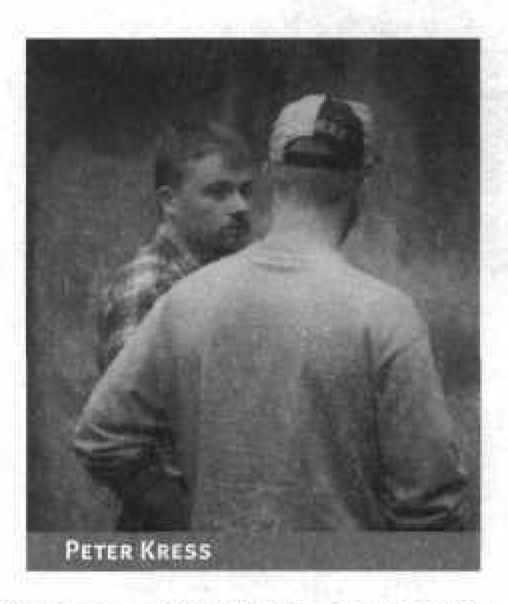
Um der Haft zu entgehen, betrieben die beiden reichlich Kosmetik. Nicht nur, daß sie ihre beiden einschlägig bekannten Anwälte aus Köln gegen zwei "normale" Vertreter dieser Zunft eintauschten. Beflissentlich gaben sie zum Besten, daß sie doch das Geschäft mit den CDs nur aus Profitinteresse betrieben hätten. Sie seien naiv gewesen, hätten sich in der Zwischenzeit alles reichlich überlegt, sich von der Scene abgewandt, die Freunde gewechselt, usw.usf.. Soviel Unterwürfigkeit erhielt dann auch die prompte Honorierung der Staatsmacht. Staatsanwältin und Richterin Humann sahen von einer Inhaftierung ab. Die Haftstrafe wurde auf Bewährung ausgesprochen und beide mit einer zusätzlichen Geldstrafe von 8000,- DM belegt.

Wie schon beim ersten Prozeß vor dem Amtsgericht gaben sich Richter und Staatsanwaltschaft keine Mühe den politischen Hintergrund der Angeklagten auszuleuchten.

Patzelt und Kreß waren fest eingebunden in den Strukturen der „Hammer-Skin Nation". Nicht nur, daß sie CDs aller möglichen nationalsozialistischen Skinbands vertrieben, sie produzierten speziell CDs von Hammer-Skinbands wie „Freikorps", „Brutal Attack" und „Bound for Glory". Von diesen erfuhren sie auch Promotion. So konnten sie „Freikorps" auf deren Tournee durch die USA 1995 begleiten. Die Tournee war u.a. von Georg Burdi, dem Chef des „Resistance" Fanzines und Sänger der Band RaHoWa (Rascist Holy War), organisiert worden. „Excalibur" gab in französischen, amerikanischen, schwedischen, deutschen und schweizerischen HammerSkins-Fanzines Interviews und beide ließen sich mit großkalibrigen Waffen ablichten. Zu Kreß' Hochzeit spielten die Hammer-Skinbands „Noie Werte" und „Freikorps" auf. Und der Bandleader von „Brutal Attack", Ken Mc Lennan, der momentan als Trohnfolger des verstorbenen Nazi-Skin Idols Ian Stuart aufgebaut wird, erschien als langjähriger Freund von Kreß zur Gratulation.


DRÜCKT DIE BESUCHERRITZE BEI MARK WILSON UND GEORGE BURDI VON RESISTANCE: CHRISTIAN PATZELT (LINKS).

Es ist davon auszugehen, daß Kreß und Patzelt weiterhin aktiv sind. Es ist noch kein Jahr her, als Kreß versuchte, mit einer Nazi-Skinband eine weitere CD einzuspielen. Patzelt pflegt weiterhin den Umgang mit seinen kurzgeschorenen Kameraden. In Anbetracht der dreijährigen Bewährungszeit bleibt die Frage, ob sie sich erwischen lassen.


PETER KRESS

Rassismus für Staatsanwaltschaft ohne „öffentliches Interesse"

Als Ende letzten Jahres eine türkische Hausfrau auf den Dachboden ihres Hauses ging, lief sie ihrem Nachbarn über den Weg. Diesem hatte sie schon des öfteren zu verstehen gegeben, daß sie das lautstarke Abspielen seiner Nazimusik nicht billige. Diesmal war er in Begleitung seiner Freundin unterwegs. Als diese die Türkin sah, sagte sie zu ihrem Freund: "Hier wird es auch bald brennen. Da gibts dann noch zwei Schweine weniger." Damit bezog sie sich auf einen Brand am 17.10. in Karlsruhe, bei dem kurz zuvor drei türkische Frauen ums Leben kamen. Die türkische Frau brachte diese Bedrohung und Beleidigung zur Anzeige.
Wie deutsche Staatsanwälte Anzeigen ausländischer MitbürgerInnen zukünftig zu behandeln trachten, offenbarte der für politische Straftaten zuständige Staatsanwalt Temming. Er erklärte kurzerhand, daß kein öffentliches Interesse gegeben sei. Es würde sich hier vielmehr um eine typische Nachbarschaftsstreitigkeit handeln. Er beabsichtige deswegen kein Verfahren einzuleiten. Die türkische Frau solle doch den Weg der Privatklage beschreiten, nicht ohne sich vorher noch an den Schiedsmann zu wenden. So machte Temming aus einem Offizialdelikt eine Privatklage und offenbarte, daß der Staat an rassistischer Drangsalierung kein Verfolgungsinteresse hat. Einen ähnlichen Fall dokumentierte vor kurzem auch die taz aus Düsseldorf. Herr Temming scheint sich also nicht als Speerspitze deutscher Herrenmenschenallüren zu betätigen, sondern mitzudümpeln. Zu vermuten ist, daß diesem Vorgehen eine interne Justizanweisung zu Grunde liegt. Diese wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine beträchtliche Zunahme rassistischer Bedrohungen und Beleidigungen zurückzuführen sein, bei deren Verfolgung die Justiz sich überlastet sieht. Und vor allem darauf, daß die Justiz Rassismus nicht verfolgen will. Die Deutsche Justiz ist eben traditionsbewußt.

Traditionsreiche Justiz

Das Urteil eines Bochumer Amtsrichters, daß „Zigeuner" „offensichtlich nicht zu den durchschnittlich geeigneten Mietern" gehören, da sie „traditionsgemäß überwiegend nicht seßhaft" seien, hat für ein Nachspiel gesorgt. Der 'Zentralrat Deutscher Sinti und Roma' legte am 20.2. vor der europäischen Kommission für Menschenrechte eine formelle Beschwerde ein. Damit soll erreicht werden, daß das in Deutschland rechtskräftige Urteil aufgehoben wird. Der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, verkündete auf einer Pressekonferenz an demselben Tag im Düsseldorfer Landtag: „Dieses Urteil ist ein Novum all der Diskriminierung, die wir auch nach 1945 erfahren haben" und erinnerte an eine Bekanntmachung der NS-Behörden vom 9. Juni 1938, in der „die gesamte Bevölkerung dringend aufgerufen wird, keine Mietverträge mit Zigeunern abzuschließen".
Wie peinlich dies traditionsreiche Urteil des Bochumer Amtsrichter Kimmerkamp der BRD-Justiz ist und wie beflissentlich diese Schadensbegrenzung in Bezug auf die europäische Menschenrechtskommission betreibt, sah mensch daran, daß neben dem NRW-Justizminister Fritz Behrens, der Vorsitzende des Deutschen Richter Bundes, Rainer Voss, auf der Pressekonferenz anwesend war.
Behrens wollte im Bezug zu dem Urteil vom 25.9.'96 aber weder von Rassismus reden, noch sah er einen Ansatz für disziplinarrechtliche Maßnahmen. Voss entschuldigte sich in Namen seines Bochumer Kollegen, der über seine Wortwahl „Zigeuner" tief unglücklich sei.
Rührend diese Augenwischerei. Die inhaltliche Begründung dieses völkisch rassistischen Urteils wurde nicht zurückgenommen, kein Wort zu der diskriminierenden und ausgrenzenden Wirkung dieses Urteils abgegeben, und es wurden keine disziplinarrechtlichen Maßnahmen gegen den Amtsrichter ergriffen. Das spricht Bände über die bewährte Traditionsschule deutscher Juristen.

Bleiberechtskampf der Roma

Am 6. Februar besetzten rund 30 Roma das Unterbezirksbüro der Bochumer SPD und forderten ein Gespräch mit der Bochumer SPD-Spitze über ihre Rechte ein. Das Bochumer Ausländeramt weigert sich nämlich, im Gegensatz zu Kommunen wie Düsseldorf und Köln den Roma lokale Rechte einzugestehen, die von einer Abschiebung in die Bürgerkriegsgebiete Ex-Jugoslawiens absehen. Nachdem die SPD, die sich seit 2 Jahren diesen Verpflichtungen entzieht, einem Gespräch zusagte, zogen die BesetzerInnen wieder ab.
Bei dem Gespräch mit der lokalen SPD-Spitze kam aber nichts weiter herum, als daß die Sozialdemokraten ihre alte Rolle der rassistischen Vertreibungspolitik gegen Roma bestätigten und wieder mal bewiesen, daß sie ihrer historischen Verantwortung gegenüber dem Volk der Rom in keiner Weise gerecht werden. Wird Zeit, daß die Roma sich anderer Ausdrucksmittel gegen ihre Vertreibung bedienen und deutsche AntifaschistInnen nicht tatenlos zusehen.

Demo gegen Visumspflicht

Am 14.3. demonstrierten einige hundert vorwiegend ausländische Leute vor dem Bochumer Rathaus gegen die an diesem Tag durch den Bundesrat beschlossene Visumspflicht für Kinder von MigrantInnen, die jünger als 16 Jahre sind. Bundesinnenminister Kanther ließ sich so durch den Bundesrat seine Verordnung, die er im Januar im Eilverfahren durchgezogen hatte, im nachhinein bestätigen. Eine Pflicht, die seiner Meinung nach Rechtssicherheit und -klarheit schaffe, sowie die Kinder vor dem Zugriff der organisierten Kriminalität bewahre. Die Visumspflicht ist aber nichts weiter als ein staatlicher Kontrollakt, der der Demütigung ausländischer Jugendlicher dient. Den zum größten Teil hier aufgewachsenen Jugendlichen aus der Türkei, Marokko, Tunesien und Ex-Jugoslawien soll von staatlicher Seite frühzeitig ihre Einklassifizierung als Menschen 2. Klasse deutlich gemacht werden. Erneut ein weiterer Schritt in Richtung repressiver werdender Ausländergesetze der BRD.

Rassistische Selektion an der Discotür

Wieder mal ist eine Discothek aufgefallen, die BesucherInnen den Eintritt verwehrt, wenn sie über eine andere als weiße Hautfarbe verfügen. Den Beschwerden seiner türkischen Jugendlichen über Abweisungen und Beschimpfungen von Türstehern der Bochumer Discothek „Nachtwerk" wollte ein türkischer Sozialarbeiter nachgehen. Mit seiner deutschen Ehefrau und einem weiteren türkischen Kollegen besuchte er das „Nachtwerk" und wurde auch prompt von den Türstehern kommentarlos abgewiesen. Bei einer Diskussionsrunde im Jugendheim, bei der die Geschäftsfüh-

rerin des Nachtwerk, Ellen Lohmar, anwesend war, verschanzte sich diese hinter allgemeinen Sicherheitsbedenken. Insoweit war diese Diskussion unergiebig. Als ergiebiger ist natürlich die öffentliche Thematisierung in den Lokalblättern von Bochum einzuschätzen. (WAZ, 10.5.´97)

NPD Internet Server

Schon im NRW-Verfassungsschutzbericht (Zwischenbericht 1996) wird darauf hingewiesen, daß die NPD auf dem Sektor „Neue Medien" verstärkt Anstrengungen unternimmt und seit März 1996 als erste deutsche rechtsextreme Partei im Internet vertreten ist. Dort heißt es: „Schluß mit der Überfremdung Deutschlands, mit der kapitalistischen Ausbeutung und mit der antideutschen Vergangenheitsbewältigung". Auf Einladung der NPD und der JN fand am 20./ 21.7.1996 in Augsburg der "1. Nationale Internet Kongreß" statt. Außer NPD/JN-Mitgliedern waren Betreiber mehrerer Thule-Mailboxen angereist. Die Partei gründete zur Intensivierung ihres Internet-Projekts einen „Arbeitskreis Internet". Dessen Hauptaufgaben liegen in der weiteren Erstellung und Koordinierung von nationalen Internet-Projekten, die Bereitstellung von konkreten Hilfen für Neueinsteiger und die Durchführung von Schulungen.



NPD-KLEBER, ALS VERANTWORTLICHER: W.HENNING

Mit von der NPD-Internet Partie ist auch Wolfgang Henning. Er betreibt seit Anfang des Jahres den Server für die NPD im Internet auf und bietet dort nicht nur Kontakte zur Partei, ihren Strukturen und braunes Propagandamaterial an. Er betreibt auch Werbung für seinen "WOBO-Druck". Henning ist nicht nur dadurch bekannt geworden, daß er in den letzten Jahren für zahlreiche Publikationen der NPD verantwortlich zeichnet, in den 70igern gehörte er auch der berüchtigten NPD-Schlägergruppe, der "Harting Bande", an.
Als Stand seines Servers gibt er seine Privatwohnung im Nordring 18 an. Diese teilt er sich mit seiner Ehefrau Claudia, die auf dem Wohnungsamt der Stadt Bochum arbeitet.

JN nervös

Altbekannte Plattheiten verbreitete die JN in einem lokalen Flugblatt, das an einige Haushalte Wattenscheids Anfang April verteilt wurde. Dies war sicherlich nicht nur ihren Bemühungen gezollt, sich lokal zu etablieren. Es schien die JN vielmehr ein kleiner, eher oberflächlicher Artikel in dem Lokalblatt der Grünen zu ärgern, der über die JN und ihre Bundesgeschäftsstelle in Günnigfeld berichtete. Seit langem war dies das erste Mal, daß wieder über die NPD in Bochum öffentlich informiert wurde. Und schon reagierte die NPD/JN nervös. Für das Flugblatt zeichnete der Landesvorsitzende der NPD, der in Bochum ansässige Udo Holtmann, verantwortlich.

Antiislamischer Rassismus (I)

...scheint sich lohnend auf Wählerstimmen auszuwirken. So sehen es wohl die Bochumer 'Republikaner' und verteilen Flugblätter, auf denen eine Moschee mit folgenden Text abgebildet ist: „Früher hatten wir Fördertürme und dadurch Arbeit. Heute haben wir andere Türme und können nur noch beten." Das Blatt mit dem perfiden Inhalt wurde nicht nur in Wiemelhausen verteilt, sondern auch von dem REP-Kandidaten der Kommunalwahlen 1994, Wolf-Dieter Varney, über seinen Kiosk an der Unterstraße in Umlauf gebracht.

Antiislamischer Rassismus (II)

Die „Christliche Mitte" macht in letzter Zeit in Bochum verstärkt Propaganda und hetzt in Wurfsendungen und Aufklebern gegen die „Islamisierung Deutschlands". Der Islam sei ein anti-christlicher Irrglaube, heißt es z.B. in einem als „Volksbefragung" ausgegebenen Pamphlet. Er wolle die „Weltherrschaft" und befehle: „Jeder Moslem ist durch den Koran verpflichtet, die Christen zum Islam zu bekehren oder sie auszurotten". Einzusenden sind die dort anzukreuzenden Engstirnigkeiten an die Bundesgeschäftsstelle in Lippstadt. In ihrem „Kurier"/Mai ´97 erwärmen sich die Christen für „Heimat" und „Vaterland", bedauern „Den Selbstmord der Deutschen", hetzen gegen abtreibende Frauen, Schwule und Lesben und sprechen sich gegen die Einbürgerung von Menschen muslimischen Glaubens aus.

Dortmund

Ein Herz für Skinheads

und für seinen Umsatz hatte der Wirt eines Lokals in Dortmund Brechten. Er reagierte endlich nach einem halben Jahr auf den Protest seiner Gäste und forderte die Naziskins zum Verlassen der Räumlichkeiten auf. Ein Zeitungsbericht "Staatsschutz ermittelt in Brechten" tat wohl ein Übriges dazu.

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit

forderten Anwohner zweier Straßen im Dortmunder Norden ein. Hier stört der tägliche dreimalige Muezzin-Ruf eines muslimischen Gebetshauses. CDU-Vertreter werden da schon deutlicher. Auf der einen Seite stellen sie die Offenheit und Toleranz des Ruhrgebietes gegenüber Zuwanderern fest, um andererseits diese durch Überprägung in Gefahr zu sehen.
Gespannt darf mensch aber auf die Reaktion der ansässigen rechtsextremistischen Kräfte sein, da ihnen die CDU jetzt schon die Themen wegnimmt.

Attentat oder kein Attentat

Ende März erschien ein angetrunkener stadtbekannter Rechtsextremist auf dem

Polizeipräsidium und erzählte den anwesenden Beamten von einem geplanten Sprengstoffanschlag auf einen Dortmunder Prominenten. Die sofort gebildete Sonderkommission verhaftete unverzüglich drei genannte Personen und durchsuchte deren Wohnungen. Ergebnisse gab es jedoch nicht, die drei wurden wieder entlassen und Sprengstoff fand sich auch nicht. Die Polizeikräfte kamen dann zu dem Schluß, daß es sich lediglich um eine Eifersuchtsaffaire mit dem Motiv Rache handelte.

Endstation Autobahn

Nicht weit kamen die zwei gecharterten Busse der NPD, die die Demonstration des "Nationalen Widerstandes" unter dem Motto: "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" in Leipzig am 1.Mai zum Ziel hatten. Gegen 4.40 Uhr in der früh wurden die in Essen und Dortmund gestarteten Busse der Firma 'Divan Reisen GmbH' aus Moers am sauerländischen Rastplatz Biggekopf durch Polizeikräfte am Weiterfahren gehindert. Cirka 100 Beamte eskortierten die Busse mit Tempo 50 zu den zuständigen Polizeipräsidien zurück, wobei die Autobahnabfahrten der A 44 und der B 1 zeitweilig gesperrt wurden. Die Feststellung der Personalien verlief recht schleppend und so konnte der letzte gestreßte Nazi gegen 16.00 Uhr das Polizeigewahrsam verlassen.

Ein "Erlebnisbericht" aus der NPD Internet-Seite zur 1.Mai-Pleite endet beleidigt: "... wenn ich an den JN Aufruf zur Demo denke: 'Die Wut auf die Straße tragen', dann muß ich sagen, diese Wut ist bestimmt nicht kleiner geworden. Und gerade deshalb. Jetzt trete ich erst recht für die NPD ein!"

Karstadt goes Internet

Wozu mensch die Cyberbar des Karstadt Konzernes nutzen kann, zeigt der anonyme Brief der sogenannten NSDAP Dortmund an die Antifa Dortmund Nord. Im kindlichen Schreibstil wurden wir per E-mail "bedroht", nach dem Motto: "SS Sigi wird unser Führer sein und Euch den Tod bringen."

Wir hoffen, daß dieser nicht so früh eintritt und wir noch jede Menge lustige Mails aus der Karstadt Cyberbar erhalten. Also Jungs, zahlt Euren Fünfer und dann nichts wie ran an die Tastatur.

Bezirksverband Ruhr der Jungen Nationaldemokraten gegründet

Im Rahmen einer nichtöffentlichen Sitzung wollte der NPD Kreisverband Dortmund seine Delegierten für den kommenden NPD Landesparteitag wählen. Bei dieser Gelegenheit sollte dann auch der Bezirksverband Ruhr der 'Jungen Nationaldemokraten' gegründet werden. Doch die Herren des Staatsschutzes Dortmund hatten anderes im Sinn. Sie drängten den Wirt der Gaststätte, die Räumlichkeiten für die Veranstaltung zu kündigen, welches dieser in Absprache mit der NPD dann auch tat. Und so ging es im Schweinsgalopp zur Delegiertenwahl und dann ab nach Haus.

Düsseldorf

Und Tschüss!! - I

Nach über sieben Jahren Inaktivität meldete sich die 'Deutsche Volksunion' in Düsseldorf zurück. Ab 1996 waren wieder Bemühungen eines Neuaufbaus festzustellen. Mindestens fünf DVU-Versammlungen fanden laut Ankündigungen in der "Deutschen Nationalzeitung", dem inoffiziellen DVU-Parteiorgan, im Zeitraum von Mitte bis Ende 1996 in Düsseldorf statt. Für Frühjahr 1997 ließ die Düsseldorfer DVU über das 'Jungen Nationaldemokraten'-nahe "Nationale Infotelefon Rheinland" die Gründung eines DVU-Kreisverbandes in Düsseldorf und "größere Verteilaktionen" ankündigen. Die dieser Ankündigung folgende Veranstaltung, die am 22.02.1997 in einer Gaststätte in Düsseldorf-Heerdt stattfinden sollte, wurde von ca. 60 Düsseldorfer AntifaschistInnen durch eine Blockade des Veranstaltungslokals verhindert. Drahtzieher des Neuaufbaus der Düsseldorfer DVU ist Holger von der Heydt aus Düsseldorf-Unterrath. Unterstützung erfährt er hierbei von Eugen Dux, der den DVU-Kreisverband Soest leitet und zugleich als Beisitzer im DVU-Landesvorstand NRW fungiert. Von der Heydt scheint sich zwischenzeitlich mit seinem Parteivorsitzenden, dem DVU-Alleinherrscher, Gerhard Frey, überworfen zu haben. In einem Leserbrief in der Zeitschrift der JN, 'Einheit und Kampf' (Nr. 18, Mai 1997), kritisiert er Frey und dessen Abgrenzungspolitik, die eine "vereinte Rechte" unmöglich machen würde, auf das Schärfste. Von der Heydt weiß zu berichten, daß "eine Anzahl der besten DVU-Aktivisten ihre Parteibücher verloren" hätten, da sie sich dieser Politik entgegengestellt hätten. Ob er hiervon selbst betroffen ist und in Zukunft bei der NPD anheuern wird, bleibt abzuwarten.

Und Tschüss!!- II

Auf Einladung des "Lions-Club" Düsseldorf-Oberkassel sollte am 04.03.1997 der österreichische "Führer" der F(PÖ), Jörg Haider, in Düsseldorf an einer Podiumsdiskussion vor geladenem Publikum teilnehmen. Als Diskussionspartner zum Thema "Liberalität" war der Berliner FDP-Vorsitzende, Martin Matz, vorgesehen. Nachdem die Veranstaltung durch die "Indiskretion" eines erbosten Club-Mitglieds wenige Tage



BLOCKADE DES DVU-TAGUNGSORTES IN DÜSSELDORF

vor der Veranstaltung an die Öffentlichkeit gelangte, regte sich öffentliche Kritik, u.a. von Seiten der "Grünen", die den Veranstalter jedoch unbeeindruckt ließ. Antifaschistische Gruppen riefen daraufhin zu einer Gegenaktion am geplanten Ort der Veranstaltung auf. Wenige Stunden vor Veranstaltungsbeginn sagte der "Lions-Club" die Veranstaltung aus "Sicherheitsgründen" ab. Man könne die Sicherheit von Haider und der geladenen Gäste nicht gewährleisten. Autonome Gruppen hätten laut Auskunft des Lions-Club-Vorsitzenden, Hans-Joachim Kind, mit "Randale" gedroht. Welch' blühende Phantasie der Club-Löwe hat, bewies er durch den Hinweis auf die Attentate auf Schäuble und Lafontaine. Von deren Schicksale wolle er Haider bewahren. Haider sei, so Kind, im übrigen kein "Rechtsradikaler", "eher das Gegenteil!"

Und tschüss!! - III

Nach längerer Zeit trauten sich auch die Düsseldorfer REPs wieder an die Öffentlichkeit. Nach den Wahldebakeln im "Superwahljahr" 1994 und dem Austritt eines Großteils ihrer Führungsmannschaft im Frühjahr 1995 waren in den Jahren 1995 und 1996 so gut wie keine Aktivitäten festzustellen. Ab Anfang März 1997 tauchte dann eine Kleinanzeige in der "neurechten" Wochenzeitung "Junge Freiheit" auf, über die (ohne ein Datum zu nennen) zu einem "Schnuppernachmittag bei den Republikanern" in das der Volkshochschule Erkrath zugehörige "Bürgerhaus" in Erkrath-Hochdahl (bei Düsseldorf) eingeladen wurde. Was sich auf den ersten Blick eher nach einem Verzweiflungsakt vereinsamter Erkrather REPs anhörte, entpuppte sich nach Betrachtung des, vom Düsseldorfer Kreisverband an Mitglieder und Interessierte verschickten, Programms als eine lang vorbereitete Veranstaltung der REP-Kreisverbände Mettmann und Düsseldorf. Über eine inhaltliche Veranstaltung sollten neue Mitglieder geworben und bereits vorhandene bei der Stange gehalten werden. Als Unterzeichner der Einladung traten Uwe Hünecke, REP-Kreisvorsitzender Mettmann und Mitglied im REP-Landesvorstand, sowie der Düsseldorfer REP-Kreisvorsitzende Andrè Maniera, Student an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, in Erscheinung. Neben diesen beiden sollten als Referenten die beiden Düsseldorfer Christoph Schlayer ("Wie sicher


Andrè Maniera, REP

sind unsere Renten?") und Dr. Peter Faber ("Atompolitik") sowie der REP-Bezirksvorsitzende Dr. Robert Nagels aus Hünxe ("Vorstellung der Partei und ihrer Politik") sprechen. Doch Maniera und Co. hatten ihre Rechnung ohne den Wirt und die ANTIFA gemacht. Der von antifaschistischen Gruppen informierte Zuständige bei der VHS Erkrath hatte zweifelfrei keine Kenntnis von der geplanten REP-Veranstaltung. Uwe Hünecke hatte die Räumlichkeiten für eine "private Geburtstagsfeier" angemietet, was zur Folge hatte, daß von Seiten der VHS der Mietvertrag wegen "Vortäuschung falscher Tatsachen" umgehend gekündigt wurde. Die REPs mußten diese Kündigung zähneknirschend akzeptieren. Es verblieben ihnen drei Tage Zeit, um neue Räume zu organisieren. Letzendlich steuerten dann noch 60 TeilnehmerInnen über zwei Schleusungspunkte den neuen Veranstaltungsort, die Räumlichkeiten einer Tanzschule in Erkrath-Hochdahl, an. Doch das "republikanische" Glück währte nicht lange. Auf Initiative antifaschistischer Gruppen wurde Kontakt zum Inhaber der Tanzschule aufgenommen sowie eine spontane Gegendemonstration zum Ort des Geschehens angekündigt. Der Inhaber der Tanzschule war ebenfalls von Uwe Hünicke über den tatsächlichen Charakter der Veranstaltung getäuscht worden. Nach einer Ortsbesichtigung erklärte er die Veranstaltung als beendet. Erwähnenswert ist an dieser Stelle, daß die Einsatzleitung der Polizei ihm mit der Begründung: "Nur keinen Ärger machen, wir haben alles im Griff!" vergeblich dazu riet, die Veranstaltung wie geplant weiterlaufen zu lassen. Die REPs durften also wieder einmal sichtlich genervt ihre Koffer packen. Bis zum Zeitpunkt ihres Rausschmißes hatten sie gerade einmal 90 Minuten der auf fünf Stunden angesetzten Veranstaltung hinter sich gebracht.

Und Tschüss!! - IV

Zu 4 ½ Jahren Haft wurden am 02.05.1997 drei 17 bis 21-jährige Düsseldorfer von der 7. Großen Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts verurteilt. Sie wurden u.a. des versuchten Mordes an 23 BewohnerInnen eines AussiedlerInnenwohnheim in Düsseldorf-Wersten für schuldig befunden. Eine weitere Angeklagte, die der Beihilfe beschuldigt wurde, wurde freigesprochen, da es keinerlei überzeugende Hinweise und erst recht keine Beweise für eine Tatbeteiligung gab.
In der Nacht vom 30. auf den 31.07.96 hatten die drei Angeklagten, nachdem sie die Tat gemeinsam besprochen und geplant hatten, mehrere Flaschen mit Brandbeschleuniger im Toilettenraum eines Wohncontainers ausgeschüttet und angezündet. Auf dem Rückzug entfernten sie die vorhandenen Feuerlöscher und warfen sie bei der Flucht ins Gebüsch. Glücklicherweise wurde niemand der BewohnerInnen verletzt oder gar getötet, da ein Anwohner Alarm schlug, nachdem er vier(!) Personen vom Container aus weglaufen sah und ein Bewohner das sich ausbreitende Feuer rechtzeitig bermerkte. Die Tat wurde von den drei später Verurteilten, die einer Clique von ca. 20 rechten Jugendlichen und Skinheads in Düsseldorf-Wersten angehörten, kurz nach ihrer Verhaftung zugegeben, eine vierte Person sei allerdings nicht beteiligt gewesen. Man habe die "Ausländer" erschrecken wollen, um zu bewirken, daß diese die BRD aus Angst verlassen. Zu Tode kommen sollte angeblich niemand, eine Version, die sich Staatsanwaltschaft und Gericht u.a. aufgrund der eingesetzten Brandbeschleuniger und der entfernten Feuerlöscher löblicherweise nicht zu eigen machten. Die drei hätten bei dem Anschlag Tote und Verletzte zumindest bewußt in Kauf genommen, hieß es in der Begründung des vorsitzenden Richters.

Duisburg

Antiislamische Mobilisierung

Dieter Reuter, der Pfarrer der evangeli-

schen Kirche von Duisburg-Laar, gibt keine Ruhe in seinen rassistischen christlich-fundamentalistischen Bestrebungen. Am 28.3. rief er mit einer großformatigen Anzeige im Duisburger Lokalteil der WAZ zu Veranstaltungen und einer Predigtreihe zur „Besinnung auf den christlichen Glauben" und zu Spenden in der Kampagne „Kein islamischer Gebetsruf über Lautsprecher" auf. Zur Seite stehen dem Gottesmann „Brüder und Schwestern im Geiste". Pastor Roland Reuter aus Moers, Missionar Ingo Manhold aus St.Ana - Bolivien, Pastor Wolfgang Nestvogel aus Osnabrück, Pastor Hansfrieder Hellenschmidt aus Filderstadt, Pastor August Spreen aus Enger und Dr. Christine Schirrmacher aus Bonn. Das frühe Mittelalter und die Inquisition lassen grüßen.

Faschisten unter den MSV-Fans

Seit einiger Zeit machen faschistische Fußballfans unter den MSV - Fans von sich reden. Eine Gruppe von Teenie-Skins, die sich „die Glatzen" nennen, fallen besonders durch ihr „Zecken nach Ausschwitz" Gegröhle auf. Beim Spiel Hamborn 07 / FC St. Pauli am 19.1. konnten faschistische Hools mal wieder den Rand nicht halten und bekamen die passende Quittung.

„Schwarze Sheriffs" und Polizei - Rascist United

Als am Abend des 8. April neun Jugendliche türkischer und afrikanischer Herkunft mit der DVG in Duisburg fuhren, waren sie sich wohl nicht bewußt, daß ausgelassenes und lautes Verhalten dunkelhäutiger Menschen in Deutschland die brutale Gewalt privater und öffentlicher Sicherheitsdienste hervorruft. Die Schaffnerin stoppte die Bahn und als die Jugendlichen auf den Bahnsteig ausstiegen, wurden sie von dem herbeigerufenen „Sicherheitsdienst" überfallen. Wir zitieren aus einem Flugblatt der Duisburger Uni: "Ein sehr großer untersetzter, blonder Sicherheitsdienstler griff sich gezielt den kleinsten und einzigen farbigen Jugendlichen und schlug ihn mit aller Kraft gegen eine Metallsäule auf den Bahnsteig." Danach sah S.Y. (die Zeugin , die diese Aussage tätigte), wie eine andere Sicherheitskraft versuchte, einen der anderen Jugendlichen, der mit Handschellen gefesselt war, zu würgen. Die Sicherheitskraft drehte einem Jugendlichen ohne ersichtlichen Grund die Hand seitlich hinter den Kopf. Dieser Jugendliche weinte und bat um Hilfe, weil er sich sowieso nicht hätte wehren können. Außerdem sah die Duisburger Studentin, daß die Handgelenke des Gefesselten bluteten. Während dieser Zeit hörten T.K.(ein weiterer Zeuge) und S.Y. einige Sicherheitskräfte rassistische Äußerungen wie z.B. „Du scheiß Fixer" und „Wir sind hier nicht in Morokko, du scheiß Ausländer" rufen. Mittlerweile rückte dann auch die Polizei mit etwa sieben Beamten an. Dann kamen ungefähr drei Beamte auf S.Y. zu. Eine Beamtin trat S.Y. mit einem Gerät in den Rücken und schleuderte ihren Kopf mehrmals gegen eine Wand. Dann legten mehrere Beamte ihr Handschellen an, und sie sollte sich auf den Boden legen. Sie mußte ca. 10 Minuten in ihrem eigenen Urin liegen. Auf ihre Frage, was das denn soll, sagten die Beamten nur, sie solle ihre „Klappe halten". Auf der Wache mußte sich S.Y. vollständig ausziehen und eine Ganzkörper - Untersuchung über sich ergehen lassen. Außerdem hörte S.Y., wie im Nebenraum ein Beamter weitere rassistische Äußerungen von sich gab. S.Y. trug aufgrund polizeilicher Mißhandlungen mehrere ärztlich attestierte Verletzungen am Knie, an der Hand, am Arm und am Hinterkopf davon."

Nachdem die Beamten auf der Wache den deutschen Paß und Studentenausweis der Zeugin S.Y. gesichtet hatten, wurde sie entlassen. Sie war der Gruppe einfach wegen ihrem ausländischen Äußeren zugeordnet und präventiv mit zusammengeschlagen worden.

Der DVG Pressesprecher, Helmut Schoss, versuchte das Rollkommando mit angeblichen Pöbeleien und Verwüstungen seitens der Jugendlichen zu rechtfertigen. Die Sicherheitskräfte seien „dazwischengegangen". Fahrgäste konnten dies aber keineswegs bestätigen. Die lediglich aufgedrehten und lauten Jugendlichen seien wegen des Anhaltens der Schaffnerin auch schon längst ausgestiegen. Sie zeigten sich schockiert über die Brutalität und die rassistischen Sprüche der Sicherheitsdienstler und der Polizei. Wie üblich wurden die Jugendlichen, zur Kaschierung des Polizeiübergriffs und zur Einschüchterung, mit Anzeigen wegen Körperverletzung, gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und Nötigung versehen. (JW; 11. u. 22.4.)

Essen

Festnahmen beim Rosenmontagszug

Seit Jahren schon treffen sich Nazis aus dem ganzen Ruhrgebiet zum Rosenmontagszug in Essen. Von den rund 120 Nazis, die dieses Jahr in Essen aufmarschierten wurden 28 Skins vorläufig festgenommen, da sie ZuschauerInnen anpöbelten und Schlägereien anzettelten. (jw, 12.2.)

Passanten verprügelt

Die Polizei nahm am 21.2. vorübergehend drei mutmaßliche Rechtsextremisten fest, die einen Passanten brutal zusammengeschlagen hatten. Mit lauten „Heil Hitler" - Rufen hatten die 16, 17 und 20 Jahre alten Schläger ihr Opfer angegriffen, geschlagen und getreten. Der Älteste des Trios, ein Wehrpflichtiger, wurde den zuständigen Feldjägern übergeben. Ein T-Shirt mit verfassungsfeindlichem Aufdruck, sowie mehrere Zettel von verbotenen Organisationen wurden sichergestellt. (jw, 25.2.)

Skinüberfall

Nach einer verbalen Auseinandersetzung in einem Bus schlugen drei Skinheads am 26.3. einen Libanesen krankenhausreif. Die Polizei nahm die drei fest. (jw, 30.3.)

Gelsenkirchen

Zu laut gegröhlt

Zu „Führer befiehl, wir folgen Dir" und „Panzer glänzen im Sonnenlicht" hatten zwei Schalker Bürger. Vater (66) und Sohn (38) beschallten mit ihrem Gegröle zu der Platte „Alte Kameraden" auch die Nachbarschaft. Diese zeigte berechtigterweise keinerlei Verständnis für den braunen Singsang und rief die Polizei. Laut RZ vom 27.2.`97 wurden die beiden vom Gelsenkirchener Amtsgericht mit einer Geldstrafe von je 300,- DM bedacht.

Köln

Faschistische Sprühaktion

Im März tauchen in den Kölner Stadtteilen

Ehrenfeld und Belgisches Viertel Nazisprühereien auf. Es handelt sich um die erste koordinierte Sprüh-Aktion Kölner Nazis, so daß sich auch die Polizei veranlaßt sieht, mit Plakaten um Hinweise auf die Täter zu bitten.

Brandanschlag auf Bauwagenplatz zu Hitlers Geburtstag

In der Nacht zum 21.4.1997 flogen gegen 3.30 Uhr drei Brandsätze auf den Bauwagenplatz in Köln-Mühlheim. Wagen aus Holz wurden gezielt beworfen. Da das Feuer direkt bemerkt und gelöscht werden konnte, entstand nur geringer Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt. Die Kriminalpolizei hat gegen Unbekannt Ermittlungen wegen versuchter schwerer Brandstiftung aufgenommen. Bereits am frühen Abend des 20.4. brannten zwei am Zaun befestigte Transparente, die von den PlatzbewohnerInnen aufgehängt worden waren, ab.
Provokationen von Faschisten gab es schon im Vorfeld des Brandanschlags. Seit dem 11.4.1997 war der Platz an der Hafenstraße besetzt (am 6.5. fand die Räumung durch die Polizei statt). Einen Tag nach Bezug des Geländes wurde aus einem Nachbarhaus „Rote Säue" und „Sieg heil!" gerufen und der Hitlergruß gezeigt.

Leverkusen

Brandanschlag auf Obdachlosen-Unterkunft

Anfang Mai setzten fünf Jugendliche in Leverkusen eine Unterkunft und Wohncontainer von Obdachlosen in Brand. Die Bewohner konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. 5 Jugendliche wurden von der Polizei festgenommen. Als Motiv gaben sie Streitereien mit den Obdachlosen an.

Solingen

„Friedensmensch" bei Braunhemd

Zum Empfang auf Schloß Burg lud Solingens ebenso erfolgreicher wie umstrittener Bauunternehmer Günther Kissel für den 10. Januar 1997 ein. Anlaß für den Empfang in dem historischen Gebäude war der 80. Geburtstag des Altnazis. Kissel, der über Jahrzehnte den „Wilhelm Tell von Auschwitz" in seinem Betrieb beschäftigte, unterstützt spätestens seit Ende der 70er Jahre den bundesdeutschen Neofaschismus.
Als brauner Festredner erschien der „grüne Friedensmensch" Dr. Alfred Mechtersheimer. Er kam, um seinen „Respekt zu bekunden" und seine „Solidarität zu zeigen gegenüber einem unbeugsamen Mann". Mechtersheimer präsentierte in seiner Festrede ein Sammelsurium von abgestandenen, völkisch-nationalen Phrasen. Eine kleine Kostprobe gefällig? Mechtersheimer: „Immer mehr deutsche Eltern wollen die Lebenschancen ihrer Kinder nicht durch das multikulturelle Chaos an ihren Schulen zerstören lassen".

Schmerzensgeld für Opfer

Bekir Genc, einer der Überlebenden des mörderischen Brandanschlags in Solingen, fordert Schmerzensgeld. Bereits im Mai 1996 reichte er Zivilklage beim Landgericht Wuppertal ein. Die anderen überlebenden Familienangehörigen verzichten auf ihre Ansprüche, weil sie sich nicht der Tortur eines weiteren Prozesses unterwerfen wollen.
Bekir Genc erlitt bei dem Anschlag im Mai 1993 schwere Verbrennungen. 36 Prozent seiner Haut wurden verbrannt, 16 Operationen hat er sich seitdem unterziehen müssen. Das Gesicht und andere Körperteile werden für immer entstellt bleiben.
Von den vier Tätern ist bislang erst einer rechtskräftig verurteilt. Es handelt sich um Christian Reher, der seine Revision vor dem Bundesgerichtshof zurückzog. Über die Revisionsanträge der anderen drei hat der Bundesgerichtshof noch nicht entschieden.
Das Zivilverfahren zur Klärung des Anspruchs auf Schmerzensgeld soll im Dezember aufgenommen werden. Die 5. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal hat die Möglichkeit, unabhängig vom Urteil des Oberlandesgerichts in Düsseldorf eine eigene Wertung der Beweislage vorzunehmen. Und schon spekuliert Gerd Niemeyer, Anwalt von Markus Gartmann, daß drei der vier Täter freigesprochen werden könnten.

Neonazis bei Gedenkfeier

Zehn Neonazis erhielten bei der alljährlich stattfindenden Gedenkfeier am Mahnmal Wenzelnsberg Platzverweise von der Polizei. Die Polizei stoppte sie auf einem Parkplatz und verhinderte, daß sie die Feier stören konnten.
Die Gedenkfeier erinnert an 71 Opfer, die am 13. April 1945 von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Noch kurz vor der Befreiung töteten die Faschisten ihre Opfer, bei denen es sich um Gefangene, Untersuchungshäftlinge und Zwangsarbeiter handelte. Sie wurden aus Remscheid, Wuppertal und Solingen zum Wenzelnsberg auf Solinger Stadtgebiet verschleppt und durch Genickschuß getötet.

NPD-Treffen geplatzt

In NPD-Kreisen hieß das Treffen „nationaldemokratischer Stammtisch", dem Wirt des „Kaffeehauses" wurde es angeblich als Treffen von Privatleuten verkauft. Unweit der ehemaligen Kampfsportschule „Hak-Pao" im Solinger Ortsteil Gräfrath wollten sich am 20.Februar NPDler aus dem bergischen Raum treffen.
Neben Wolfgang Frenz, Mitglied des Landesvorstands der NPD, erschien der Skinhead Andre Evertz. Evertz verübte 1992 mit einem Arbeitskollegen einen brutalen Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim in Solingen-Ohligs und wurde deshalb zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Die beiden Solinger konnten das „Kaffeehaus" nicht betreten. 150 AntifaschistInnen versperrten ihnen und anderen Gästen der NPD den Zugang zur Kneipe.

Rheine

Demonstration gegen faschistische Strukturen

Am 19.4. demonstrierten rund 300 AntifaschistInnen gegen die zunehmende Organisierung von Faschisten im Kreis Steinfurt. In den letzten Monaten fanden vermehrt Konzerte mit Nazi-Bands statt, eines der größten Konzerte lockte 1000 Faschistinnen und Faschisten aus dem ganzen Bundesgebiet nach Bevergern. Organisiert wurde dieses Konzert von Mike Beyer, Mitglied bei den JN und Kreistagskandidat der NPD im Kreis Steinfurt bei den letzten Wahlen. Beyer gibt das Fanzine "AMOK!!!" heraus, in dem auch politisch



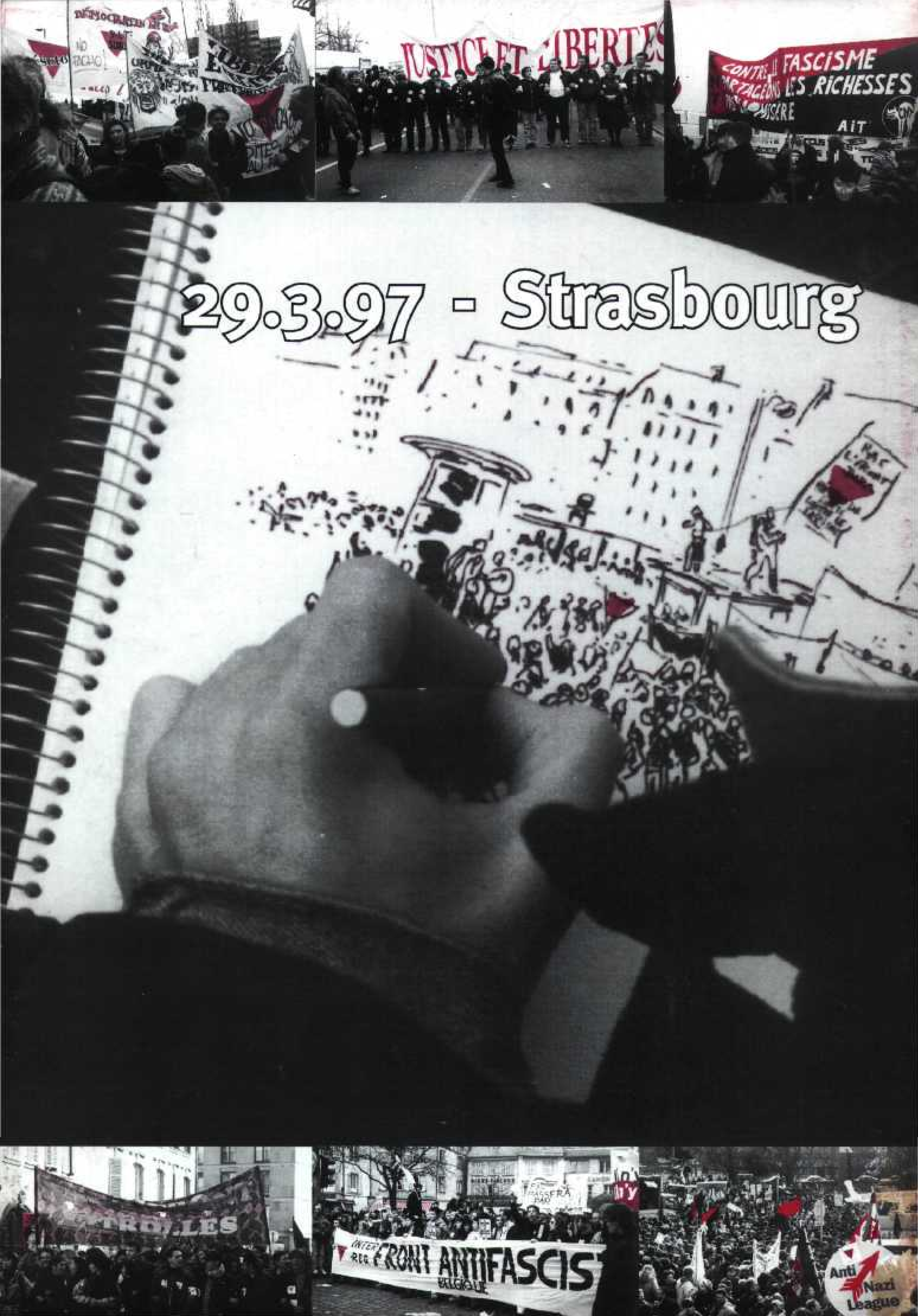
Antifa-Demo in Rheine

Unliebsame von der "Anti-Antifa-Rheine" geoutet werden. Zudem arbeitet er seit rund eineinhalb Jahren in der Redaktion des größten Nazi-Musik-Magazins "Rock-Nord" mit.
Aus Rheine kommt ein weiteres Fanzine, "Nordkraft Rheine", herausgegeben von Frank Born.
Ein Hauptanliegen der Antifa-Demo war es, auf die NPD-Strukturen im Kreis Steinfurt hinzuweisen. Die NPD in Steinfurt und Umgebung gehört mittlerweile zu den stärksten Kreisverbänden in NRW.

Wuppertal

Aktion gegen „Ohrwurm-Versand"

Mitte März wurde der VW-Bus des Wuppertaler Ohrwurm-Versands Ziel einer antifaschistischen Aktion. Der Ohrwurm-Versand verkauft u.a. Tonträger faschistischer Bands wie „Störkraft" oder „Endstufe". Die AntifaschistInnen legten den VW-Bus still und zerstörten einen Teil der darin befindlichen Ware, wie sie in einem Bekennerbrief mitteilten.
Sie empören sich darüber, daß der Ohrwurm-Versand in Zeiten alltäglicher, rassistischer Gewalt auch noch Geschäfte mit der menschenverachtenden Musik macht.



29.3.97 - Strasbourg
JUSTICE ET LIBERTES
CONTRE LE FASCISME
PARTAGEONS LES RICHESSES
AIT
FRONT ANTIFASCIS
Anti
Nazi
League

Antifaschistischer Arbeitskreis Sauerland/Siegerland:

Die "Sauerländer Aktionsfront" (SAF)

Organisierter Neofaschismus im Sauer- und Siegerland



Chronologie
Publikationen
Drahtzieher
Einschätzung

Die "Sauerländer Aktionsfront" (SAF)

Ob in Berlin, in Hamburg, in Hetendorf, in Worms, Bonn, Eschweiler, Antwerpen, München oder am 1. Mai 1997 in Hannoversch Münden: Wo sich die Neonazi-Szene aus NRW, der BRD und den Beneluxländern trifft, ist die "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) nicht weit.

::Eine garantiert unvollständige Chronologie der Ereignisse

Chronologie

1990

Entstanden ist das, was heute unter dem Kürzel SAF bekannt ist, Ende der achtziger Jahre aus einigen kleinen neonazistisch orientierten Skinhead-Cliquen. Einige von ihnen trafen sich an verschiedenen Orten meistens rund um den Hennesee, da es (bedingt durch ihr Äußeres und ihr Auftreten) schwierig war, an Räume in Gaststätten oder Jugendzentren zu gelangen. Es schien noch keine festen Strukturen zu geben. Nur vereinzelt wurden Anfang des Jahres 1990 jüngere Leute beobachtet, die im Landtagswahlkampf Plakate für die "Republikaner" klebten. Neben den Gruppen in Meschede gab es noch neonazistische Skinheads in den Bereichen Winterberg, Korbach und Frankenberg, die sich mehr oder weniger regelmäßig trafen.

Diese Szene machte anfangs hauptsächlich durch Angriffe und Schlägereien auf sich aufmerksam, wie z.B. am 1. September 1990 bei einer Herbstkirmes in Meschede. Acht Anzeigen wegen Körperverletzung und gefährlicher Körperverletzung, zwei Verstöße gegen das Waffengesetz, Widerstand gegen die Staatsgewalt und zwei Anzeigen wegen Diebstahls registrierte die Polizei. Wiederholt war es an diesem Samstag zu Schlägereien gekommen. Einer der Nazi-Skins ging mit einem Springmesser auf einen Mann los. Laut Mitttteilung der Polizei "war (es) nur dem Zufall zu verdanken, daß durch beherztes Eingreifen ein Tötungsdelikt verhindert werden konnte."

1991

Im Sommer 1991 gelang es der Sauerländer Szene, ihre größte Veranstaltung zu organisieren. Ca. 650 Personen aus der gesamten BRD und dem benachbarten Ausland kamen am Samstag, dem 31. August, zu einem Konzert an den Hennesee. Ein Vierteljahr hatten die Veranstalter rund um Bernd Krick (Meschede), die erstmals als "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) auftraten, gebraucht, um das Konzert auf die Beine zustellen. Als schwierig erwies sich anfangs die Raumsuche, doch die Polizei half den Veranstaltern am Tag vor dem Konzert aus der Patsche, wenn man Bernd Krick glauben darf. Nach einer längeren Unterredung bei der Polizei in Meschede konnte man einen Großraumparkplatz am Hennesee nutzen. Thomas Fink, der aus dem süddeutschen Raum nach Nordhessen gezogen war, nutzte seine weitreichenden Kontakte, um Musikgruppen für das Konzert zu organisieren und die Veranstaltung überörtlich bekannt zu machen. Acht Gruppen hatten ursprünglich ihre Teilnahme zugesagt. Am Ende standen fünf auf der Bühne: "Legion Condor", "Radikahl", "Tonstörung", "Kraftschlag" und "Störkahl" (eine Gruppe, die sich aus Mitgliedern der Bands "Radikahl" und "Störkraft" zusammensetzte).
Bei Kontrollen in Zusammenhang mit dem Konzert wurde ein Vielzahl von Waffen beschlagnahmt, darunter u.a. Baseballschläger, Macheten, Schreckschußrevolver, Leucht- und Reizstoffkugeln, Eisenstangen, Messer, besonders tückische Reizstoff-Schlagstöcke und sogar ein Säbel.

Seinen Konzertbericht unterzeichnete Bernd Krick im neonazistischen Fanzine (Fan-Magazin) "Ketzerblatt Frontal" mit seinem Namen und dem Kürzel SAF. Wenige Tage später tauchten in Hessen und dem Hochsauerland Aufrufe der SAF an "Kameradinnen und Kameraden" auf. Mit diesem Schreiben wandten sich Thomas und Luise Fink aus Bromskirchen "an alle Skinheads, Hooligans und sonstige Deutsche, die ihre nationale Einstellung nicht nur für sich behalten wollen, sondern aktiv nach außen vertreten!" Sie kündigten die Bildung "nationaler Kameradschaften" an, die auch politisch arbeiten sollten: "Flugblätter verteilen, Aufmärsche veranstalten, Kameradschaftsabende abhalten... Natürlich kommt auch die Geselligkeit und der Spaß nicht zu kurz, wie unser Skinkonzert bewies, das wir vor einigen Tagen organisiert haben." Ein VW-Bus stehe für gemeinsame Fahrten zur Verfügung, nach einem "Kameradschaftshaus" suche man noch.

Ziel neonazistischer Attacken war in diesen Wochen vor allen Dingen das Rockcafé der Mescheder Falken. Am Proberaum wurden die Fenster eingeworfen, einem Rockcafé-Mitarbeiter wurden Scheiben seines Autos zertrümmert, und vor dem Rockcafé parkende Fahrzeuge wurden mit Hakenkreuzen und anderen faschistischen Symbolen besprüht. Auch an die Garagen des gegenüberliegenden Flüchtlingswohnheims sprühten Unbekannte neonazistische Symbole und Parolen.

Auch bei öffentlichen Veranstaltungen tauchten sie auf, so zum Beispiel 10-15 Nazi-Skins bei einer Disco-Party in Meschede-Berge. Einer von ihnen bedrohte einen Besucher der Veranstaltung mit einer Gaspistole.

Im Herbst 1991 wandten sich die hessischen Landtagsabgeordneten Fischer (CDU) und Kahl (SPD) mit kleinen Anfragen an den Landesinnenminister. Fischer wollte unter anderem wissen, wie die Landesregierung die "rechtsradikale Szene" im Landkreis Waldeck-Frankenberg einschätzt. Mitte Dezember antwortete der Innenminister Dr. Günther. Sein Fazit: "Die Bedeutung der rechtsextremistischen



Thomas und Luise Fink am Rande des "Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" in Bayreuth 1991

'Szene' im Landkreis Waldeck-Frankenberg ist nach den Erkenntnissen der Landesregierung nicht besonders groß."

Von Seiten der Szene aber gab es weiterhin eine Vielzahl von Vorstößen, ihren Aktivitätsgrad zu erhöhen und sich zu verankern. Zum Beispiel Anfang Dezember 1991 in Bromskirchen. Am Rande einer Disco-Party verteilten "rechtsradikal aussehende Jugendliche'", so berichteten Augenzeugen, rassistische Flugblätter. Die Skins, darunter auch Thomas Fink, traten unter dem Namen "Bismarck-Jugend" auf. Thomas Fink beklagte sich wenige Tage später in einem Leserbrief an die "Frankenberger Zeitung" darüber, daß seine "Kameraden" an jenem Abend dreimal "von politisch Andersdenkenden" angegriffen worden seien.
Drei Tage nach der Disco-Veranstaltung wurde ein damals 24 Jahre alter Zivildienstleistender in Battenberg von drei oder vier Unbekannten überfallen und zusammengeschlagen. Bei der Disco hatte er die Verteilung der Flugblätter verhindert und einen Großteil des Propagandamaterials verbrannt. In den Tagen nach der Disco sei er telefonisch bedroht worden. Der Anrufer, so berichtete die Kripo, habe sich mit "Bismarck-Jugend" gemeldet.

1992

Anfang 1992: "Nach gut einem Monat Winterpause", so Thomas Fink und Thomas Kubiak (Winterberg) in einem Rundschreiben, sollten die Aktionen weitergehen. Eingeladen wurde zu einem "Nationalen Stammtisch", der regelmäßig jeden Freitag Abend im "Marktkeller" in Frankenberg stattfinden sollte. "Zweck: Kameradschaftspflege, Schulung, Termine, Infos, Material." Fink und Kubiak drängten auf "absolut zivile Kleidung und vorbildliches Benehmen!! Wir müssen dies Anfangs machen, bis wir eine freundschaftliche Verbindung zum Wirt aufgebaut haben". Es sei nicht einfach gewesen, ein Lokal zu finden. Vier Wochen habe die Suche gedauert. "Daher wollen wir nicht vom Eigentümer herausgeschmissen werden!" Bei den Gruppen in Korbach und Meschede liefe es allerdings nicht so gut. Sie "waren leider bisher nicht in der Lage, sich nach einem Lokal für einen regelmäßigen Stammtisch umzusehen", schrieben Fink und Kubiak: "Wir werden das für sie erledigen." Gleichzeitig riefen die beiden zu einer großen Flugblattverteilaktion für Frankenberg und Umgebung auf. 10.000 Flugblätter lägen bereit, "teilweise von Euren Spenden bezahlt."

Die "Nationalen Stammtische" fanden in der Folgezeit an verschiedenen Orten innerhalb des Hochsauerlandkreises und Nordhessens statt, da trotz aller Vorsichtsmaßnahmen die InhaberInnen der Gaststätten meistens nur ein Treffen zuließen. Bei den Treffen, die in fast allen Fällen durch Statements von Thomas Fink eingeleitet wurden, stand der Informationsaustausch über "nationale" Veranstaltungen und Konzerte, sowie die "Diskussion über historische und aktuelle Themen" im Vordergrund.

"Gewaltpotential steigt: Drei Verletzte bei Prügelei zwischen 20 Skins und acht Asylbewerbern" berichtete ein lokales Wochenblatt in seiner Ausgabe vom 12. März 1992. Nazi-Skins aus Schmallenberg, Bestwig und dem Raum Korbach hatten in einer Schmallenberger Diskothek Flugblätter mit rassistischem Inhalt verteilt. Einige Asylbewerber aus Nigeria, die diesem Treiben nicht tatenlos zusehen wollten, wurden von der Gruppe angegriffen.

Im Februar 1992 bildete sich in Frankenberg eine Gruppe "gegen Fremden- und Ausländerhaß". Die ca. 30 Leute verstanden ihr Engagement als "Gegenreaktion" auf organisierte Zusammenschlüsse von "Faschisten, Skins, Hooligans und Reps". Kurze Zeit nach der Bildung der Gruppe ging an ihrem wöchentlichem Treffpunkt, einer Frankenberger Gaststätte, eine Bombendrohung ein. Die Kneipe werde in Schutt und Asche gelegt, sollten sich dort weiterhin "Autonome" treffen. Die Frankenberger Zeitung damals: "Die Polizei, berichten die Mitglieder der Gruppe, hätte dem Inhaber der Gastwirtschaft lediglich empfohlen, dieser Forderung doch einfach nachzukommen. Wenn er, der Wirt, die Treffen nicht zulasse, gebe es wohl auch keine derartigen Bombendrohungen."

Thomas Kubiak, inzwischen zur regionalen Kontaktperson der Frankenberger Neonazi-Szene aufgestiegen, fühlte sich durch die Kritik dieser Gruppe übel verleumdet. Gemeinsam mit Thomas Fink, Christof Wilhelm, Niels Lehmann (Frankenberg), Georg Wahle (Winterberg-Züschen) und Michael Janz (Meschede) schrieb er einen Leserbrief an die Frankenberger Zeitung. "In grundloser und polemischer Art" mache die Frankenberger Gruppe "gegen volkstreue Kräfte mobil". "Der Gipfel der Unverschämtheit sei es, ohne 'konkrete Anhaltspunkte' zu nennen, vorauszusagen, in Zukunft würden wir 'gezielte Aktionen gegen Ausländer und Asylantenheime durchführen'. Tatsache ist, daß nach einem halben Jahr 'organisiertem Zusammenschluß' weder eine derartige Aktion bisher erfolgt ist, noch in Zukunft geplant ist. Unsere schärfste und alleinige Waffe ist die Waffe des Wortes und der Wahrheit!" Einer der Unterzeichner, Nils Lehmann, wurde vier Monate später festgenommen, nachdem er an einem Brandanschlag auf das Flüchtlingswohnheim in Schröck bei Marburg beteiligt war. Gegen einen anderen Unterzeichner, Michael Janz, wurde wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz ermittelt.

"Ganze Arbeit" leistete die SAF im Sommer 1992. Am 18. Juli marschierten Alt- und Neonazis der verschiedensten Gruppierungen durch Meschede. "Mit der unseres Wissens ersten offiziell angemeldeten Anti-Antifa-Kundgebung ist endlich ein Bann gebrochen worden: Sind wir aus der ständigen



Alle Bilder: Demonstration der "Anti-Antifa" in Meschede, Juli 1992



Mitglieder der "Nationalen Liste" (NL) aus Hamburg



Christian Worch (Ex-NL) aus Hamburg als Redner



Totenanzeige für Thomas Fink in einer spanischen Nazi-Zeitung. Die Bilder zeigen die Totenfeier auf dem Friedhof.

Defensive ausgebrochen und unsererseits in die politische Offensive gegangen", war später in der Neonazischrift "Index" zu lesen. Bei der Kundgebung vor der Mescheder Stadthalle sprachen Michael Petri, damaliger Funktionär der "Deutschen Alternative" (DA), Christian Worch und Thomas Wulff von der Hamburger "Nationalen Liste" (NL) sowie der Alt-Nazi Otto Riehs.

Vierzehn Tage nach dem Aufmarsch kam Thomas Fink bei einem Motorradunfall am Hennesee ums Leben. Neonazis hielten an den folgenden Tagen "Mahnwachen" an der Unfallstelle ab. Am 4. August fand auf einem Mescheder Friedhof unter Beteiligung von "Bundesprominenz" faschistischer Organisationen eine "Totenleite" statt. "Thomas Fink marschiert im Geiste in unseren Reihen mit", hieß es auf einem Transparent, das SAF-Mitglieder beim "Rudolf-Heß Gedächtnismarsch" 1992 trugen.

Am 12. September 1992 trat Thomas Kubiak bei einer NPD-Veranstaltung als Ordner auf.

Ziemlich häufig hatten die Nazi-Skins in diesen Monaten gewalttätige Auftritte. Zum Beispiel Anfang Dezember 1992 im hessischen Bromskirchen. Dort wurden zwei Diskothekenbesucher zusammengeschlagen. Die Nazi-Skins waren mit Gaspistolen, Messern und Baseballschlägern bewaffnet. Die anrückende Polizei, die ebenfalls von der Gruppe angegriffen wurde, nahm nach einem Schlagstockeinsatz und einigen Warnschüssen neun von ihnen fest. Gegen sie wurde anfangs u.a. wegen versuchten Totschlags, später nur noch wegen Körperverletzung ermittelt.

Am Tag nach Weihnachten 1992 wollten die Neonazis erneut in Meschede aufmarschieren. Eine antifaschistische Gegendemonstration verhinderte dies jedoch. Seither gab es keine weiteren ernsthaften Versuche der SAF, im Hochsauerland eine Demonstration durchzuführen.

1993

Stattdessen trafen sich die Neonazis des öfteren zu "internen Veranstaltungen", zum Beispiel zu einer "Party" am 1. Mai 1993 am Hennesee. Rund 100 Personen wurden zu einem "Grillfest" Ende Juni 1993 in der Nähe



Gescheiterter Versuch der SAF, eine Demonstration im Dezember 1992 durchzuführen

von Meschede erwartet, das allerdings von der Polizei verhindert wurde. Vermutlich wichen die Neonazis an den Möhnesee aus.

Und auch überregional waren zumindest einige von ihnen "aktiv". Thomas Kubiak und Michael Krick (Meschede) beispielsweise waren am 8. Mai 1993 an einem Angriff auf das Jugendzentrum "Schlachthof" in Aurich beteiligt.

Im Sommer 1993 nahmen einige Neonazis aus dem Sauerland an einer Sommersonnenwendfeier in Dänemark teil.

Am 31. Juli 1993 trafen sich die Neonazis erstmals zu einer Gedenkveranstaltung zum Todestag von Thomas Fink in Battenberg (Kreis Waldeck-Frankenberg). In den folgenden Jahren gab es immer wieder Versuche, Finks Todestag zum Anlaß von größeren Treffen zu nehmen.

Vierzehn Tage später marschierten Neonazis, koordiniert unter anderem über das "Nationale Infotelefon Sauerland" (NIT Sauerland) in Winterberg, zum Gedenken an den 1987 verstorbenen Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in Fulda auf. Einer jedoch fehlte: Thomas Kubiak war am Morgen vor der Abfahrt von AntifaschistInnen aufgehalten worden und mußte eine körperliche Verwarnung einstecken.

Schon fast Tradition ist das Auftreten von Sauerländern im belgischen Dijksmuide, wo sich alljährlich, Ende August, Neofaschisten aus ganz Europa bei einem Treffen flämischer Nationalisten einfinden.

Einen Monat darauf wollte die SAF den Erfolg ihres ersten Skin-Konzertes am Hennesee wiederholen. Diesmal freilich kamen nicht 650, sondern nur etwa 100-150 BesucherInnen, die sich in einem Zelt an einigen Nazi-Bands ergötzten.

Im November 1993 startete die erste polizeiliche Durchsuchungsaktion gegen die SAF. Am Tag darauf tauchten in Meschede einige 100 Flugblätter und Plakate auf, auf denen sich die SAF unter der Überschrift "Das Maß ist voll!" und "Staatsterror im Sauerland" über die Aktion beklagte und warnte: "Die Zeitbombe t.i.c.k.t...".

Anfang Dezember waren SAF'ler bei dem Versuch, in Dortmund einen Landesverband der "Deutschen Nationalisten" (DN) zu gründen, mit dabei. Vor Ort anzutreffen waren u.a. Thomas Kubiak, der Vorsitzende der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) Olpe Andree Zimmermann (Olpe, heute Winterberg), Michael Krick, Martin Scheele (Bestwig / Siegen) und Michael Janz.

Laut polizeilicher Ermittlungen waren Thomas Kubiak, Carsten Schweizer (Winterberg), Michael Janz, Martin Scheele und Michael Krick Mitte Dezember bei einem Angriff auf ein Flüchtlingswohnheim in Hamm mit von der Partie.

1994

Das Jahr 1994 begann für die neonazistische Szene unangenehm. Ende Januar starteten Staatsanwaltschaft und Polizei die zweite größere Durchsuchungsaktion gegen die SAF. Anlaß war der Überfall auf das Flüchtlingswohnheim in Hamm einige Wochen zuvor. Gegen Thomas Kubiak, der unter dem Verdacht stand, in Hamm mit dabei gewesen zu sein, wurde wegen des Verdachts der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" und des Landfriedensbruchs Haftbefehl erlassen. Bis Ende Februar 1994 blieb er in Haft; danach wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Im Verfassungsschutzbericht des Landes NRW für das Jahr 1994 wurde darauf hingewiesen, daß bei den Durchsuchungen in Meschede, Hamm, Recklinghausen und Arolsen eine Gaspistole, 50 Schuß Pistolenmunition, Schlagwerkzeuge, Listen über Kfz und Telefonnummern von Personen, die die SAF der linken Szene zuordnete, sowie umfangreiches Propagandamaterial sichergestellt worden seien.

Daß die Sauerländer Neonazis bei Veranstaltungen konzentriert auftauchten, war in diesen Wochen keine Seltenheit. Zum Beispiel Ende Januar bei einer Rockfete in Eslohe-Wenholthausen, zu der 20 bis 30 Nazi-Skins erschienen. Mindestens einer von ihnen randalierte dabei und handelte sich eine Anzeige ein. Zum Beispiel Mitte Februar in Meschede: Vor einer Kneipe in der Innenstadt trafen sich rund 20 Nazi-Skins, machten Fotos und möglicherweise noch einiges mehr: In dieser Nacht wurden zahlreiche Aufkleber in Meschede verklebt: "Nicht BRD, nicht DDR, wir wollen das Reich", proklamierten beispielsweise die Spuckies, die von einer "Aktion Sauberes Deutschland" herausgegeben worden waren.

Am 28. Februar stand Andree Zimmermann, damals 20 Jahre alt, vor dem Briloner Jugendschöffengericht. Etwas mehr als ein Jahr zuvor, am 9. Januar 1993, hatte er am Rande einer Discoveranstaltung in Hallenberg-Liesen mit einem Messer zugestochen - und einen damals 19jährigen durch einen Stich in den Bauch verletzt. Der 19jährige gehörte zu einer Gruppe eher unpolitischer Jugendlicher, die den in Hallenberg und Umgebung aktiven Nazi-Skins mehrmals deutlich

gemacht hatte, wie wenig sie von ihnen hielten. Auf Notwehr bzw. einen "entschuldbaren Notwehrexzeß" plädierte der Verteidiger Zimmermanns. Sein Mandant sei von dem Hallenberger mit einer abgebrochenen Bierflasche angegriffen worden. Ganz anders sahen dies der Staatsanwalt und am Ende auch das Gericht. Das Gericht, so hieß es in der mündlichen Urteilsbegründung, hege keinen Zweifel, daß eine Notwehrsituation nicht vorgelegen habe. Von einem "blitzartigen Überfall" auf das Opfer sprach der Staatsanwalt, von einem "plötzlichen Stich" und einem "letzten kleinen Racheakt" das Gericht. Zimmermann wurde nach Jugendstrafrecht wegen Körperverletzung zu vier Wochen Dauerarrest verurteilt.

Wenige Tage später verhandelte das Olper Jugendschöffengericht gegen drei 20jährige aus Olpe und Wenden wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und des Leitens einer verbotenen Versammlung. Unter den Angeklagten befand sich erneut Andree Zimmermann. Ihnen wurde vorgeworfen, am Abend des 16. Dezember 1993 im Einkaufszentrum in Netphen bei einer kurzfristig anberaumten und von der Polizei verbotenen "Spontanveranstaltung gegen Justiz- und Behördenwillkür" gemeinsam mit einem Dutzend anderer "Kameraden" Parolen wie "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus" skandiert und das verbotene "Horst-Wessel-Lied" angestimmt zu haben. Wer gesungen bzw. gegröhlt hatte, konnte vor Gericht allerdings nicht mehr festgetsellt werden: Freispruch in diesem Anklagepunkt. Als erwiesen sah es das Gericht aber an, daß Zimmermann mit einem Anruf bei der Polizei die Spontan-Demo angekündigt und - trotz des sofort ausgesprochenen Verbotes - auch als Versammlungsleiter fungiert hatte. Für diese Einschätzung spreche auch sein Verhalten in der Verhandlung, wo er Mitangeklagte und Zeugen beeinflußt habe, meinte der Richter, der Zimmermann zu einer Geldstrafe von 900 DM verurteilte.

Am 12. März 1994 nahmen Mitglieder bzw. Sympathisanten der SAF an einer unangemeldeten Demonstration der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn - Bad Godesberg teil. Etwa 40 Personen waren dort laut NRW-Verfassungsschutzbericht aufmarschiert: "Es handelte sich um die erste Demonstration, die bewußt nicht angemeldet wurde, um ein Verbot zu vermeiden."

Am folgenden Wochenende reisten Aktivisten der SAF ins Ruhrgebiet. In Dortmund sollte der zweite Versuch gestartet werden, einen nordrhein-westfälischen Landesverband der "Deutschen Nationalisten" (DN) zu gründen. Die Polizei löste die Versammlung im Dortmunder Süden auf und stellte dabei Propagandamaterial und Schlagwerkzeuge sicher.

Und wieder eine Woche später traf man sich in Warstein-Hirschberg. Kubiaks SAF - diesmal unter dem Namen "Nationale Jugend Sauerland" - und Zimmermanns FAP Olpe hatten zu einem "Seminar" eingeladen. Rund 70 bis 80 Neonazis nahmen an der Veranstaltung teil. Es ging vor allem um die Frage, wie die neonazistische Szene auf die angesichts der Organisationsverbote geänderte Situation reagieren solle. Einer der Redner war Norbert Weidner, einer der Initiatoren der "Anti-Antifa"und damaliger FAP-Vorsitzender in Bonn sowie Landesgeschäftsführer der FAP in NRW. Weidner meinte, er gehe fest von einem Verbot der FAP durch das Bundesverfassungsgericht aus. Im Falle eines Verbots werde die FAP "autonome Strukturen" ohne Mitgliedschaften und feste Organisationsformen bilden, um staatliche Repression zu umgehen. Eine Vielzahl einzelner "Kameradschaften" werde dann mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel wie Mobiltelefonen und Mailboxen miteinander verbunden sein. Die Redner der Veranstaltung - dazu gehörten auch der designierte DN-Landesvorsitzende NRW Roland Langnickel und ein Vertreter der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG) - sprachen sich für die Bildung einer losen, nicht strukturierten Arbeitsgemeinschaft aller verbotenen bzw. von Verboten betroffenen Neonazi-Organisationen aus. Langnickel meinte, die "nationale Revolution" sei das Ziel. Unter anderem aus Dortmund, Bielefeld, Gütersloh, Wuppertal und Bottrop waren Neonazis zu der Veranstaltung in Hirschberg gekommen.

Auch Bernd Krick war in jenen Tagen nicht untätig: Er brachte die erste Ausgabe eines neuen Skinhead-Fanzines heraus. "Moonstomp" heißt das auch heute noch in einer Auflage von 500 bis 1000 Stück erscheinende Blättchen.

Am Karfreitag, 1. April 1994 langten einige Nazi-Skins erneut zu. Sie schlugen die Eingangstür der von einer türkischen Familie betriebenen Gaststätte am Mescheder Bahnhof ein.

"Brücken der Freundschaft" wollten Meschedes "Falken" im Frühjahr 1994 bauen - symbolisch: An vielen Brücken sollten Transparente "gegen Fremdenfeindlichkeit, Haß und Gewalt in der Gesellschaft" aufgehängt werden. In der Nacht zum 21. April wurden sie abgerissen - bis auf eines, das mit Hakenkreuzen und einer antisemitischen Parole beschmiert wurde. Nicht nur an den Mescheder Brücken machten sich Neonazis in der Nacht nach "Führers Geburtstag" zu schaffen. An mehreren Orten wurden Parolen und Schmierereien angebracht.

Zehn Tage später kamen nach Angaben des NRW-Innenministeriums rund 50 Teilnehmer zu einem Skinheadkonzert nach Meschede.

Schlagzeilen machte in den Sommerwochen 1994 das Dörfchen Bracht im Schmallenberger Sauerland. "Schüsse im Sauerland: Anwohner fürchten rechtsradikale Skinheads", berichtete eine lokale Tageszeitung am 7. Juli. Sie zitierte Einwohner aus Bracht, die "ganze Salven von Schüssen" gehört und Einschußlöcher in Bäumen gefunden hätten. "Jeden Freitag sind die da oben", sagte ein Anwohner. Mehrere Skinheads seien beobachtet worden, die in den Wäldern campierten. Einen Tag nach der Veröffentlichung hatte die Dortmunder Kriminalpolizei eine einfache Erklärung für die Schüsse: "Fakt ist, in der Nähe befindet sich ein Truppenübungsplatz der Bundeswehr." Und die von Zeugen beobachteten Jugend-

lichen seien "nicht rechtsradikal, und sie haben auch nichts mit den Schüssen zu tun". Für Beruhigung sorgten diese Auskünfte in Bracht nicht. Der Jagdpächter des Waldgebiets legte nach: "Mehrere kahlgeschorene junge Männer" habe er im Sommer 93 beobachtet. Zweimal habe er "Rechtsradikale mit großen Hunden - ich würde sagen Kampfhunde - gesehen". Ebenfalls im Sommer 93 hätten Unbekannte in dem Waldstück Schießübungen absolviert. Geschoßteile seien von der Polizei sichergestellt worden. Im Dezember 93 habe ein Jagdgast drei junge Männer in Tarnanzügen entdeckt, die ein Gewehr dabei hatten. Daß es sich dabei um Soldaten gehandelt haben könnte, hielt der Jagdpächter für unwahrscheinlich: Die drei hätten sofort Reißaus genommen, als sie den Jäger auf dem Hochsitz entdeckten. Andere Zeugen hatten am 8. Mai und im Juni 1994 Schüsse im Wald gehört. Vor dem Vorfall im Juni seien Skinheads im Dorf gewesen, um zu fragen, wo's was zu trinken gebe - und wie man in das Waldgebiet gelange. (Ein Waldgebiet übrigens mit "Tradition": "Feuerleitstelle" nennen es Ältere zuweilen. Zum Kriegsende lag dort eine SS-Einheit.) Auffällig auch eine weitere Beobachtung: Als ein Brachter Bürger 1993 per Annonce ein ausrangiertes Bundeswehrfahrzeug anbot, tauchten drei oder vier junge Leute auf, die sich für den Wagen interessierten. Einer von ihnen habe unter dem Mantel eine Maschinenpistole mit sich geführt. Als einem anderen die Jacke hochrutschte, sei eine Pistole zum Vorschein gekommen.

Gemeinsam mit anderen deutschen und niederländischen "Kameraden" versuchten Sauerländer Neonazis Mitte Juli 1994 in Venlo zu demonstrieren. Bundesweit hatte die Neonaziszene zu Solidaritätswochen vom 2. bis 17. Juli wegen der drohenden Verbote von FAP und NL aufgerufen. Die Venloer Demonstration sollte einen der Schlußpunkte dieser Solidaritätswochen bilden. Rund 70 Neonazis kamen nach Venlo, darunter etwa 30 aus den Niederlanden.

Anfang August 1994 scheiterte der Versuch der Neonazis, anläßlich des zweiten Todestages von Thomas Fink eine Gedenkveranstaltung zu organisieren. Vermutlich im Allendorfer Stadtteil Niederklein hatten sich die 150 bis 200 Neonazis versammeln wollen, was allerdings aufgrund polizeilicher Präsenz an den zuvor festgelegten Treffpunkten scheiterte. In Winterberg trafen sich zwischen 50 und 60 Neonazis. In einem Pkw fand die Polizei eine Gaspistole und einen Baseballschläger. Zehn Personen, die dem von der Polizei ausgesprochenen Platzverweis nicht Folge geleistet hätten, seien in Gewahrsam genommen worden, hieß es später. Einer von ihnen wurde in Haft genommen, weil gegen ihn ein Haftbefehl vorlag. Weitere Treffpunkte waren der Flugplatz in Allendorf und die Korbacher Innenstadt. In Niederklein wurden rund drei Dutzend Personen Platzverweise erteilt. Darunter waren auch "Prominente" der bundesdeutschen Neonaziszene. Nach Niederklein gekommen waren unter anderem Christian Worch, "Kopf" der Hamburger NL und Organisator der "Rudolf-Heß- Gedächtnismärsche", der zwischenzeitlich als DN-Bundesvorsitzender fungierende Michael Petri sowie Norbert Weidner. Am Abend dieses 6. August sollte im Raum Erndtebrück eine Ausweichveranstaltung stattfinden. Mit 17 Pkw fuhren die Neonazis von Nord-Hessen nach Wittgenstein. Ein Gastwirt in Erndtebrück-Benfe verweigerte der Gruppe den Saal, als er sah, was für Gäste da Einlaß begehrten. Starke Polizeikräfte aus Hessen und NRW, die das Lokal und den Parkplatz umstellt hatten, stellten die Personalien fest und durchsuchten die Fahrzeuge der Neonazis. Dabei fanden sie unter anderem Propagandamaterial und Baseballschläger. Die hessischen Neonazis - rund zwei Dutzend - wurden schließlich, begleitet von Siegener Polizeibeamten und einem Zug der Bereitschaftspolizei, zur Landesgrenze zurückgebracht. Gegen zehn Personen aus NRW seien ebenfalls Platzverweise ausgesprochen worden, teilte die Polizei mit. Per Fax kündigte der Netphener FAP-Aktivist Romero-Sauer später eine weitere Aktion für das folgende Wochenende an - das Wochenende, an dem die Neonazi-Szene wieder zum Gedenken an Rudolf Heß aufmarschieren wollte: "Daß wir uns nicht so behandeln lassen, wird sich am kommenden Wochenende eindrucksvoll manifestieren."

Für die Neonazis wurde der "Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch" 1994 zum Desaster. Bundesweit wurden am 13. und 14. August 250 Neonazis festgenommen. Etwa 180, die vor der deutschen Botschaft in Luxemburg demonstrieren wollten, wurden von der Gendarmerie überwältigt und am Abend nach Deutschland abgeschoben. An der Aktion in Luxemburg waren nicht unerheblich Aktivisten der FAP, SAF und der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) aus Nordrhein-Westfalen beteiligt. Zu den in Luxemburg Festgenommenen gehörte auch Thomas Kubiak. Wieder im Sauerland angekommen, wurde er von Sonntag morgen bis Montag um 24 Uhr in polizeilichen Gewahrsam genommen, um weitere Anläufe zu Aktionen zu unterbinden. Die Polizei hielt ihn für einen der drei regionalen Hauptorganisatoren des "Rudolf-Heß-Gedächtnismarsches". Die drei seien "auch weiterhin bestrebt, öffentlichkeitswirksam weitere Aktionen der Rechtsextremen darzustellen bzw. zu steuern". Bei den beiden anderen "Hauptorganisatoren" handelte es sich nach Polizeiangaben um den damaligen NRW-Landesvorsitzenden der FAP, Siegfried Borchardt aus Dortmund, sowie um Andree Zimmermann. Auch am darauffolgenden Wochenende, dem zweiten der "Heß-Aktionswoche", wurden Kubiak und Borchardt in Gewahrsam genommen.

Eine Woche später ging es wieder nach Belgien: Aktivisten der SAF fuhren wie im Vorjahr zur "Ijzerbedevaart" ins belgische Dijksmuide. Unter den 1.000 Neonazis aus ganz Europa und aus Südafrika, die angereist waren, um die Möglichkeit zu einem legalen, europaweiten Treffen zu nutzen, stellten deutsche Neonazis neben den belgischen Teilnehmern das stärkste Kontingent. Vertreten waren unter anderem die FAP, die JN, die "Wiking-Jugend" und natürlich die SAF.

Am "Volkstrauertag" 1994 legten etwa 20 Neonazis, darunter auch Angehörige der SAF, auf dem Soldatenfriedhof in Meschede-Eversberg einen Kranz mit der Aufschrift "Den gefallenen Helden - Kameradschaften Sauer-

land, Siegerland, Nordhessen" nieder.

1995

Das Jahr 1995 begannen die Sauerländer und Siegerländer Neonazis mit einem medialen Paukenschlag. Sie schafften den Sprung in's "Morgenmagazin" des Westdeutschen Rundfunks. In den Regionalnachrichten des WDR-Studios Siegen hieß es am 19. Januar frühmorgens um 6.30 Uhr: "Ein Begegnungszentrum für nationale Bürger und Jugendliche plant ein sogenanntes 'Aktionsbündnis Nationaler Widerstand'. Wie aus einer Presseerklärung der 'Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei Olpe' hervorgeht, haben sich in Südwestfalen alle nationalen Parteien, Vereine sowie Freundeskreise zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Neben der 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' aus Siegen, Olpe und dem Hochsauerlandkreis wird das Bündnis beispielsweise auch von der 'Deutschen Liga für Volk und Heimat Siegerland' getragen. Das Bündnis kündigt für die nächste Zeit einige spektakuläre Aktionen an." Ähnlich klang es in den 7.30-Uhr-Nachrichten. Und eine Stunde später dann: "Spektakuläre Aktionen hat das 'Bündnis Nationaler Widerstand' angekündigt. Zu dem Aktionsbündnis haben sich 16, zum Teil rechtsradikale, Parteien sowie sogenannte 'nationale Vereine und Freundeskreise aus Südwestfalen' zusammengeschlossen, darunter die 'Nationaldemokratische Partei Deutschlands' aus Siegen, Olpe und dem Hochsauerlandkreis und die 'Deutsche Liga für Volk und Heimat Siegerland'."
Öffentlich erkennbare Folgen zeigte diese medial aufgebauschte, nicht ganz ernst zu nehmende Ankündigung einer Kooperationsbereitschaft über Organisationsgrenzen hinweg zunächst einmal nicht. Immerhin: Zumindest verbal bemühten sich Neofaschisten fast aller Schattierungen in Südwestfalen um Zusammenarbeit - ein Bemühen, das bundesweit erst einige Monate später -in der Form der "Runden Tische"- Schlagzeilen machte.

Ende Januar nahmen Aktivisten der SAF und der FAP an einer Vortragsveranstaltung im rheinland-pfälzischen Herdorf teil. Nicht zum ersten Mal, so stellten Beobachter der Siegener Szene fest, wichen die Neonazis aus Südwestfalen über die Landesgrenze aus, um möglichst ungestört aktiv werden zu können. Ein Vierteljahr zuvor hatten einige von ihnen an einem Sonderparteitag der FAP in Friesenhagen (Westerwald) teilgenommen: Der Saal war mit mehreren Hakenkreuz-Fahnen geschmückt. Einige Teilnehmer erschienen in FAP-Uniformen und begrüßten sich mit dem Hitler-Gruß.

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft nahm die Ermittlungen gegen 57 Personen wegen der Verwendung von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen auf. Mitte Februar 1995 startete sie eine bundesweite Razzia, die sich auch gegen den FAP-Chef Friedhelm Busse richtete. Der Schwerpunkt der Razzia lag in Nordrhein-Westfalen, wo allein 51 von bundesweit insgesamt 66 gefilzten Wohnungen durchsucht wurden. Auch im Hochsauerland, in Olpe und im Siegerland waren die Ermittler unterwegs. In Meschede, Winterberg und Bestwig wurden allein neun Wohnungen durchsucht. Auch in Züschen, Olpe, Wenden, Freudenberg und Netphen fanden Hausdurchsuchungen statt. Bundesweit stellte die Staatsanwaltschaft dabei umfangreiches Propagandamaterial, Gas- und Schreckschußwaffen, Luftgewehre sowie mehrere Totschläger sicher.

Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet kamen am Freitag, 28. April 1995 zu einem Treffen am Sportplatz in Erndtebrück-Schameder (Wittgenstein) zu einem "Grillfest". Am Montag darauf (1. Mai 1995) griffen im wenige Kilometer entfernten Bad Berleburg rund 30 mit Kampfstiefeln und Bomberjacken ausstaffierte und zum Teil vermummte Neonazis - "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" schreiend und Steine werfend - eine Gruppe von etwa zehn MigrantInnen an.

Ihre Fähigkeit, auch größere Veranstaltungen auf die Beine stellen zu können, bewiesen die Sauerland-Nazis wieder einmal, als sie Ende Mai in der Mescheder Schützenhalle ein Skinkonzert organisierten. Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal griffen sie zum Mittel der Täuschung, um an Halle, Equipment etc. zu gelangen, ohne daß jemand Verdacht schöpfen konnte. Gemietet war der große Speisesaal nicht für ein Konzert, sondern für eine "Geburtstagsfeier": Per Mobiltelefon warnten die Veranstalter anreisende Besucher des Konzerts vor den Polizeikontrollen und steuerten sie zur Schützenhalle bzw. zu Treffpunkten außerhalb von Meschede. Letztendlich vergnügten sich rund 150 Nazi-Skins aus Südwestfalen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg an den Klängen von drei Bands. Mit dabei waren die "Doitschen Patrioten" aus Magdeburg (aus einem der Songtexte: "Rudolf Heß, bei diesem Namen schlagen deutsche Herzen hoch"), "Mjöllnir", sowie die "Triebtäter". Nach Konzertende wurde mehrere Jugendliche von Konzertbesuchern angegriffen und verletzt.

Einige SAF-Aktivisten machten sich am folgenden Pfingstwochenende auf den Weg in die Niederlande. "Ein besonderer Tag sollte es werden", berichtete das "Nationale Infotelefon Rheinland": Während die deutsche FAP inzwischen verboten war, machten sich niederländische "Kameraden" daran, eine solche FAP ("Fundamentalistische Arbeiterpartei") neu zu gründen. Und zur Feier des Tages sollte auch demonstriert werden. Trotz Verbots marschierten am Ende rund 50 Neonazis in Rotterdam auf. Mit dabei waren laut NIT Rheinland "Kameraden aus dem Sieger- und Sauerland". Unter anderem: Andree Zimmermann, Thomas Kubiak, Michael Krick, Michael Petri und die Neonazi-Aktivistin Melanie Dittmer aus dem Ruhrgebiet. Nach wenigen Minuten löste die niederländische Polizei die Versammlung auf. Fast alle TeilnehmerInnen wurden vorläufig festgenommen und nach einigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Engagement der "Kameraden aus dem Sieger- und Sauerland" empfahl das NIT auch anderen zur Nachahmung: "Wünschenswert wäre eine in Zukunft noch stärkere Beteiligung von Nationalisten aus dem Rheinland."

Zwei Wochen später waren SAF'ler in Rheine zu Gast - bei "nationalrevolu-

tionärer Rockmusik, Grillgut und deutschem Bier". Die dortigen "Kameraden" hatten die Unterstützung ihrer Gäste nötig, klagten sie doch über "Medienhetze, staatliche Repression und linke Anfeindungen nach mehreren Skinheadkonzerten". Durch das Treffen an jenem 24. Juni hätten sie bewiesen, daß sie sich nicht unterkriegen lassen würden, resümierte das NIT Rheinland.

Es hat schon Tradition: Anfang August trifft sich die Sauerländer Szene mit ihren Spezies von der verbotenen FAP, der verbotenen NL und den "Deutschen Nationalisten" (DN), um an Thomas Fink, den, wie es in einem an die Presse gerichteten Fax von Thomas Kubiak hieß, "unvergessenen Kameraden und Freund", zu erinnern. 1994 hatte die Polizei das Treffen verhindert. 1995 waren die Neonazis mit ihrem konspirativen Vorgehen wieder erfolgreich. Christian Worch, Siegfried Borchardt, Thorsten Heise von der FAP Niedersachsen und Michael Petri sprachen bei der Veranstaltung, die von einer "Nationalistischen Autonomen Basis Siegerland, Sauerland, Wittgenstein, Nordhessen" bzw. einem "Autonomen nationalistischen Koordinierungskreis Siegerland / Sauerland / Wittgenstein / Nordhessen" organisiert worden war. Laut Polizei 70, laut NIT 150 Teilnehmer versammelten sich an jenem ersten Samstag im August in Usseln (Willingen). Die Polizeibeamten vor Ort sahen keine Veranlassung zum Einschreiten. Den Saal habe ein Winterberger für eine Geburtstags-Nachfeier angemeldet, ließ der Beigeordnete der Stadt Willingen verlauten.

Ebenfalls Tradition hat die Teilnahme Sauerländer Neonazis an den "Rudolf-Heß-Gedächtnismärschen". Ob sie auch 1995 bei den Aufmärschen in Roskilde (Dänemark) oder Schneverdingen (Niedersachsen) mit von der Partie waren, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. In der vom der SAF herausgegebenen Zeitschrift "Freie Stimme" Nr. 7 finden sich Berichte über beide Aufmärsche.

War die "Heß-Aktionswoche" nicht nach dem Geschmack der Neonazis verlaufen, wollten sie sich beim jährlichen Neonazitreffen am Rande der flämischen Ijzerbedevaart schadlos halten. Doch auch dieses Treffen verlief nicht so wie geplant. In der Nacht zum 27. August 1995 lieferten sich belgische, deutsche, französische und niederländische Neonazis in Diksmuide eine Straßenschlacht mit der Polizei. Sie hatten 40 festgenommene "Kameraden" befreien wollen. 240 Neonazis wurden aus Belgien ausgewiesen, darunter 144 Deutsche.



ältere Visitenkarte eines SAF-Aktivisten (nicht mehr aktuell)

In diesen Herbstwochen gab die Dortmunder Staatsanwaltschaft bekannt, daß sie ihr Ermittlungsverfahren gegen die SAF-Gründer wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" einstellen werde. Die Beweise würden nicht ausreichen. Vermutlich mit Blick auf die erste große Razzia im November 1993 hieß es bei der Staatsanwaltschaft: "Wir haben die SAF in einer Aufbauphase erwischt. Sonst hätte es zur Gründung einer kriminellen Vereinigung kommen können." Die weiteren Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurden von der Staatsanwaltschaft in Arnsberg fortgesetzt. Unterm Strich war man bei der Dortmunder Staatsanwaltschaft - trotz der fortgesetzten Aktivitäten der Neonazis im Sauerland - zufrieden: "Wir haben die Gruppe erfolgreich bekämpft."

Derweil mußten im September fünf Arnsberger Neonazis auf der Anklagebank des Jugendgerichts ihrer Heimatstadt Platz nehmen. Was von dieser Gruppe "für Provokationen gegen Ausländer und auch deutsche Nachbarn ausging, übertraf sehr häufig den Rahmen des Zumutbaren", hieß es in dem Gerichtsbericht der WR: "Da wurden auch schon mal Türken gejagt, Leute mit widerlichen Parolen beschimpft und hin und wieder kräftig zugeschlagen und getreten." Zwei der Angeklagten verurteilte das Gericht wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beleidigung und Nötigung zu Haftstrafen. Einer der zentralen Anklagepunkt blieb jedoch ungeahndet: Am 20. April 1994 war eine Gruppe von Neonazis, die an diesem Tag "Führers Geburtstag" gefeiert hatten, vor eine Wohnung in der Arnsberger Straße in Hüsten gezogen. Dort riefen sie rassistische Parolen und: "Komm raus, du Schwein. Wir schlagen dich tot." Dann flogen dicke Steine gegen die Tür. Als das Opfer die Tür öffnete, traf ihn einer der Pflastersteine am Ellenbogen. Die Täter waren schon über alle Berge, als die Polizei eintraf. Das Gericht entschied: Die Täter könnten in diesem Fall nicht einwandfrei festgestellt werden - Freispruch. Nicht so sehr diese Entscheidung, sondern etwas anderes stieß dem WR-Berichterstatter besonders sauer auf: "Was ins Auge fiel, war die Tendenz, das rechtsradikale Gedankengut, das bei den Taten meist eine Rolle spielte, zu verharmlosen oder zu verschweigen. So wurde einmal bei der Verfolgung von zwei jungen Türken immer wieder skandiert: ‚Deutschland den Deutschen, Ausländer raus'. Gerade in einem Jugendgerichtsverfahren wäre die Aufarbeitung des politischen Hintergrunds sicherlich angebracht gewesen. So beschränkte man sich halt nur auf die Straftaten wie Sachbeschädigung, Körperverletzung oder Beleidigung, ohne den menschenverachtenden Hintergrund zu berücksichtigen oder mit einzubeziehen."

Die Grünen-Kreistagsfraktion forderte am 20. Juni 1995 über eine Kreistagsanfrage Landrat Franz-Josef Leikop (CDU) um Auskunft auf insgesamt 17 Fragen zum Thema "Rechtsextremismus im Sauerland". Die Antwort ließ auf sich warten. Ende

September bequemte sich der Landrat zu antworten. 157 Straftaten mit ausländerfeindlichen oder anderen rechtsextremen Hintergründen wurden danach von August 1992 bis Mitte 1995 im Hochsauerland registriert. Zehn Versammlungen mit rechtsextremem Hintergrund seien der Kreispolizeibehörde seit 1991 bekannt geworden. Als rechtsextreme Gruppen, die im HSK aktiv waren oder noch aktiv sind, nannte der Landrat lediglich die SAF und die FAP. Verneint wurde von ihm die Frage, ob Mitglieder der SAF inzwischen unter anderen Gruppennamen aktiv seien. Unberücksichtigt blieben dabei zum Beispiel die Bezeichnung "Nationale Jugend", die zuvor wiederholt benutzt worden war, und die Firmierung "Nationale Autonome Basis", unter der die Sauerland-Nazis im August 95 beim Fink-Gedenken aufgetreten waren.

Über die Situation der SAF räsonierte in diesen Tagen auch Manfred Bartschek, der Leiter der Unterabteilung Staatsschutz bei der Polizei in Dortmund in einem Gespräch mit der WP (17.Oktober 1995). "Die Klientel ist sicher immer noch vorhanden. Doch so, wie wir die Gruppe damals eingeschätzt haben, besteht sie heute nicht mehr." Einige der führenden Vertreter seien abgesprungen. Sie hätten glaubhaft versichert, daß sie nichts mehr mit der Szene zu tun haben wollten, wurde der Dortmunder Polizist zitiert. Einer, der zu diesem Zeitpunkt angeblich nichts mehr mit der Szene zu tun hatte, stand einen Monat später wieder einmal vor dem Mescheder Jugendgericht. "In keinster Weise", so versicherte der 20jährige Freienohler Marcel Oestersporkmann, denke er noch so wie früher. Aber offenbar hatte er noch "so wie früher" gehandelt, als er am Rande des Freienohler Schützenfests einen 22jährigen Linken derart zusammengeschlagen hatte, daß der unter anderem mit einem Augenhöhlenbruch fünf Tage im Krankenhaus liegen mußte und zwei Wochen krankgeschrieben war. Zu sechs Monaten auf Bewährung und einer Geldbuße von 1.000 DM verurteilte das Gericht Oestersporkmann.

Während die einen in Freienohl ihr Unwesen trieben, trieb es die andere über die Landesgrenzen in die Niederlande. Mitte Oktober 1995 marschierten einige Dutzend Neonazis aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland in der Grenzstadt Sittart auf, um für die Freilassung des NSDAP-AO-"Führers" Gary Lauck zu demonstrieren. Mit dabei waren auch wieder einmal Mitglieder der SAF. Als die Neonazis versuchten, eine Polizeisperre zu durchbrechen, wurden einige von ihnen verletzt. Rund 30 Teilnehmer seien festgenommen worden, berichtete das NIT Rheinland. Die Deutschen seien einige Stunden später an der Grenze den BRD-Behörden übergeben und von denen umgehend entlassen worden.

"Kniola: Sauerländer Neonazis bilden Netzwerke im Ausland" meldete die WP (18.1.96) in einer Schlagzeile. Sie stützte sich dabei auf eine Antwort des NRW-Innenministers auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Roland Appel. Kniola ordnete darin die SAF den "mobilen Neonazi-Aktivisten" zu, "die sich auch an überörtlichen rechtsextremistischen Veranstaltungen, auch im Ausland, beteiligen". Kontakte nach Dänemark, Belgien und in die Niederlande erwähnte Kniola in seiner Antwort auf die Landtagsanfrage.

Offenbar reichten der SAF ihre Möglichkeiten, für sich zu werben und für Interessenten ansprechbar zu sein in diesem Herbst 1995 nicht aus. Ab 20.Oktober ließ sie über die Infotelefone eine Winterberger Telefonnummer verbreiten, unter der sie direkt zu erreichen sei.

Auf die "Freie Stimme" hatte zu diesem Zeitpunkt auch die Staatsanwaltschaft ein Auge geworfen. Als Mitte Dezember in Erndtebrück (Wittgenstein) die Wohnung eines Neonazis durchsucht wurde, nahmen die Polizisten jedenfalls auch die Ausgabe Nr. 6 der "Freien Stimme" mit.

1996

Und zu allem Überfluß interessierten sich auch Politiker für das braune Schrift-"Gut" aus dem Sauerland. Per Landtagsanfrage hatte der Fraktionssprecher der Grünen, Roland Appel, Auskunft gewünscht über die "Freie Stimme". Mitte Januar 1996 antwortete NRW-Innenminister Kniola. Auf 2.000 Exemplare schätzte sein Haus die Auflagenhöhe der "Freien Stimme". Finanziert werde sie durch Verkaufserlöse - das Heft kostet 3 DM -, aber auch durch Spenden. Bezieher seien unter anderem auch bekannte neonazistische Funktionäre im gesamten Bundesgebiet, die ihre Gruppierungen durch größere Bestellungen versorgen würden. Im Gesamtgefüge der rechtsextremistischen Publikationen sei die "Freie Stimme" nicht von Bedeutung, da sie fast keine Außenwirkung erziele. Sie habe jedoch für die kleine Neonazi-Szene im Kreis Siegen und im Hochsauerlandkreis eine nicht zu unterschätzende interne Bindungswirkung, da andere organisatorische Bindungen durch die Vereinsverbote der letzten Jahre weitgehend entfallen seien.

Pünktlich zum Jahrestag von Hitlers "Machtergreifung" wollten es die Sauerländer und Siegerländer Neonazis noch einmal mit einer Demonstration versuchen. In Siegen, Kreuztal, Frankenberg, Essen und Frankfurt/Main meldeten sie Demonstrationen für den 30. Januar 1996 an, die allerdings alle verboten wurden. Im Falle Frankenbergs - dort hatte sich die Polizei offenbar auf einen Aufmarsch trotz des Verbots vorbereitet - drohte das NIT Westfalen anschließend: Die Stadt müsse "sich auch in Zukunft auf unruhige Zeiten gefaßt machen. Denn, wer weiß, vielleicht nimmt der nationale Widerstand sein Recht auf Demonstrationsfreiheit demnächst spontan wahr, und Herr Eichenlaub (Frankenbergs Bürgermeister, d. Verf.) muß mit seinen drei Dorfpolizisten zuschauen".

In diesen Tagen hatten sich zwei neonazistische Skinheads aus der Mescheder Szene vor dem örtlichen Amtsgericht zu verantworten. Wegen Körperverletzung verurteilte das Gericht den 23jährigen Mescheder Jürgen Zeidler - unter Einbeziehung einer früheren Verurteilung wegen Diebstahls - zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten, die auf vier Jahren zur Bewährung ausgesetzt wurde. Außerdem wurde ihm aufgetragen, eine Geldbuße von 2.500 Mark an den Kinderschutzbund zu zahlen bzw. -

weil total überschuldet - Sozialstunden abzuleisten. Der 23jährige hatte im Oktober 1993 einen damals 36 Jahre alten Musikschullehrer brutal zusammengeschlagen. Der Musikschullehrer hatte ihn zur Rede stellen wollen, weil er einen Aufkleber mit der Aufschrift "Ausländerhaß - wir sagen nein" von seinem Auto abgerissen hatte. Bei seinem Opfer entschuldigen mochte sich der 23jährige auch in der Gerichtsverhandlung nicht, versicherte nur, daß er seine damalige Einstellung heute "total albern" finde und mit der Szene nichts mehr zu tun habe.

Ende März 1996 war man wieder einmal in den Niederlanden zu Besuch. Bei einer Demonstration in Leerdam tauchen die CP86 und die FAP der Niederlande, sowie die SAF auf, darunter Andree Zimmermann, Thomas Kubiak und Michael Krick.

Nicht zum ersten Mal wurde am 20. April 1996 Hitlers Geburtstag gefeiert. Diesmal in der Gaststätte "Zur Post" in Meschede-Wennemen, einem inzwischen schon festen Treffpunkt der SAF. Während das Fußvolk der Szene am 30. April bei einer Tanzveranstaltung und am 1. Mai am Hennesee für Stunk sorgte, war Andree Zimmermann an diesem Tag beim Neonazi-Aufmarsch in Berlin-Marzahn mit von der Partie. Dort marschierten rund 300 Nazis, um mit Sprüchen wie "Gegen Staat und Kapital - unser Kampf ist national" den Tag der Arbeit auf ihre Art und Weise zu begehen.

Als am 9. Mai 1996 vor dem Hamburger Landgericht der Prozeß gegen den "Führer" der NSDAP/AO, Gary Lauck begann, wollten neben dem Niederländer Martijn Freling und dem JN-Aktivisten Sascha Wagner auch Mitglieder der SAF ihre Solidarität mit dem NS-Propagandisten beweisen. Wochen vorher hatte Thule-User "Lutscher" alias Andree Zimmermann aufgerufen: "Unterstützt Kamerad Lauck in Hamburg! Schon morgen kann jeder auf der Anklagebank sitzen!"

Bei der inzwischen schon sechsten Hetendorfer Tagungswoche Mitte Juni 1996 waren neben Steffen Hupka, Thomas Wulff, Torsten de Vries, Falco Schüssler und Bernd Stehmann auch die Sauerländer Neonazis mit von der Partie - zum Schutz des Heideheims "gegen mögliche Angriffe" von "Rotfaschisten", wie das Nationale Infotelefon Rheinland mitteilte.



Andree Zimmermann (rechts) am 1.Mai 97 in Hann. Münden

Als am 17. August 1996 in Worms 250 Neonazis aufmarschierten, hatte Andree Zimmermann seine Arbeit schon getan. Zimmermann, währendessen einer der Köpfe der SAF, fungierte als Sprecher jenes "Aktionskomitees", das den Marsch vorbereitete und gleichzeitig - als Bündnis von "unabhängigen Kameradschaften", den "Nationalen" und der NPD/JN - ein Beispiel der "nationalen Einheit" sein sollte. Zimmermanns Telefonanschluß im heimischen Winterberg diente im Vorfeld von Worms als "anlaßbezogenes Infotelefon" für die Mobilisierung. Unter seiner und der Regie Thomas Kubiaks fand zwei Wochen vor der Aktion in Worms eine Veranstaltung in dem Bad Berleburger Ortsteil Arfeld statt, das auch der Vorbereitung von Aktionen zum Heß-Todestag diente. Redner waren dort Constant Kusters und die Berliner Nazis Schwerdt und Wendt. Und als am Tag von Worms dort 150 Neonazis festgenommen wurden, waren darunter rund 40, die der SAF zugerechnet werden können. Zimmermann betätigte sich vor Ort als "Anti-Antifa"-Fotograph und suchte die schützende Nähe zur Polizei, die ihn gewähren ließ.

Am "Tag der Deutschen Einheit" versammelten sich in Bonn 150 Neonazis. Auch die SAF'ler, darunter Michael Krick und Thomas Kubiak, lauschten den Reden des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, des JN-Vorsitzenden Holger Apfel und des ehemaligen "Wiking-Jugend-Führers" Wolfgang Nahrath.

Auch beim "Pressefest" des neofaschistischen "Europa Vorn"-Verlags von Manfred Rouhs am 26.Oktober 1996 in Eschweiler war die SAF vertreten. Per PKW-Konvoi reisten ca. 20 Personen an.

1997

Vor den Marburger StudentInnenparlamentswahlen lud die REP-Hochschulgruppe zu einer Veranstaltung am 6. Januar 1997 mit dem stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Hans Hirzel ein. Die Veranstaltung, zu der neben Burschen auch Teile der lokalen braunen Prominenz und Mitglieder der SAF, unter anderem Thomas Kubiak und Andree Zimmermann, gekommen waren, konnte von etwa 200 entschlossenen GegendemonstrantInnen verhindert werden.

Am 1. Februar 1997 lud die "Weerwolf-Kameradschaft Antwerpen" zum Jahrestag von Hitlers "Machtübernahme" ein. Angeblich waren 150 Neonazis anwesend, darunter nach Angaben des NIT Rheinland auch 60 aus der BRD. Auch die die Sauerländer seien dabei gewesen. Andree Zimmermann hätte sogar eine Rede halten dürfen.

Beim größten Neonazi-Aufmarsch seit fast 30 Jahren am 1. März 1997 in München demonstrierte auch eine Busladung Sauerländer dafür, daß "unsere Großväter keine Verbrecher" waren. Mit dabei in der vordersten Reihe auch Michael Krick.

Fuldabrück-Dittershausen bei Kassel, 8. März 1997: Als die "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG) in dem kleinen Örtchen ihre Mitgliederversammlung abhielt,

gehörten die Sauerländer nicht nur zu den Anwesenden. Thomas Kubiak hatte die als Treffen eines Hundeclubs angemeldete Veranstaltung organisiert und die Koordination der anreisenden Neonazis übernommen.

Im März 1997 erschien in mehreren Publikationen (u.a. "Moonstomp", "Hamburger Sturm") eine Anzeige über die Gründung einer "Sauerländer Tonträgerproduktion" in Winterberg. Hinter dieser Tonträgerproduktion dürften Bernd Krick (der seit kurzem in Winterberg lebt) und Andree Zimmermann stecken.

20. April 1997: Zimmermann sprach neben Glimmerveen und Erikson, einem "autonomen Nationalisten aus Siegen" u.a. bei einer Veranstaltung im Benelux-Raum "zu Ehren des letzten demokratisch gewählten Reichskanzlers des deutschen Volkes", wie das NIT Rheinland mitteilte. Das NIT berichtete darüber hinaus, daß Zimmermann im März 1998 bei den Kommunalwahlen in den Niederlanden in Kerkrade als Stadtratskandidat der CP 86 antreten werde.

1. Mai 1997: Nachdem der NPD-Aufmarsch in Leipzig verboten worden war, beteiligten sich SAF-Mitglieder an einer neonazistischen Kundgebung in Hannoversch-Münden bei Kassel.

Publikationen

::Publikationen

Zur Vernetzung der neonazistischen Szene trägt die "Sauerländer Aktionsfront" auch mit einigen Publikationen bei: mit dem Skin-Fanzine "Moonstomp", der Publikation "Fälischer Beobachter", dem in Siegen erscheinenden Hooligan-Blatt "Bärenruf" und mit der Zeitschrift "Freie Stimme".

Fälischer Beobachter:

Dieses von Michael Krick herausgebrachte Blatt erschien nur einmal. Michael Krick wurde aufgrund dieser Ausgabe am 28. Januar 1997 wegen Verwenden von Kennzeichen verbotener Organisationen, Verunglimpfung des Staates und Volksverhetzung zu acht Monaten auf Bewährung und 3000 DM verurteilt.

Moonstomp:

Im Frühjahr 1994 kam das erste Heft heraus. Anfangs wurde eine Auflage von 1.100 Exemplaren angegeben. In einem späteren Heft schrieb Bernd Krick einmal von 600 Lesern. Der Inhalt entspricht dem vieler anderer Skinhead-Fanzines: Konzertberichte, Interviews mit Bands aus der Skin-Szene, Plattenbesprechungen, Neuigkeiten aus der Szene, auch über die Grenzen der BRD hinaus, Hinweise auf andere Fanzines. Krick verfügt über ausgezeichnete Kontakte zur gesamten Konzert- und Bandszene in der BRD - eine Tatsache, die es erklärlich macht, daß er bereits seit mehr als drei Jahren das Heft herausgeben und immer wieder neu füllen kann. Der Aufbau des "Sauerland Tonträgervertriebs" deutet auf eine weitere Intensivierung seiner Tätigkeit.

Bärenruf:

Das Fanzine "Siegener Bärenruf" erscheint etwa vierteljährlich seit Anfang 1996. Die SAF nennt als Zielgruppe Hools und Fans des Fußballvereins "Sportfreunde Siegen". Die Herausgeber Steffen Ostehr (Siegen) und Martin Scheele sind langjährige SAF Aktivisten. Die Auflagenhöhe wird mit 150 angeben, dürfte wahrscheinlich aber noch nicht einmal diese Zahl erreichen. Damit ist der Teil der Auflage, der an Personen außerhalb der Hool-Kameradschaft um die Herausgeber verteilt wird, relativ klein. Entsprechend der Zielgruppe des Fanzines nehmen Spielberichte bei den vorwiegend von den Herausgebern gezeichneten Artikeln einen Schwerpunkt ein. Der Versuch der Hool-Kameradschaft, sich im "Bärenruf" als Schlägertrupp darzustellen, und die wiederholte Betonung, daß sie nicht zur Gewalt aufrufen wollen, spiegeln die Gratwanderung zwischen ihrem Anspruch auf Militanz im Sinne einer "Volksfront gegen links" und der Angst vor staatlicher Sanktionierung wider. Die überregionale Zusammenarbeit findet beim Erstellen des Fanzines z.B. mit dem "Hamburger Sturm", "Moonstomp" und dem Lüdenscheider "Donner Versand" statt. Deutlich wurde die Orientierung dieser Hool-Kameradschaft auch bei ihrer Solidaritätsaktion für Gerhard Lauck (NSDAP/AO) am 3.12.1995 im Siegener Leimbachstadion, bei der sie sich als die "Autonomen Nationalisten" darstellten. Bei dieser offensichtlich mit den führenden Kadern der SAF koordinierten Aktion wurde auch ein Transparent "Freiheit für Lauck" aufgehängt. Berichte über diese Aktion wurden vom NIT verbreitet und drei Monate später unter dem Namen "NS-Widerstandskreis Siegerland / Sauerland" in der NSDAP/AO-Zeitschrift "NS Kampfruf" veröffentlicht.

Freie Stimme:

Im Sommer 1994 tauchte die erste Ausgabe der "Freien Stimme" auf. Sie wollte laut Eigendarstellung ein "Gegenstück zur etablierten Jugendpresse in Siegen sein". Inzwischen betrachtet die Neonaziszene die Zeitschrift als "Kampfblatt der autonomen Nationalisten aus Westfalen" und "Sprachrohr des nationalen revolutionären Widerstandes in Nordrhein-Westfalen".
Vertrieben wurde die "Freie Stimme" zunächst über ein Postfach in Netphen (Kreis Siegen-Wittgenstein), das auch als "Anti-Antifa"-Kontaktadresse diente und dem Netphener FAP-

Mitglied Romero-Sauer zugerechnet wurde. Seit Heft 6 nutzen die Neonazis ein Postfach in Bad Berleburg. Geldgeschäfte wickelt die "Freie Stimme" über ein Konto des SAF-Aktivisten Thomas Kubiak bei der Volksbank Frankenberg/Eder ab.

Anm.: Ein ausführlicher Artikel über die "Freie Stimme" kann der "Antifaschistischen Zeitung NRW" Nr. 12, Herbst 1996 entnommen werden. Kontaktadresse: ANTIFA-Zeitung NRW, c/o Infoladen, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal.

Thule-Netz:

Anfang 1996 tauchte - für die AutorInnen dieses Artikels erkennbar - erstmals ein Neonazi aus der SAF im neonazistischen elektronischen Thule-Netz auf. Viel spricht dafür, daß es schon damals Andree Zimmermann war, der unter dem Pseudonym "Schlaechter" die Verbindung zum Thule-Netz und damit auch zu anderen Neonazigruppierungen in der BRD hielt. "Schlaechter" warb für Broschüren des hessischen Neonazis Thomas Brehl (Langen), informierte über Gerichtsverfahren gegen die SAF-Szene, half mit, einen "Deal" des Berliner Neonazi - "Führers" Priem zu outen.
"Schlaechter" verschwand schnell wieder von der Bildfläche. Dafür tauchte am 2. März 96 "Lutscher" auf. Gleich mit seiner ersten Nachricht bemühte er sich um die weitere Vernetzung der Szene. Er bat um die Telefonnummern der Thule-Boxen, um sie in der Lüdenscheider Zeitschrift "Widerstand" und in der SAF-Publikation "Freie Stimme" verbreiten zu können. Mitte März verbreitete er einen Text von Christian Worch, mit dem zur Solidarisierung mit dem NSDAP/AO - "Führer" Lauck aufgerufen wurde. Und Lutscher rief aus diesem Anlaß selbst auch zur Solidarisierung und zur Zusammenarbeit auf: "Es wäre schön, wenn es bei ALLEN aus dem nationalen Lager mal eine Zusammenarbeit geben würde. Aber der eine kann nicht mit dem, der andere wiederum nicht mit einem anderen und so weiter. Dann hat einer was gegen den Nationalsozialisten, der andere etwas gegen den angepaßten BFB. Es muß doch möglich sein, daß man sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner trifft und der ist nun einmal bei einer Systemveränderung (ganz gleich ob einer wirkliche Demokratie will oder einer den Nationalsozialismus wieder einführen möchte... Abgrenzungsbeschlüsse und der Spott einzelner treibt nur einen tieferen Keil zwischen diejenigen, die im selben Boot sitzen (also wir alle)."
"Lutscher" warb neben der "Freien Stimme" und dem "Widerstand" auch für die "Westdeutsche Volkszeitung" (und für die dahinterstehende "Berlin-Brandenburger Zeitung"), den "Schwarzen Drachen", den "Donner-Versand", Michael Prümmers Buchdienst und Verlag, die HNG sowie für Thomas Wulffs "Solidaritätskomitee Christian Worch" und berichtete über zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen, darunter die Hetendorfer Tagungswoche, das Fink-Gedenktreffen oder das Koblenzer DA-Verfahren. Für das "Aktionskomitee Rudolf Heß 1996" verbreitete Zimmermann, der diesem Komitee selbst angehörte, dessen Mitteilungen im Thule-Netz.
Im Mai 1996 schaltete er sich massiv in die Auseinandersetzung innerhalb der und um die JN ein. Hierbei ließ er keine Gelegenheit ungenutzt, sich an die Spitze der NS-orientierten Kritiker des JN-Flügels "Progressive Nationalisten" um Andrè Goertz, Jan Zobel und Andreas Storr zu stellen. Solches "Gesindel" müsse aus der "nationalen Bewegung" verstoßen werden.
Im Mai 1996 begann Zimmermann, Adressen und Telefonnummern von politischen GegnerInnen im Thule-Netz zu verbreiten, angefangen mit Privatadressen von vermeintlichen Redaktionsmitgliedern der alternativen Düsseldorfer "Stattzeitung Terz" und einem Antirassismus-Telefon. Ab Mitte Juli 1996 setzte er kontinuierlich weitere Adressen und Telefonnummern in Netz, verbunden mit der Bitte an die "Kameraden", fehlende Angaben zu vervollständigen bzw. anzugeben, wer hinter den angegebenen Organisationen steckt. Angaben über jeweils zehn Personen, Organisationen oder Initiativen spielte er bis Ende September in mehr als 20 Folgen ins Thule-Netz ein: "Die Adressen sind nicht dafür da, daß sie gelöscht werden, sondern das ihr damit umgeht". Sein Ziel: "die Parasiten aus dem Dunkel zu ziehen. Wir kriegen sie ALLE!"
Und er warb für das Organisationskonzept der SAF: "Es gibt keine Kasse, keine ‚Führer', keine Satzung, kein Finanzstatut... Es gibt nur den Namen und eine ganze Menge politisch Interessierter EINZELPERSONEN!" Eine "Bundes- bzw. Reichsweite Zellenstruktur" wünscht er sich, eine Eingliederung der Gruppen in NPD oder JN lehnt er ab: "Es wäre zwar nicht gesagt, daß dann das Verbot kommen würde. Aber es würde keine einheitliche ideologische Linie geben. Und eine nicht einheitlich Denkende

bzw. HANDELNDE Gruppe ist dem Untergang geweiht. Das schöne Wort vom getrennt marschieren und vereint zuschlagen macht langsam aber sicher wieder die Runde."
Mitte Dezember 1996 war angeblich Schluß mit seinen Aktivitäten im Thule-Netz. "Lutscher" ließ den Betreiber der Kraftwerk-Mailbox, Kai Dalek ("Undertaker"), eine Nachricht verbreiten, in der er nicht nur seinen Ausstieg aus dem Thule-Netz, sondern auch seinen "sofortige Einstellung der politischen Aktivitäten" bekanntgab. Ernst nehmen mußte man das schon damals nicht. Schon bald tauchte Zimmermann als Schriftleiter der "HNG-Nachrichten" wieder auf, sowie als Redner bei Veranstaltungen zum Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis und zum Hitler-Geburtstag.

::Die Drahtzieher

Drahtzieher

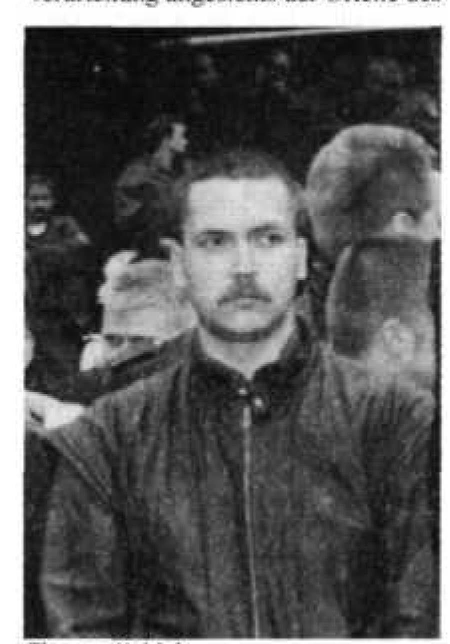
Thomas Kubiak

(2.3.1971)
übernahm nach Finks Tod die Organisation der SAF. Er koordinierte die Teilnahme der Sauerländer Neonazis beim "Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch" in Fulda 1993; er hielt die "Stammtische" der Neonazis im Hochsauerland zusammen; er war dabei, als im Mai 1993 Neonazis das Auricher Jugendzentrum Schlachthof angriffen; er fehlte auch nicht, als Neonazis aus Hamm und dem Hochsauerland im Dezember 1993 ein Flüchtlingswohnheim in Hamm angriffen; er war es, der in der Folge die Fink-Gedenktreffen organisierte. Kubiak arbeitet heute als Hilfskraft im elterlichen Betrieb, dem "Berghotel Kubiak" in Winterberg-Züschen, und hat dabei, wie es scheint, auch heute noch jede Menge Zeit für seine sonstigen Betätigungen, die sich ausschließlich auf seine Arbeit als "Nationalist", wie er sich vor Gericht gerne tituliert, beschränken.
Bei seinen bisherigen Gerichtsverhandlungen ist er stets am Ende mit einem blauen Auge davongekommen. Zu zwei Jahren und drei Monaten ohne Bewährung hatte ihn das Amtsgericht Medebach im Frühjahr 1996 verurteilt, nachdem bei ihm eine scharfe Splitter-Sprenggranate gefunden worden war. Doch das Landgericht Arnsberg reduzierte das Urteil im September auf ein Jahr mit Bewährung. Zu 18 Monate Haft verurteilte ihn das Amtsgericht Medebach im Dezember letzten Jahres, wegen seiner Mitwirkung beim Vertrieb der "Freien Stimme" und des Granatenbesitzes, zusammengefaßt in einer Gesamtstrafe. Ausdrücklich schloß das Gericht eine Strafaussetzung zur Bewährung aus: "Bei dem Angeklagten ist davon auszugehen, daß er auch in Zukunft weiter politisch motivierte Straftaten begehen wird." Erneut bewahrte ihn das Arnsberger Landgericht vor dem Gefängnis. Das Gewicht der Tat, wie es dem Angeklagten nachzuweisen sei, sei nicht besonders groß, meinte der Vorsitzende der Strafkammer und verurteilte Kubiak lediglich zu einer Geldstrafe von 3000 Mark. Vollends triumphieren konnte Kubiak, als das Mescheder Amtsgericht ein Verfahren gegen ihn wegen Landfriedensbruch, Volksverhetzung und Sachbeschädigung einstellte: Zum einen, weil die Zeugenaussagen vier Jahre nach den Taten naturgemäß unpräzise waren, zum anderen, weil eine mögliche Verurteilung angesichts der Urteile des Landgerichts Arnsberg nicht mehr ins Gewicht falle.

Weitere Perspektiven habe er schon, wolle sie aber vor Gericht nicht bekanntgeben, erklärte

Andree Zimmermann

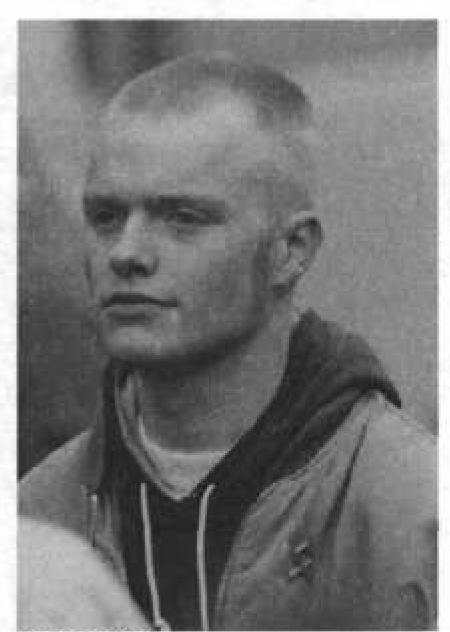
(28.7.1973),
als er sich im März 1994 vor dem Jugendschöffengericht Olpe wegen der Durchführung einer verbotenen "Spontanveranstaltung gegen Justiz- und Behördenwillkür" verantworten mußte. Zu diesem Zeitpunkt hatte der damals 20jährige bereits vier Verurteilungen hinter sich: wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, wegen unerlaubten Waffenbesitzes, wegen des Verbreitens verfassungsfeindlicher Symbole - und schließlich wegen gefährlicher Körperverletzung: Im Januar 1993 hatte er einen 19jährigen mit einem Messerstich verletzt. Seine weiteren Perspektiven hat der früher in Olpe wohnende und inzwischen in Winterberg lebende seither Schritt für Schritt umzusetzen versucht. Zimmermann bezeichnet sich auch gerne selbst als "früherer stellvertretender Landesvorsitzender der FAP NRW". Er kann inzwischen neben Kubiak als Führungsfigur der SAF gelten. Zu vermuten ist, daß er auch hinter deren Zeitschrift "Freie Stimme" steckt. Unter seinem Pseudonym "Lutscher" schaltete sich Zimmermann in die Diskussionen im Thule-Netz ein. 1996 gehörte er als Sprecher dem "Aktionskomitee" an, daß den



Thomas Kubiak



Andree Zimmermann (rechts)



Michael Krick

"Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch" im August vorbereitete. Gleichzeitig betreibt er ein "anlaßbezogenes Infotelefon", das unter anderem vor dem "Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch" 1996 "auf Sendung" war. Vor einem niederländischen Gericht gab Zimmermann unlängst "Journalist" als seinen Beruf an: Zimmermann ist seit Februar 1997 "Schriftleiter" der HNG-Nachrichten. Als einer seiner engsten Spezis gilt, wie die antifaschistische Zeitschrift "Der Rechte Rand" berichtete, Kai Dalek aus Franken, wie Zimmermann ein "Anti-Antifa"-Aktivist und gleichzeitig Betreiber der Thule-Mailbox "Kraftwerk", der Zimmermann angeschlossen war und vermutlich immer noch ist.

Michael Krick

(17.10.1976)
war einer der "Youngster" in der SAF-Szene. Schon im Mai 1993 war er, gerade einmal 16 Jahre alt, bei dem Angriff auf ein Auricher Jugendzentrum mit von der Partie und schlug sich dort "ordentlich", wie Kubiak später in einem abgehörten Telefongespräch lobte. 1993 wurde er wegen einer gefährlichen Körperverletzung verurteilt. Im Januar 1997 stand er wieder vor Gericht. Diesmal wegen Verunglimpfung des Staates, des Verwendens von Kennzeichen verbotener Organisationen und Volksverhetzung. Michael Krick hatte, ebenso wie sein Bruder Bernd, eine Zeitschrift herausgeben wollen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden allerdings Computer und Disketten beschlagnahmt. Vom "Fälischen Beobachter" erschien schließlich nur eine Ausgabe. Acht Monate auf Bewährung und eine Geldbuße von 3000 DM kostete Michael Krick sein Ausflug in die neonazistische Publizistik.

"Bekannter" und länger dabei als Michael Krick ist sein fünf Jahre älterer Bruder

Bernd Krick

(11.9.1971),
der Herausgeber des Skinhead-Fanzines "Moonstomp". Er war einer der Organisatoren des ersten Skinhead-Konzerts im Sommer 1992 sowie des Konzerts im Mai 1995 in Meschede. Weil ein Keltenkreuz die vierte Ausgabe von "Moonstomp" "schmückte", verurteilte ihn das Amtsgericht Meschede zu einer Geldstrafe von 900 DM. Beteiligt sein dürfte er auch an der neuesten Initiative aus dem Umfeld der SAF: der Gründung einer "Sauerland Tonträgerproduktion" mit Postfachanschrift in Winterberg.

Martin Scheele

(2.3.1970)
kann ebenso wie Andree Zimmermann als Bindeglied zwischen der Sauerländer und der Siegerländer Neonaziszene bezeichnet werden. Scheele wohnte früher in Meschede bzw. Bestwig. Inzwischen ist er nach Siegen umgezogen, wo er eine Ausbildung als Heizungsbauer absolviert. Vorbestraft ist er u.a. wegen schweren Landfriedensbruchs. Gegen Zahlung einer Geldbuße von 1200 DM wurde das Verfahren wegen eines Angriffs auf ein Flüchtlingsheim in Hamm im Januar vom Amtsgericht Meschede eingestellt. Er habe sich aus der Szene "ziemlich zurückgezogen", erklärte er in der Verhandlung. Tatsächlich unterhält er nach wie vor enge Kontakte u.a. zu Zimmermann und ist heute im Siegener "Bärensturm", der das "patriotische Fanzine" "Siegener Bärenruf" herausgibt, einer der Aktivsten.

::Einschätzung der SAF und Schlußbetrachtung

Einschätzung

Die SAF gehört zu den aktivsten und zahlenmäßig größten neonazistischen Regionalstrukturen in NRW. Kaum ein überregionaler neonazistischer Aufmarsch oder eine zentrale Veranstaltung in der BRD, bei der sie nicht anzutreffen ist. Bundesweit hat sie ein gewichtiges Wort mitzureden, was sich u.a. bei der Planung und Durchführung des "Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch" 1996 und der Debatte der Neonazi-Szene um die Entwicklung und den Führungsanspruch der "Jungen Nationaldemokraten" gezeigt hat.
Die SAF hat relativ früh auf das Konzept der "Autonomen Kameradschaften" umgesattelt. Die neonazistische Skinhead-Szene und aufgelöste Verbände neonazistischer Parteien, die auch schon vor den Parteiverboten eng verbunden waren, vernetzten sich zunehmend und konnten ohne große Beeinträchtigung ihre Aktivitäten fortsetzen und ausbauen.
Die stark NS-orientierte SAF und ihr Umfeld achtet peinlich genau darauf, von keiner Organisation vereinnahmt zu werden. Sie ist aber überall dort zu finden, wo vielversprechende neonazistische Aktivitäten stattfinden, unabhängig von welcher Organisation sie initiiert werden. Am stärksten orientiert sie noch an den Rest-Strukturen der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) und hierbei insbesondere an der niederländischen Fraktion um Eite Homann und Contant Kusters.
Regional ist währenddessen kaum noch zu überblicken, welche Aktivitäten von der SAF und ihrem Umfeld ausgehen und wo sie lokal ihre Strukturen ausbaut. Dies ist nicht zuletzt den nur in wenigen Städten vorhan-

denen und zudem schwachen antifaschistischen Strukturen im Siegerland / Sauerland geschuldet. Aber auch die schwache internationale antifaschistische Vernetzung (z.B. mit antifaschistischen Gruppen in den Benelux-Staaten) kommt der SAF zugute. Bei beidem gilt es anzusetzen.
Die SAF sollte aber auch nicht überschätzt werden. Die meisten Aktivitäten und Kontakte laufen nach wie vor über wenige erfahrenere Personen. Diese müssen zunehmend unter Druck gesetzt werden um den Aktionsradius und Aktivitätsgrad der SAF zu veringern. Damit wäre die Gesamtstruktur zwar nicht zerschlagen, aber ein erster Schritt wäre getan.

KEINEN FUßBREIT DEN FASCHISTEN!!

Bitte leitet / leiten Sie Informationen zu neonazistischen Aktivitäten im Sauerland und Siegerland an den Antifaschistischen Arbeitskreis Sauerland/Siegerland weiter!! Auch jede noch so kleine und unwichtig erscheinende Information könnte für die antifaschistische Arbeit von Bedeutung sein.

Kontakt:

Antifaschistischer Arbeitskreis Sauerland/Siegerland
c/o IAS
Pf. 1319
59853 Meschede

E-Mail: ias@arose.free.de
Internet: http://www.free.de/ias/
(hier sind auch aktuelle Informationen zur "Sauerländer Aktionsfront" zu finden)
Tel.: 0172 / 211 13 11 (nur in dringenden Fällen!!)

V.i.S.d.P.: Conrad Krosseweg, Berukerstr. 12, 10499 Berlin

Antifaschistischer Arbeitskreis
Sauerland / Siegerland